



17. Sitzung

Mittwoch, 14. Oktober 2015

Vorsitzende: Präsidentin Carola Veit, Erster Vizepräsident Dietrich Wersich, Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Antje Möller und Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg

Inhalt:

Mitteilungen der Präsidentin
Abwicklung, Änderung und Ergän-
zung der **Tagesordnung**

1047

**Regierungserklärung des Ersten
Bürgermeisters gemäß § 12 Ab-
satz 1 GO**
mit
Beratung gemäß § 12 Absatz 2 GO

1047

Olaf Scholz, Erster Bürgermeister	1047
André Trepoll CDU	1054
Dr. Andreas Dressel SPD	1061
Dr. Anjes Tjarks GRÜNE	1066
Cansu Özdemir DIE LINKE	1072
Katja Suding FDP	1074
Dr. Jörn Kruse AfD	1077
Karin Prien CDU	1080
Ksenija Bekeris SPD	1081
Antje Möller GRÜNE	1083
Christiane Schneider DIE LINKE	1084
Jennyfer Dutschke FDP	1085
Dirk Nockemann AfD	1086
Dr. Bernd Baumann AfD	1088
Dr. Ludwig Flocken AfD	1090

**Vorschlag des Senats für die
Wahl eines Mitglieds des Rech-
nungshofes durch die Bürger-
schaft**

– Drs 21/1738 –

1092

Ergebnis

1092

Unterrichtung durch die Präsidentin
der Bürgerschaft:

**Wahl eines ordentlichen Mit-
glieds und eines stellvertreten-
den Mitglieds für die Härtefall-
kommission**

– Drs 21/631 –

1092

und

Unterrichtung durch die Präsidentin
der Bürgerschaft:

**Wahl einer oder eines Deputier-
ten der Justizbehörde**

– Drs 21/1466 –

1092

und

Unterrichtung durch die Präsidentin
der Bürgerschaft:

Dringlicher Senatsantrag:

Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Inneres und Sport – Drs 21/1467 –	1092	Förderung der psychischen Gesundheit am Arbeitsplatz kann nur mit ausreichender Personaldecke bei Verhaltenstherapeuten gelingen – Drs 21/1901 –	1093
und			
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:		Beschlüsse	1093
Wahl eines vertretenden Mitglieds der Kommission für Stadtentwicklung – Drs 21/1794 –	1092	Antrag der Fraktion DIE LINKE:	
sowie		Ankommen – teilhaben – bleiben Bessere Flüchtlingsbeschulung jetzt umsetzen! – Drs 21/1770 Neufassung –	1094
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:		Sabine Boeddinghaus DIE LINKE	1094, 1098
Wahl eines vertretenden ehrenamtlichen Mitglieds der Kommission für Bodenordnung – Drs 21/1795 –	1093	Kazim Abaci SPD	1095
		Karin Prien CDU	1096, 1099
		Dr. Stefanie von Berg GRÜNE	1097
		Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP	1098
Ergebnis	1100	Beschlüsse	1099
Antrag der Fraktionen der GRÜNEN und der SPD:		Antrag der FDP-Fraktion:	
Faire Regelung bei nicht durchsetzbaren Schmerzensgeldansprüchen – Drs 21/1772 –	1093	Hamburgs Abitur weiterentwickeln – Am bundesweiten Aufgabenpool beteiligen – Drs 21/1780 –	1099
Beschluss	1093	Beschlüsse	1099
Große Anfrage der CDU-Fraktion:		Antrag der AfD-Fraktion:	
Gutes Essen für unsere Kinder an Hamburgs Schulen – Drs 21/1421 –	1093	Demokratieklausel bei der Förderung von Programmen zur Extremismusprävention einführen – Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland als Voraussetzung für eine Förderung – Drs 21/1782 –	1100
Beschluss	1093	Dr. Alexander Wolf AfD	1100, 1103
Antrag der Fraktionen der GRÜNEN und der SPD:		Wolfgang Rose SPD	1101
Psychische Gesundheit am Arbeitsplatz fördern – Drs 21/1773 –	1093	Philipp Heißner CDU	1102
dazu		Antje Möller GRÜNE	1103
		Carl-Edgar Jarchow FDP	1103
Antrag der CDU-Fraktion:		Beschlüsse	1104
		Bericht des Eingabenausschusses:	

Eingaben – Drs 21/1728 –	1104	Begleitung des weiteren Gesetzgebungsverfahrens zur Vorratsdatenspeicherung durch den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg (FHH) – Drs 21/1929 –	1105
Bericht des Eingabenausschusses:			
Eingaben – Drs 21/1729 –	1104		
Bericht des Eingabenausschusses:		Beschlüsse	1105
Eingaben – Drs 21/1730 –	1104	Antrag der CDU-Fraktion:	
Beschlüsse	1104	Entscheidungen über die Aufenthaltserlaubnis für Personen der "Gruppe Lampedusa" endlich treffen und Versammlungscharakter des Informationszelts auf dem Steindamm überprüfen – Drs 21/1762 –	1105
Sammelübersicht	1104		
Beschlüsse	1104	dazu	
Große Anfrage der FDP-Fraktion:		Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:	
Wissenschaftsstandort Hamburg (II): Forschung – Drs 21/1261 –	1104	Afrikanische Flüchtlinge aus Libyen – Rechtsstaatliche Verfahren fortsetzen – Drs 21/1927 –	1105
Beschluss	1104	Jörg Hamann CDU Antje Möller GRÜNE Martin Dolzer DIE LINKE	1105 1106 1106
Senatsantrag:			
Aufstellung eines Doppelhaushaltsplans 2017/2018 – Drs 21/1735 –	1105	Beschlüsse	1107
Beschluss	1105		
Bericht des Ausschusses für Justiz und Datenschutz über die Drucksache 21/468:		Antrag der CDU-Fraktion:	
Bürger wirksam schützen statt überwachen – Hamburg sagt "Nein" zur Vorratsdatenspeicherung (Antrag der FDP-Fraktion) – Drs 21/1779 –	1105	Kreuzfahrtterminal Steinwerder (CTS): Stresstest bei Anreise – Effektive ÖPNV-Anbindung für Reisende sicherstellen – Drs 21/1763 –	1107
dazu		Beschlüsse	1107
Antrag der FDP-Fraktion:		Antrag der Fraktion DIE LINKE:	
		Offenlegung der technischen Daten des Fernwärmenetzes der VWH – Drs 21/1771 –	1107
		Beschluss	1107
		Antrag der AfD-Fraktion:	

**Ein erfolgreiches Referendum
erfordert gut informierte Bür-
ger**

– Drs 21/1783 Neufassung –

1107

Beschluss

1107

Beginn: 15.03 Uhr

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

Beginnen möchte ich heute mit Geburtstagsglückwünschen, die sich an unseren Kollegen Lars Pochnicht richten. Lieber Herr Pochnicht, im Namen des ganzen Hauses herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag. Alles Gute für das neue Lebensjahr.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Die Fraktionen sind übereingekommen, die Tagesordnung um einen weiteren Punkt zu ergänzen. Hierbei handelt es sich um eine Unterrichtung aus Drucksache 21/1884, die als TOP 13a nachträglich in die Tagesordnung aufgenommen wurde. Darüber hinaus sind die Fraktionen abweichend von der Empfehlung des Ältestenrats übereingekommen, heute auf die Aktuelle Stunde zu verzichten. Außerdem sind sie übereingekommen, auf die Debatten zu den Tagesordnungspunkten 24 und 8 zu verzichten.

Ich komme sodann zur **Regierungserklärung** des Ersten Bürgermeisters.

Der Präsident des Senats hat mich gebeten, ihm gemäß Paragraf 12 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung die Gelegenheit zur Abgabe einer Regierungserklärung zu geben. Die Fraktionen haben vereinbart, dass hierzu eine Beratung stattfinden soll. Dabei soll jeder Fraktion und dem Senat eine Redezeit von 40 Minuten sowie den fraktionslosen Abgeordneten eine Redezeit von fünf Minuten zur Verfügung stehen.

Herr Bürgermeister, Sie haben das Wort.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren!

"Eine Fülle von Aufgaben liegt vor uns und über manchen scheint das Wort 'unmöglich' geschrieben zu sein."

Das war die Quintessenz, die Max Brauer im November 1946 zum Schluss seiner Regierungserklärung gezogen hat. Damals lag die Stadt in Trümmern, gerade einmal 20 Prozent des Wohnraums waren unversehrt, Hunderttausende drängten zurück und wurden notdürftig in Nissenhütten entlang der Trümmerfelder beherbergt. Max Brauer war selbst nach Jahren der Flucht und des Exils gerade erst aus den USA wieder zurückgekehrt. Ihm war vielleicht auch deshalb jede Mutlosigkeit oder falsche Sorge fremd. Ihm schien eben nichts unmöglich. Im Gegenteil, sein Appell an die Stadtgesellschaft war klar:

"Nüchternen Sinnes und heißen Herzens, voll der Leidenschaft, die Not zu wenden, wollen wir zusammenstehen."

Er war beseelt von der Überzeugung, dass Hamburg die Kraft habe, diese Aufgabe zu bewältigen.

Die Erinnerung an diese vor 70 Jahren formulierte Haltung Hamburgs ist gerade in diesen Tagen wichtig, in denen auch wieder viel von historischen Dimensionen die Rede ist. Sie gibt Perspektive und kann uns als Maßstab dienen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Denn auch unsere Zeiten sind besonders: Im August sind 6 600 Flüchtlinge zu uns nach Hamburg gekommen, im September waren es sogar 10 100. Tag für Tag erreichen uns so viele wie in dem Jahr zuvor in einem ganzen Monat. Seit den Zeiten Max Brauers kamen nicht mehr so viele Menschen in so kurzer Zeit nach Hamburg.

Wir haben das Glück und die Chance, dass sie in eine intakte und prosperierende Stadt kommen, die über alle Ressourcen verfügt, um mit dieser Aufgabe fertigzuwerden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es geht nicht wie 1946 darum, Hunger und Elend zu wenden, sondern es geht darum, denen, die zu uns kommen, einen Einstieg in unsere Gesellschaft zu geben. Denn machen wir uns nichts vor: Der größte Teil derjenigen, die heute, morgen und auch in den Tagen danach in Deutschland und in Hamburg ankommen, ist geflohen aus Syrien, aus dem Nordirak oder zum Beispiel aus Eritrea. Sie kommen aus Ländern, in denen der Staat ganz oder teilweise keinen Schutz mehr bietet vor Gewalt und Unterdrückung oder in denen er selbst zum Aggressor geworden ist. Die Neuankömmlinge aus diesen Staaten haben ein Recht darauf, dass wir ihre Fluchtgeschichte hören, und sie werden mit hoher Wahrscheinlichkeit auch ein Recht auf Asyl bei uns haben. Wir stehen in der monetären Pflicht, ihnen Schutz und Perspektive zu bieten.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Und es ist beeindruckend zu sehen, mit welcher Weltoffenheit und mit welcher Ernsthaftigkeit die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt sich dieser Aufgabe zuwenden. Ihnen gebührt unser Dank.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und bei Karin Prien, Birgit Stöver, beide CDU, und Dr. Jörn Kruse AfD)

Genauso sind wir allen im öffentlichen Dienst und der Verwaltung dankbar, die seit Monaten große und erfolgreiche Anstrengungen unternehmen, damit wir die Verfahren im Griff behalten. Das verlangt einer ordentlichen Verwaltung einiges ab: f & w fördern und wohnen ist im letzten Jahr schneller gewachsen als manches Start-up, von rund 900 auf über 1 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. In der Kernverwaltung haben sich Be-

(Erster Bürgermeister Olaf Scholz)

schäftigte in dreistelliger Zahl freiwillig gemeldet, dort mitzuhelfen, wo sie gebraucht werden.

Wir erleben gerade überall – in der Verwaltung, bei den Hilfsorganisationen, bei den Ehrenamtlichen – eine Durchhaltefähigkeit über Wochen und Monate, die beeindruckt und die wir in den kommenden Jahren weiterhin benötigen werden.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und bei Dr. Jörn Kruse AfD)

Wir werden daher am 18. Dezember zum ersten Mal das Forum Flüchtlingshilfe veranstalten, um diesen breiten Resonanzraum gesellschaftlicher Unterstützung noch besser zu fassen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Und auch der Fonds "Flüchtlinge & Ehrenamt" mehrerer Hamburger Stiftungen wächst. Er wird von der BürgerStiftung Hamburg verwaltet und verfügt bereits über 210 000 Euro – ein Ausdruck wichtiger gesellschaftlicher Solidarität.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Hamburg steht mit diesen Anstrengungen nicht allein. Wir erleben die unausweichlichen Konsequenzen einer global vernetzten Weltgesellschaft, in der Fluchtbewegungen längst nicht mehr in den Nachbarländern der Krisenregionen enden. Natürlich muss es uns daher vordringlich darum gehen, die Ursachen von Flucht und Vertreibung zu bekämpfen. Angesichts der vielen Krisenherde auf der Welt ist das eine Aufgabe, die dauern wird und die uns viel Kraft abverlangen wird. Unser Europa, das Kriege und Vertreibung über Jahrhunderte hinweg selbst erleben musste und überwunden hat, ist heute zu einem Versprechen in der Welt geworden. Unsere offenen, liberalen und demokratischen Gesellschaften versprechen ein Leben in Freiheit und Sicherheit und Wohlstand. Sie versprechen die Chance, das eigene Leben in die Hand zu nehmen und verbessern zu können. Viele, die zu uns kommen, sind neben all dem bitteren Leid, das sie erfahren mussten, schließlich auch beseelt von eben dieser Hoffnung auf ein besseres Leben. Dass sie mit dieser Hoffnung gerade nach Deutschland kommen, ist übrigens ein Grund, unser Land auch als hier Lebender noch ein bisschen mehr zu mögen.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und bei Karin Prien CDU)

Als Europäer stehen wir in der Verantwortung, den Neuankömmlingen zu helfen, wenn sie unseres Schutzes bedürfen. Genauso aber müssen wir all denen, die keinen Anspruch auf Asyl haben, frühzeitig – am besten noch in ihren Heimatländern – klarmachen, dass sie nicht bleiben können, wenn sie nicht politisch oder religiös verfolgt werden oder vor Krieg fliehen. Deshalb ist es wichtig, dass wir in Europa gemeinsam Verantwortung übernehmen: für die Rettung der Flüchtlinge aus der Not, für die

Sicherung unserer Außengrenzen und den Kampf gegen Schlepperbanden, für das Management in den Ankunftsändern, und für eine gerechte Verteilung der Aufgenommenen über alle Mitgliedsstaaten.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und bei Karin Prien CDU und Dr. Jörn Kruse AfD)

Das sind Aufgaben, denen sich kein europäischer Staat entziehen kann. Gerade die Verteilung der Flüchtlinge wird in den kommenden Monaten ganz entscheidend sein. Die Regierungen Europas werden sich verständigen müssen, dass eine Verteilung in der gesamten EU möglich ist, und dass auch derjenige, der in Portugal ankommt, für den Zeitraum seines Asylverfahrens beispielsweise in Polen sein wird.

Wir können hier viel Druck reduzieren, wenn wir beherzte Schritte in Richtung eines echten europäischen Arbeitsmarktes unternehmen. Das geht, weil mittlerweile gerichtlich geklärt ist, dass bei aller innereuropäischen Freizügigkeit der eigene Herkunftsstaat für die Sozialleistungen zuständig ist. Wenn wir das Prinzip auf diejenigen ausweiten, die Asyl bekommen haben, dann können wir auch ihnen Freizügigkeit ermöglichen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das wird die Akzeptanz für eine europaweite Verteilung sicherlich erhöhen. In Deutschland haben wir mit dem Königsteiner Schlüssel, der neben der Bevölkerungszahl auch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit berücksichtigt, bereits einen Mechanismus etabliert, der vorbildlich funktioniert.

(Katja Suding FDP: Na ja!)

Es ist wichtig, dass wir solche Mechanismen haben. Das gilt zum Beispiel auch für den Umgang mit minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen. Hier kommt auf Hamburger Initiative ebenfalls eine bundesweite Verteilung in Gang, die dafür sorgt, dass wir die Herausforderungen gemeinsam meistern können.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die europäische Staatengemeinschaft steht vor der ersten Bewährungsprobe, Vergleichbares zu schaffen. Das ist zu schaffen, wenn die offenen Gesellschaften der Mitgliedsstaaten ihrer eigenen inneren Kraft vertrauen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Diese innere Kraft der Bürgerinnen und Bürger ist schließlich die Grundlage moderner Demokratien. Unsere Staaten beruhen in erster Linie auf dem Bekenntnis zu einem inneren Wesens- und Wertekern, der stets neu verhandelt und bekräftigt werden muss. Der französische Schriftsteller Ernest Renan hat das bereits 1882 auf eine sehr eingängige Formel gebracht:

(Erster Bürgermeister Olaf Scholz)

"Die Existenz einer Nation ist [...] ein tägliches Plebiszit [...]."

(*Jörg Hamann CDU*: Kommt auch noch was Konkretes?)

Die Moderne verlangt von uns immer wieder aufs Neue dieses Bekenntnis. Es ist auch der Schlüssel zu einer gelingenden Integration.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Denn wer nach Europa, nach Deutschland, nach Hamburg kommt, der kann das tun, weil hier offene Gesellschaften aus einer tief empfundenen Liberalität heraus das Individualrecht auf Asyl gewährleisten. Seine Inanspruchnahme setzt auch voraus, sich im täglichen Plebiszit dazu zu bekennen, in einer freiheitlichen Gesellschaft leben zu wollen, in der alle Menschen gleichberechtigt sind und sich frei entfalten können.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir reichen Schutzsuchenden die Hand. Wir tun das, weil wir in einem Land leben, das klare Werte und Regeln besitzt, die beachtet werden – und zwar von allen, die hier leben wollen.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und bei *Jörg Hamann CDU* und *Dr. Jörn Kruse AfD*)

So sind wir. Und so werden wir bleiben. Das ist es auch, was unsere europäischen Gesellschaften in aller Welt so attraktiv erscheinen lässt. Und das gilt auch für unsere weltoffene Stadt Hamburg.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Wir sind für die vor uns liegenden Aufgaben, so groß sie auch sein werden, gewappnet. Das liegt nicht zuletzt daran, dass wir die Idee des Wachstums der Stadt bereits in das Zentrum unserer Arbeit gestellt haben. Dass Männer, Frauen und Kinder nach Hamburg kommen, dass sie hier Wohnungen suchen, Kitas, Schulen und Hochschulen besuchen und einen Einstieg in den Arbeitsmarkt finden müssen, das alles sind keine neuen Erkenntnisse, sondern das steht schon lange im Zentrum unserer Anstrengungen. Deswegen sind viele strukturelle Weichen auch schon lange gestellt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von *Dennis Thering CDU*)

Aber natürlich ist das, was wir im Moment erleben, nicht einfach nur eine Beschleunigung dieser bekannten Entwicklung einer wachsenden Stadt. Die Dramatik der letzten Wochen und Monate hat natürlich eine andere Qualität. Deshalb legen wir auch ganz erheblich an Konsequenz und Fokussierung zu.

(*Birgit Stöver CDU*: Wo denn?)

Die Folgen werden überall in der Stadt sichtbar und spürbar sein.

(Zurufe)

Wie auch in der Vergangenheit, wird sich Hamburg erneut verändern. Weil wir vorbereitet sind, haben wir die Chance, diesen Wandel zu gestalten und in unserem Sinne zum Besseren zu wenden. Diese Zuversicht darf uns in berechtigter Weise leiten.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das gilt für die Bürgerinnen und Bürger in allen Quartieren dieser Stadt ganz genauso, wie es für alle wirtschaftlichen und behördlichen Bereiche gilt. Ein solch tiefgreifender Wandel berührt alles. Für die Verwaltung bedeutet das, dass wir uns ebenfalls in der ganzen Breite unserer Zuständigkeiten darum kümmern müssen, dass es gut geht und dass alle, die schon hier in Hamburg leben, weiterhin aus voller Überzeugung "Willkommen" sagen können,

(Zurufe von der CDU)

weil unsere Kraft und Lebensqualität die Hilfe zu lassen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – *Birgit Stöver CDU*: Wir wollen was Konkretes! – Zuruf von *Dennis Thering CDU*)

Politik und Verwaltung stehen in der Verantwortung, dafür die Grundlagen zu schaffen. Unmittelbar betroffen sind neben den Bezirken vor allem die Innenbehörde und die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration.

(Zurufe)

Sie haben bereits vor mehreren Wochen einen gemeinsamen Koordinierungsstab unter einem Dach geschaffen, bei dem alle wesentlichen Fragen zusammenlaufen.

(Zurufe)

Dieser Stab hat in dieser Woche einen Leiter bekommen. Das ist ein wichtiger Entwicklungsschritt,

(*Jörg Hamann CDU*: Wurde auch Zeit!)

aber ganz sicherlich nicht der letzte. Wir wollen sicherstellen, dass die ganze Verwaltung sich in der Pflicht sieht, alles Erforderliche zu tun, um mit der besonderen Situation fertigzuwerden, in der wir uns befinden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Der Leiter des Koordinierungsstabs hat daher in Ad-hoc-Situationen und Notfällen auch besondere Durchgriffsrechte, und er bleibt natürlich Teil der ordentlichen Verwaltung. Es wird in den kommenden Wochen und Monaten immer wieder darum gehen, Strukturen weiterzuentwickeln – nicht symbolisch, sondern orientiert an den tatsächlichen Gegebenheiten.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

(Erster Bürgermeister Olaf Scholz)

Meine Damen und Herren! Unser oberstes Ziel ist derzeit die Vermeidung von Obdachlosigkeit. Bis Ende September haben uns in Hamburg 35 021 Schutzsuchende erreicht, 13 179 davon sind nach der Registrierung Hamburg zugeteilt worden, von denen weit über 90 Prozent, genau 12 111, auch durch uns untergebracht werden müssen. Wir haben deshalb die Unterbringungskapazitäten massiv ausgebaut und lassen nicht nach.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – *Birgit Stöver CDU*: Was ist mit den Folgeeinrichtungen?)

Noch 2011 hatten wir eine Erstaufnahme mit 400 Plätzen – und das war damals, vor vier Jahren, genug. Aktuell können wir in der Zentralen Erstaufnahme rund 16 800 Plätze an 26 Standorten zur Verfügung stellen, davon 4 100 in Zelten. Es wird mit Hochdruck daran gearbeitet, diese Plätze zu ersetzen oder winterfest zu machen. Wir alle wissen übrigens, dass es in Hamburg wie überall in Deutschland auch im Winter Zelte geben wird, wenn auch hoffentlich winterfeste; das gehört zur Wahrheit dazu.

(*Jörg Hamann CDU*: Und was machen Sie dagegen?)

Hinzu kommen noch einmal 14 700 Plätze in öffentlich-rechtlicher Unterbringung, von denen derzeit rund 2 650 von Wohnungslosen genutzt werden.

(*Birgit Stöver CDU*: Das ist auch wichtig!)

Das sind über 30 000 Plätze in der Erstaufnahme und der Folgeunterbringung – was für eine Leistung aller, die dabei mitgeholfen haben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Manche Zwischenrufer leben davon, dass sie sich weder in der Welt noch in Deutschland umschauen.

(Zurufe von der CDU)

Wenn Sie es aber täten und sich diese kleine Mühe machten, dann wüssten Sie: Niemand hat, bezogen auf seine Bevölkerung, so viele Plätze geschaffen wie Hamburg. Nur Bayern ist noch vergleichbar. Wir sind an der Spitze derjenigen, die Unterkünfte geschaffen haben,

(*Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP*: Dann ist ja alles gut!)

und darauf können all diejenigen, die das gemacht haben, stolz sein.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das ist zur Kenntnis zu nehmen. Nur für Sie habe ich diese Zahlen, die alle anderen außer Ihnen kennen, noch einmal aufgezählt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von der CDU)

Das zu kennen und auf solche Weise in dieser Frage dazwischenzurufen,

(*Dennis Thering CDU*: Handeln Sie endlich!)

wie es dem Thema nicht angemessen ist,

(Zurufe von der CDU)

ist ein Anlass, sich ein wenig selbst zu hinterfragen. Nutzen Sie die Zeit, über sich selbst nachzudenken.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – *Philipp Heißner CDU*: Unangemessen sind solche Sonntagsreden zu dem Thema! – *Dennis Thering CDU*: Kommen Sie zum Punkt, dann brauchen wir nicht mehr dazwischenzurufen!)

Wir haben in beiden Systemen zusammengekommen allein in 2015

(Zuruf von der CDU: Kommen Sie doch mal zum Thema!)

12 575 neue Plätze an 34 Standorten geschaffen. Bis Ende des Jahres werden noch einmal 10 750 an 41 neuen und bereits geplanten Standorten dazu kommen, und die weiteren Planungen für 2016 laufen bereits. Dabei wollen wir unverändert keine aktiv genutzten Turnhallen und Sportplätze dauerhaft belegen. Bisher war das nur vorübergehend nötig, zum Beispiel in den Ferien oder für wenige Tage.

(Zuruf von *Dennis Gladiator CDU*)

Aber wir werden uns weiter darum kümmern müssen, dass die Kapazitäten ausgeweitet werden. Dafür müssen wir die Bedingungen gestalten. Wir haben entsprechende Voraussetzungen geschaffen und bereits genutzt: Wir haben bereits vor einem Jahr über den Bundesrat Veränderungen im Baurecht durchgesetzt, die uns seitdem die Errichtung von Flüchtlingsunterkünften zum Beispiel auch in Gewerbegebieten erleichtern. Weitere, auch zeitlich befristete Erleichterungen sind derzeit wieder in Vorbereitung. Außerdem haben wir bereits in der Vergangenheit die Möglichkeiten des Gesetzes zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, kurz SOG, genutzt, um Unterkünfte einzurichten, wenn es nötig war. Aktuell haben wir die Bedingungen präzisiert, unter denen wir in diesem Zusammenhang – natürlich gegen Miete oder durch Ankauf – schnell auf gewerbliche Hallen zugreifen können, die seit Längerem nicht genutzt werden und auch nicht genutzt werden sollen. Und wir kümmern uns systematisch um den weiteren Auf- und Ausbau unserer Aufnahmekapazitäten. Um weitere Entlastung zu schaffen, werden wir allein 2016 insgesamt 5 600 Wohnungen zusätzlich bauen, über alle Bezirke verteilt. Dort werden Flüchtlingsunterkünfte entstehen, die auch entsprechend dicht belegt werden. Erst nach einiger Zeit sollen in diesen neuen Häusern dann reguläre

(Erster Bürgermeister Olaf Scholz)

Wohnungen entstehen, die nicht mehr nur von Flüchtlingen genutzt werden können.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir sind, ganz unabhängig von den Flüchtlingen, sowieso dabei, unsere Anstrengungen auszuweiten, um noch deutlich mehr als die 6 000 Wohnungen pro Jahr zu bauen, die schon in der Vergangenheit ein anspruchsvoller Standard waren. Damit sichern wir, dass auch künftig jeder, der eine Wohnung sucht, auch eine Chance darauf hat, dass das gelingt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir werden die Verfahren weiter beschleunigen und die Flexibilität entwickeln, die im Routinemodus manchmal als nicht so vordringlich erachtet wird. Mit Routine allein ist das nicht zu schaffen. Hier brauchen wir all den Pragmatismus, zu dem wir fähig sind.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das kann in den Verfahren an der einen oder anderen Stelle auch bedeuten, dass wir Beteiligung zwar gewährleisten, aber nicht so, wie es eigentlich unser Standard sein sollte. Angesichts der drohenden Raumknappheit der kommenden Monate gibt es dazu keine Alternative. Natürlich werden wir uns bemühen, so schnell und gut wie möglich zu informieren, aber ich bin mir sicher, dass unser Pragmatismus angesichts der besonderen Situation auch das Verständnis und die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger findet.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN –
Jörg Hamann CDU: Was meinen Sie denn damit konkret?)

Wir werden vielen vieles abverlangen, auch den Flüchtlingen. Sie werden sich darauf einstellen müssen, noch längere Zeit in den großen Massenunterkünften zu bleiben, und sie werden auch mit der Ungewissheit schwebender Entscheidungsverfahren und der realen Perspektive der Rückkehr leben müssen.

(Zuruf von *Jörg Hamann CDU*)

Aber wer den Umstand der Massenunterkünfte pauschal beklagt, der wird der humanitären Aufgabe nicht gerecht, vor der wir stehen.

(*Birgit Stöver CDU*: Das heißt auch Integration!)

Das römische Recht kennt die sehr grundsätzliche Idee,

(Zuruf von *Jörg Hamann CDU* – Gegenruf von *Hansjörg Schmidt SPD*: Hör doch mal zu, da drüben! – Gegenruf von *Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP*: Das fällt echt schwer!)

dass niemand mehr leisten muss, als er leisten kann: *Ultra posse nemo obligatur*. Diese richtige Idee wird heutzutage oftmals missbraucht. Im Kern aber sagt sie uns, dass wir das Wesentliche mit aller Konsequenz tun müssen, denn das, was wir leisten können, das werden wir auch leisten.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Da wird es immer wieder auch zu schwierigen Situationen kommen, die Nähe und Enge mit sich bringen. Aber auch das ist klar: Wer gewalttätig wird, der muss mit der Härte des Gesetzes rechnen. Das werden wir nicht hinnehmen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Und natürlich wird auch nicht immer alles sofort gelingen, wenn hinsichtlich der generellen Rahmenbedingungen improvisiert werden muss. Aber wir werden lernen, auch damit umzugehen. Und es geht: In mittlerweile 20 Erstaufnahmeeinrichtungen bieten Haus- und Kinderärzte Sprechstunden an. Außerdem ist es uns gelungen, sowohl bei Asklepios in Harburg als auch in Kürze zusätzlich im Amalie Sieveking-Krankenhaus in Volksdorf die Unterbringung zum Beispiel von Schwangeren, Pflegebedürftigen und Flüchtlingen mit Behinderungen zu organisieren.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Um Flüchtlingen einen schnellen und unbürokratischen Zugang zu medizinischer Versorgung zu geben, haben wir zusammen mit Bremen eine Vorreiterrolle bei der Einführung der Gesundheitskarte für Asylsuchende eingenommen. Das hilft nicht nur den Flüchtlingen, sondern entlastet die Stadt beim Verwaltungsaufwand und damit auch finanziell.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Entscheidend für alle unsere Bemühungen ist es, nicht nur die unmittelbare Not zu wenden, sondern die Integration in den Alltag zu ermöglichen. Deshalb fördern wir bereits den Kita-Besuch und richten schon in der Erstaufnahme entsprechende Angebote ein. Später soll dann der Besuch einer Kita im Stadtteil zur Regel werden. Deshalb setzen wir von Beginn an die Schulpflicht durch. Auch das beginnt mit verpflichtenden Angeboten in der Erstaufnahme. Nach dem Wechsel in eine dauerhafte Unterkunft wechseln die Kinder dann an eine Regelschule und werden zunächst ein Jahr lang in besonderen Klassen unterrichtet, bevor sie ganz normal am Unterricht teilnehmen.

Aktuell haben wir rund 4 600 neu zugewanderte Kinder und Jugendliche, entweder in den Lerngruppen der Erstaufnahme oder in Internationalen Vorbereitungsklassen oder Basisklassen. Weitere 2 000 sind bereits in ganz normalen Klassen der allgemeinen Schulen angekommen. Wir haben bislang rund 400 Lehrer und Pädagogen zusätzlich für diese Aufgaben eingestellt.

(Erster Bürgermeister Olaf Scholz)

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir stellen mit diesen Angeboten sicher, dass alle Jugendlichen, die zu uns kommen, die Qualifikationen erwerben können, die sie später auch brauchen. Wir legen hier Grundsteine für die Integration – im sozialen Miteinander an der Schule ebenso wie im Hinblick auf die Kompetenzen für den Einstieg in den Arbeitsmarkt.

Dazu gehören auch die Berufsschulen, an denen neben 126 speziellen Klassen für die 16- bis 18-Jährigen künftig auch eine verbesserte Ausbildungsvorbereitung angeboten werden soll, die ganztags betriebliche Angebote integriert.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Nur einmal für Sie:

(Katja Suding FDP: Für wen?)

Nirgendwo in Deutschland gibt es ein so umfassendes frühzeitiges Angebot an Krippenbetreuung, Kita, Schule und bereits in der Erstaufnahme Durchsetzung der Schulpflicht mit all dem, was ich eben geschildert habe. Wir sind diejenigen, die das am intensivsten machen.

(Jörg Hamann CDU: Aber nicht die Erfolgreichsten!)

Außer Ihnen weiß das jeder in Hamburg.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von Jörg Hamann CDU)

Außerdem bietet die Uni Hamburg jetzt acht Module für Flüchtlinge an, mit denen die Studienbedarfe und Studienmöglichkeiten herausgefunden werden sollen. Schon die ersten Tage haben gezeigt, wie sehr solche Angebote nachgefragt werden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Mit Blick auf die Integration in den Arbeitsmarkt haben wir das Programm W.I.R – work and integration for refugees – gestartet, mit dem wir im Kern die Erfahrungen aus der Arbeit der Jugendberufsagentur systematisch auch für Angebote an Flüchtlinge nutzbar machen. Grundlage dafür sind die Erleichterungen beim Zugang zum Arbeitsmarkt für Flüchtlinge, für die wir uns auf der Bundesebene sehr eingesetzt haben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das ermöglicht es uns nämlich, den Hauptintegrationsmechanismus in die deutsche Gesellschaft, den Arbeitsmarkt, sehr viel intensiver und strategischer zu nutzen. Dieses Angebot richtet sich an alle mit einer Bleibeperspektive. Wir bringen mit W.I.R diejenigen zusammen, die bei der Integration in Arbeit helfen können, und entwickeln dabei auch jenseits der gesetzlich vorgegebenen Zuständigkeiten gemeinsam pragmatische Angebote. Der Ansatz ist einzigartig.

(Birgit Stöver CDU: Das stimmt nicht!)

Nur in Hamburg gibt es ein so gutes Programm zur Integration in den Arbeitsmarkt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es beginnt damit, dass wir in alle Aufnahmeeinrichtungen gehen, um die Qualifikationen zu erfassen. Daran anschließend findet eine Beratung statt, an deren Ende ein fundiertes Profiling steht, an das sich wiederum Qualifizierungs- und Eingliederungsmaßnahmen anschließen. Neben den sprachlichen Kompetenzen geht es hier auch darum, bereits erworbene Fähigkeiten so weit zu aktivieren, dass sie im Arbeitsmarkt genutzt werden können.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dass bei diesem Projekt viele unterschiedliche Behörden und Initiativen ebenso mithelfen wie die Kammern, ist wesentlich für seinen Erfolg. Die Erfahrungen der Vergangenheit, dass es viele Jahre dauerte, bis die Eingliederung in den Arbeitsmarkt erfolgt ist, wollen wir nicht wiederholen. Wir sehen jeden Tag, welche Motivation und auch welche Zuversicht die Flüchtlinge mit nach Deutschland bringen. Wir müssen es ihnen ermöglichen, diese Kraft in ihre neue Heimat einzubringen. Das entlastet nicht nur unsere Sozialsysteme, sondern es liegt auch in unserem eigenen Interesse. Wir können dieses Engagement, diese Leidenschaft gut gebrauchen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir wissen aber auch, dass wir uns dann generell um wirtschaftliches Wachstum kümmern müssen. Das ist die Voraussetzung dafür, die Arbeitsplätze zu schaffen, die die beschriebene Integration ermöglichen. Wir wissen aus der Erfahrung in Hamburg, dass 1 Prozent Wirtschaftswachstum bei uns auch rund 1 Prozent Beschäftigungszuwachs bedeutet. Das sind die Größenordnungen, die wir perspektivisch zusätzlich anstreben müssen, um Perspektive zu schaffen – und zwar in allen Bereichen, von der Hochtechnologie bis zu gering qualifizierten Arbeitsplätzen. Auch das gehört ins Zentrum unserer Politik für Wachstum und Integration und davon haben alle etwas, die in Hamburg leben und arbeiten.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sie sehen, wir nehmen die Herausforderung an, und wir wissen auch, wie wir sie meistern können.

(Zurufe der CDU: Gar nicht! – Dennis Thering CDU: Da haben Sie nichts zu gesagt!)

Worüber wir aber nichts seriös wissen können, ist die weitere Entwicklung der weltweiten Fluchtbewegungen und ihre Konsequenzen für unser Land und unsere Stadt. Wir gehen deshalb derzeit davon aus, dass es sich nicht um temporäre Aufwallungen handelt, sondern um grundsätzliche, längerfristige Aufgaben. Daran richten wir unser Han-

(Erster Bürgermeister Olaf Scholz)

deln aus, darauf richten wir unsere strukturellen Entscheidungen ein. Deshalb werden wir weiterhin auf Bundesebene darauf achten, dass die Rahmenbedingungen vernünftig gesetzt und weiterentwickelt werden. Wir werden unsere konkreten Erfahrungen einbringen, um erfolgreiche Mechanismen bekannter zu machen und auf sichere Grundlagen zu stellen, denn bei aller Dramatik mancher Situation müssen wir uns davor hüten, in den Gestus des Notstands zu verfallen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben viel zu tun, aber wir sind in der Lage, das auch zu leisten, wenn alle die Nerven bewahren und sich sachlich um die Herausforderungen kümmern.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir wissen in diesem Zusammenhang, dass noch ganz erhebliche finanzielle Belastungen auf uns zukommen werden, für die wir bereits mit einer Reserve im Haushalt Vorsorge getroffen haben. Zusätzlich hilft, dass die Länder jetzt bis zur BAMF-Entscheidung pro Asylbewerber monatlich 670 Euro vom Bund erhalten. Das ist eine wichtige Vereinbarung, um die unmittelbaren Kosten zu schultern.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und bei Karin Prien CDU)

Wir sind hier gut vorbereitet, und weil das so ist, gehen wir auch weitere große Projekte für die Stadt an. Dazu gehört die Bewerbung um die Olympischen und Paralympischen Sommerspiele 2024.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wenn wir die Kraft und die Zuversicht unserer Stadt weiter erhalten und ausbauen wollen, dann ist es essenziell,

(Dennis Gladiator CDU: Dann brauchen wir einen Bürgermeister, der handelt und nicht redet!)

dass wir uns auch in Zukunft um alle Bereiche des städtischen Lebens und um alle Bürgerinnen und Bürger kümmern.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Mit der Integration der Flüchtlinge ist jetzt eine weitere – allerdings große – Aufgabe hinzugekommen, eine, mit der wir ebenfalls klarkommen werden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Entscheidend dafür wird aber auch sein, dass wir die Verfahren bis zur Anerkennung oder Rückführung weiter beschleunigen.

(Beifall bei der SPD und der AfD)

Dabei hilft die Vereinbarung zur Ausweitung der sicheren Herkunftsländer insbesondere auf dem Westbalkan. Derzeit stauen sich Erfassung der Flüchtlinge und Entscheidung über die Asylanträge durch das zuständige Bundesamt. Hier werden die Zuständigen intensiv an einer Lösung arbeiten. Es bleibt zu hoffen, dass hier bald zusätzliches Personal eingestellt wird und sich die Verfahren dadurch endlich beschleunigen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Mit der Einrichtung einer dritten zusätzlichen Kammer am Verwaltungsgericht bereiten wir uns in Hamburg bereits darauf vor, dass wir dann auch den sich anschließenden Verfahrensschritt ordentlich abarbeiten werden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wenn uns die Beschleunigung der Verfahren insgesamt gelingt, dann erleichtert das die Integration, für die die Klärung des Status eine wichtige Voraussetzung ist. Außerdem beseitigen wir so wesentliche Fehlanreize und senden denjenigen eindeutige Signale, die keine Perspektive auf einen Verbleib nach dem Asylrecht haben. Wer nämlich keinen Anspruch auf Asyl hat, der muss unser Land wieder verlassen. Auch das gehört klar ausgesprochen.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN, der AfD und bei Joachim Lenders CDU)

Dazu gehören letzten Endes auch Abschiebungen, wenn eine freiwillige Ausreise verweigert wird. Das durchzusetzen ist auch eine Voraussetzung dafür, dass es uns gelingt, das Recht auf Asyl zu sichern.

(Dennis Gladiator CDU: Dann fangen Sie damit an!)

Wir werden deshalb hier sehr strikt sein. Die Bürgerschaft hat bereits beschlossen, dass wir das dafür zuständige Personal verdreifachen werden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Auch hier hilft Klarheit dabei, dass wir uns besser um die kümmern können, die unsere Hilfe jetzt brauchen. Und vielleicht ermöglicht uns diese Deutlichkeit auch, dass wir uns endlich im Bund wieder der Aufgabe zuwenden, ein ordentliches Einwanderungsgesetz für Deutschland zu schreiben, das deutlich macht, wer unter welchen Voraussetzungen die Möglichkeit hat, auch außerhalb des Asylverfahrens in unser Land zu kommen.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und bei Carl-Edgar Jarchow FDP)

Wir dürfen aber in der aktuellen Lage mit Blick auf die Möglichkeiten der freiwilligen Rückkehr und der Abschiebung kein falsches Bild zeichnen. Die weit überwiegende Zahl der jetzt und in den nächsten Monaten zu uns Kommenden stammt aus Ländern, bei denen es sich nicht um jetzt oder künftig

(Erster Bürgermeister Olaf Scholz)

sichere Herkunftsländer handelt. Flüchtlinge vom Westbalkan machen aktuell nur noch eine Minderheit aus. Die Mehrheit derjenigen, die uns aktuell erreichen, hat Verfolgung und Krieg hinter sich gelassen und wird wohl bleiben.

Meine Damen und Herren! Von uns wird jetzt verlangt, dass wir uns in aller Ernsthaftigkeit um das kümmern, was getan werden muss. In Hamburg können wir sagen: Wir stehen vor einer wichtigen Aufgabe, wir nehmen sie an, und wir erfüllen sie.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dabei hilft es niemandem, sich in Spekulationen über das Kommende zu verlieren. Entscheidend ist vielmehr die Haltung, mit der wir der Aufgabe begegnen. Entscheidend sind die Maximen unseres Handelns. Gerade wenn wir auf Sicht fahren, wie im Moment, müssen wir uns unserer Werte und Entscheidungsparameter sehr sicher sein. Wir können uns in dieser Haltung wiederum Max Brauer zum Vorbild nehmen.

(Dennis Thering CDU: Ach nee!)

Als er 1968 die Ehrenbürgerwürde verliehen bekam, lobte der damalige Erste Bürgermeister Herbert Weichmann, übrigens auch ein Flüchtling und Rückkehrer wie Brauer, dessen Einsatz für eine würdige Gestaltung der Welt und für ein lebenswertes Leben der Menschen in Freiheit, Recht und Sitte, wie man damals so sagte. Und Weichmann fügte an, dass Max Brauer sich nicht vorstellen konnte, anders zu handeln, und ich meine, wir sind ihm Dank dafür schuldig, dass er es nicht anders konnte. Wenn wir heute Können und Wollen zusammenbringen, dann ist das die Quelle der Zuversicht, die wir brauchen, um auch den aktuellen Wandel Hamburgs gemeinsam mit seinen Bürgerinnen und Bürgern täglich neu zu meistern.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Unsere freie und offene Stadt kann sich in diesem Wandel nicht nur der Werte versichern, auf denen sie gegründet ist, sondern sie wird auch gestärkt aus diesem Wandel hervorgehen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich bin froh, dass sich die breite Mehrheit in unserer Stadt nicht vorstellen kann und will, dass es anders sein könnte. Auf dieser Grundlage werden wir weiter handeln.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort erhält nun Herr Trepoll von der CDU-Fraktion.

André Trepoll CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zuerst einmal, Herr Scholz, gute Besserung. Ich muss aber ehrlicherweise sagen, wir haben Sie durchaus mit Nachdruck aufgefor-

dert, zu diesem Thema im Parlament Stellung zu beziehen. Nachdem Sie jetzt zu uns gesprochen haben, muss ich feststellen, dass Sie Ihre Stimme hätten schonen können. Über das, was Sie uns mitgeteilt haben, bin ich einigermaßen sprachlos und fassungslos.

(Beifall bei der CDU und bei *Katja Suding* FDP)

Sie haben Philosophen und ehemalige Erste Bürgermeister zitiert, aber, Herr Scholz, wir reden heute über römisches Recht und nicht über ein philosophisches Problem. Es geht um ein ganz konkretes Problem.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Deshalb möchte ich Ihnen gleich zu Anfang vorlesen, was zum Beispiel die Kollegen des zuständigen PKs in der Schnackenburgallee kürzlich geschrieben haben. In den vergangenen Tagen hätten teilweise Väter ihre Kinder auf den Tischen der Sozialarbeiter abgesetzt und darum gefleht, dass man ihnen ihre Kinder wegnehmen solle, damit diese wenigstens in eine warme Unterkunft gebracht werden. Das ist ein konkretes Problem, Herr Scholz. Vor zwei Tagen hat eine Frau dort ein Kind zur Welt gebracht. Auch das ist ein konkretes Problem, und ich finde, etwas konkreter hätte es schon sein müssen, Herr Scholz.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Hamburg steht aktuell vor zwei großen Herausforderungen. Die eine ist die Bewerbung um die Olympischen und Paralympischen Spiele in unserer Stadt, die wir uns selbst ausgesucht haben. In dieser Frage stehen wir mit viel Vertrauensvorschluss an Ihrer Seite.

Die zweite Herausforderung ist in dieser Dimension unerwartet auf uns zugekommen. Die Zahl der Flüchtlinge, die nach Deutschland und natürlich auch nach Hamburg kommen, ist weiterhin hoch. Den Menschen, die vor Krieg, Terror und politischer Verfolgung fliehen, muss geholfen werden. Der Artikel 1 des Deutschen Grundgesetzes garantiert die Unantastbarkeit der Menschenwürde – eine Regel, die aus unserer Sicht internationale Gültigkeit besitzt und für unser Asylrecht maßgeblich ist. Diese Menschen kommen nicht zu uns, weil irgendjemand, schon gar nicht die Kanzlerin, einen Schalter gedrückt hat. Weltweit sind 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Ein Teil von ihnen kommt auch nach Europa und nach Deutschland, und diese Ströme können nicht einfach per Knopfdruck gestoppt werden. Aber nicht zuletzt zeigt doch das Chaos in Hamburg, dass wir dringend eine Begrenzung des Zustroms brauchen. Wir brauchen wieder geordnete Verhältnisse.

(*Dirk Nockemann* AfD: Sagen Sie das Ihrer Bundeskanzlerin!)

(André Trepoll)

Deshalb machen wir als Christdemokraten auch mit der Einrichtung von Transitzone konkrete Vorschläge. Von Ihnen, liebe Sozialdemokraten, höre ich dazu leider rein gar nichts. Wer A sagt, muss auch B sagen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Es ist unsere Aufgabe und Pflicht, auf allen Ebenen unseren Beitrag dazu zu leisten, diese Flüchtlingskrise zu bewältigen. Für dieses Jahr entfallen bis Ende September nach dem Königsteiner Schlüssel – Sie haben es angesprochen, Herr Scholz – 12 111 Flüchtlinge auf Hamburg, die hier tatsächlich auch untergebracht werden müssen. Das entspricht aufs Jahr gerechnet 44 Personen pro Tag. Ich bin manchmal sehr erstaunt darüber, dass Sie immer wieder diese Zahl von 600 Personen, die täglich kommen, verlautbaren lassen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Weil die erst mal da sind!)

– Die sind erst einmal da, Herr Dressel, aber die fließen dann auch wieder ab. Und Sie vermitteln den Menschen den Eindruck, als ob jeden Tag 600 in Hamburg untergebracht werden müssen. Das ist nicht die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Was wir bei der Flüchtlingsunterbringung in Hamburg seit Monaten erleben, macht einen fassungslos, denn es geht in Hamburg seit Wochen und Monaten drunter und drüber. Bis zur Wahl ist in dieser Frage kaum etwas passiert, und das war von Ihnen wahrscheinlich auch nicht gewollt. Darum steht – und das, was Sie sagen, Herr Scholz, ist nicht richtig – Hamburg noch deutlich schlechter da als andere Bundesländer.

(Ksenija Bekeris SPD: Was reden Sie denn da?)

Was ich daran besonders kritisiere, möchte ich Ihnen ausdrücklich sagen. Sie taten bisher so – und heute haben Sie das wiederholt getan –, als ließe sich die Flüchtlingsherausforderung einfach schultern, als gäbe es keine spürbaren Auswirkungen und Belastungen, auch keine Mehrkosten, als seien diese überhaupt kein Problem und das Geld sei einfach übrig.

(Ksenija Bekeris SPD: Sie waren doch da, die letzten Wochen!)

Sie sagen, niemand müsse sich Sorgen machen, Scholz habe alles im Griff. Die Realität in dieser Stadt ist aber eine andere.

(Beifall bei der CDU)

Wie sieht denn Ihre bisherige Bilanz bei der Flüchtlingsunterbringung in Hamburg aus?

(Phyliss Demirel GRÜNE: Ja, und?)

Die bereits vorhandenen Unterbringungseinrichtungen wurden größer und größer.

(Phyliss Demirel GRÜNE: Kleiner eher!)

Die von der SPD und den GRÜNEN versprochene gerechte Verteilung bei der Unterbringung zwischen allen sieben Bezirken und 104 Stadtteilen findet nicht statt. Und es soll auch keine kleineren Unterkünfte geben, wie sie Sie noch in Ihrem Koalitionsvertrag vollmundig "in den Blick nehmen" wollten, wie Sie sagten. Stattdessen setzen Sie auf Massenunterkünfte in Stadtteilen, die bereits heute sozial enorm herausgefordert sind. Nur ein Beispiel dafür: In Neugraben-Fischbek sollen demnächst 5 000 Flüchtlinge bei 27 000 Einwohnern untergebracht werden. Bald jeder sechste Neugrabener wird dann ein Flüchtling sein. Machen wir uns doch nichts vor, sprechen wir es aus: So ist Integration von Anfang an zum Scheitern verurteilt.

(Beifall bei der CDU)

Der Staat muss zu seinen Bürgern ehrlich sein. Er muss sein Wort halten und darf die Lasten nicht einseitig auf wenige Schultern legen. Das sollten Sie beherzigen.

Diese Liste lässt sich endlos fortsetzen. Unterkünfte werden über Nacht aus dem Boden gestampft, ohne die Bürger vorab zu beteiligen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Sollen wir die fragen vorher?)

Die Prüfung geeigneter Flächen für die Flüchtlingsunterbringung funktioniert unverändert schlecht. Vorschläge aus den Bezirken und private Angebote werden aus Kapazitätsgründen gar nicht erst geprüft oder verworfen. An dem Zuständigkeitswirrwarr zwischen Innen- und Sozialbehörde hat sich nichts geändert, obwohl die Probleme lange bekannt sind. Nun will sich heute auch noch die Gesundheitssenatorin um Flächen für die Unterbringung kümmern. Mehr Durcheinander geht doch gar nicht mehr.

(Beifall bei der CDU)

Als einziges vermeintliches Gerechtigkeitsymbol muss die Sophienterrasse erhalten. Aber statt die Flüchtlingsunterbringung dort möglich zu machen, wollten Sie lieber mit dem Kopf durch die Wand. Nun greifen Sie auf leer stehende Baumärkte für die Unterbringung zurück. Waren es am Anfang laut Senat noch Kommunikationspannen, muss man mittlerweile feststellen, dass dieses Chaos leider Methode hat. Die Baumärkte sind nicht im geringsten auf die Unterbringung von Menschen vorbereitet. Es fehlt an allem, an Schlafmöglichkeiten, sanitären Anlagen, Nahrungsmitteln und vor allem an jemandem, der vor Ort die Verantwortung trägt – f & w fördern und wohnen ist dazu personell gar nicht mehr in der Lage. Immer öfter gibt es Gewaltvorfälle in den Einrichtungen bei mehr als

(André Trepoll)

1 000 Polizeieinsätzen in diesem Jahr. Die Polizisten werden von Ihnen im Stich gelassen.

(Beifall bei der CDU)

Der Winter ist da, die Unterbringung in unbeheizten Zelten besteht fort, Frauen und Kinder frieren, erkranken dort, und Sie unternehmen nichts. Auch die Gesundheitsversorgung der Flüchtlinge ist in großen Teilen mangelhaft. Das ist ein Offenbarungseid, das hat auch die Rede des Bürgermeisters gezeigt. Kurzum, in Hamburg herrscht Chaos in der Flüchtlingsunterbringung und das alles, Herr Scholz, ist Ihr Chaos. Das haben Sie mit Ihrer Untätigkeit persönlich zu verantworten.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte es ausdrücklich sagen: Niemand erwartet bei dieser großen Herausforderung Wunder von Ihnen.

(Martina Friederichs SPD: Das haben Sie aber gerade gesagt!)

Keiner wirft Ihnen vor, dass nicht alles reibungslos läuft. Was wir Ihnen vorwerfen, ist, dass sich diese Fehler nicht ständig wiederholen dürfen und dass wenigstens Mindeststandards für die Unterbringung eingehalten werden müssen. Dafür müssen Sie als Bürgermeister schon sorgen.

(Beifall bei der CDU)

Zu all dem haben Sie in der Bürgerschaft geschwiegen. Kein Wort zur Flüchtlingskrise an die Abgeordneten, kein Wort zur Finanzierung der Flüchtlingskosten, kein Wort zum Beschlagnahmegesetz. Probleme zu verschweigen oder als Regierungschef nichts mit ihnen zu tun haben zu wollen ist kein gutes Regieren. Da helfen auch keine markigen Worte. Das ist die schlechteste Krisenbewältigung ever, um es mit Ihren Worten zu sagen, Herr Scholz.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Die Stimmung in der Flüchtlingsdebatte war bislang von großer Hilfsbereitschaft getragen. Ich möchte an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen und den vielen Freiwilligen und Ehrenamtlichen, den Mitarbeitern in der öffentlichen Verwaltung und bei den Hilfsorganisationen, einfach allen, die in dieser schwierigen Zeit der Stadt und den Menschen helfen, herzlich danken. Ohne Sie – das muss man in aller Deutlichkeit sagen – wäre die Situation in Hamburg noch viel unerträglicher.

(Beifall bei der CDU, der FDP und der AfD)

Aber die Stimmung in der Stadt verschlechtert sich zunehmend. Viele Bürger haben den Eindruck, dass der Senat mit der Flüchtlingsfrage überfordert ist. Die Freiwilligen fühlen sich im Stich gelassen. Deshalb ist es so tragisch, dass Sie, Herr Scholz, sich bei diesem Thema, das die Menschen derzeit am meisten bewegt, lange weggeduckt haben und

das auch weiterhin nicht zur Chefsache machen. Herr Scholz, dabei sein ist alles, so lautet das Olympia-Motto. Es reicht aber in dieser Flüchtlingskrise nicht aus. Hier sind Führungsqualitäten gefragt, und die haben Sie bisher deutlich vermissen lassen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Bei dieser ersten schwierigen Herausforderung in Ihrer Amtszeit wirken Sie – ich muss es so deutlich sagen – überfordert und untätig. Das kann sich Hamburg nicht leisten, das ist unsere Auffassung.

(Beifall bei der CDU und bei Dr. Joachim Körner AfD – Wolfgang Rose SPD: Das glauben Sie doch selber nicht!)

Bei der zweiten Hamburger Herausforderung, der Bewerbung um die Olympischen und Paralympischen Spiele, wissen Sie mittlerweile, welche Chancen sich unserer Stadt bieten und welche Kraftanstrengungen dafür nötig sind.

(Zurufe von der SPD)

Sie haben sogar einen eigenen Sportsstaatsrat samt umfangreichem Planungsstab dafür ins Amt gehoben – richtig so –, aber in der großen Flüchtlingskrise haben Sie keine weitreichenden Personalentscheidungen getroffen. In Berlin hat Kanzlerin Merkel sogar ihren Kanzleramtsminister zum Flüchtlingskoordinator ernannt.

(Zurufe von der SPD)

Auch andere Ministerpräsidenten, beispielsweise die Kollegen von Schwarz-Grün in Hessen, handeln genauso. In Hamburg haben Sie sich lieber erst einmal um eine Fahrradbeauftragte gekümmert statt um die Bewältigung der Flüchtlingsfrage. Was stimmt denn mit Ihren Prioritäten nicht?

(Beifall bei der CDU und bei Michael Kruse FDP)

Aber, Herr Bürgermeister, Hamburg braucht jetzt eine 1a- und keine 10c-Lösung.

(Ksenija Bekeris SPD: Ach, jetzt kommt was!)

Ihre konkrete Ausgestaltung offenbart kurzfristigen Aktionismus und mangelnde politische Entschlossenheit. Das ist, glaube ich, sehr deutlich geworden. Sie haben es ja auch noch einmal gesagt, wenn man genau zugehört hat. Als Sie den Flüchtlingskoordinator in Ihrer Rede erwähnt haben, haben Sie ganz klar gesagt, er bleibe Teil der ordentlichen Verwaltung, man habe eine Krisensituation.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Richtig! Das ist auch gut so!)

Das macht Ihre Denke noch einmal sehr deutlich. Das, finde ich, muss man noch einmal herausstreichen.

(Beifall bei der CDU)

(André Trepoll)

Die Unterbringung und Integration der Flüchtlinge ist schließlich eine Gemeinschaftsaufgabe aller Ressorts. Da es derzeit insbesondere an der Unterbringung der Flüchtlinge hapert, sollte der Krisenstab dringend um externe Immobilienprojektentwickler ergänzt werden.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das passiert doch längst!)

Hier ist jetzt professioneller Sachverstand zur Lösung der Unterbringungsprobleme gefragt, die weder die Sozial-, Innen- noch die Gesundheitsbehörde lösen können – wieder ein ganz konkreter Vorschlag von uns zur Verbesserung der Situation.

(Beifall bei der CDU – Ksenija Bekeris SPD: Ja, aber zu spät, Herr Trepoll!)

Sie müssen die Flüchtlingsfrage zur Chefsache machen und Ihren Flüchtlingskoordinator an die Senatskanzlei anbinden. Als eine der größten Landesregierungen in Deutschland kann es doch kein Problem sein, für diese wichtige Aufgabe eine geeignete Person aus Ihrem 26-köpfigen Senatoren- und Staatsrätefundus zu rekrutieren.

(Beifall bei der CDU)

Man reibt sich schon ein wenig verwundert die Augen. Deutschlandweit vertreten insbesondere die GRÜNEN, aber auch weite Teile der SPD die Ansicht, dass alle, die zu uns kommen wollen, auch kommen sollen. Aber jetzt, wo die Menschen da sind, klappt einfach nichts.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Klappt nichts?)

Was für ein Affentheater würden denn Sie, liebe GRÜNE, in diesem Hause und in der ganzen Stadt veranstalten, wenn CDU und FDP jetzt im Senat säßen und diese katastrophalen Zustände zu beantworten hätten?

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Stattdessen sitzen Sie nun schweigend auf der Senatsbank. Herr Tjarks, seien Sie uns doch dankbar dafür, dass wir den Druck auf Scholz in der Flüchtlingsfrage hoch halten, denn offensichtlich schaffen Sie das nicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Dirk Kienscherf SPD: Sie braucht wirklich keiner!)

Die Kritik kommt doch nicht nur von uns, der Opposition, sondern sie kommt von Ihren eigenen Mitarbeitern: vom Arbeitersamariterbund, vom Deutschen Roten Kreuz, von der Bundeswehr, den Polizisten, den Bezirken, immer mehr auch von den Bürgern und – gestern haben wir es erlebt – sogar von den Geflüchteten selbst. Das sollte Ihnen doch wirklich einmal zu denken geben.

Wir wollten uns das nicht länger anschauen, und so haben sich CDU und FDP parteiübergreifend in diesem Hause als konstruktive Opposition zusammengetan

(Dr. Andreas Dressel SPD: Ja, das haben wir mitgekriegt!)

und einen gemeinsamen Antrag eingebracht, Herr Dressel, mit konkreten Forderungen und Vorschlägen,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Alles kalter Kaffee! – Gegenruf von Katja Suding FDP: Das sagt der Richtige!)

um die Flüchtlingskrise in Hamburg endlich in den Griff zu bekommen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Offensichtlich haben wir Sie damit wenigstens einmal wachgerüttelt. Knapp zwei Stunden nach der Ankündigung der gemeinsamen Pressekonferenz von Frau Suding und mir hat bei Ihnen hektische Betriebsamkeit eingesetzt, und Sie haben kurzfristig die heutige Regierungserklärung angekündigt und den Flüchtlingskoordinator gleich nach unserer Pressekonferenz noch hinterher.

(Zurufe von der SPD)

Erst unser massives Drängen bewegt den Senat zum Handeln. Sie sehen, Opposition wirkt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Herr Scholz, Herr Dressel, wie passt es eigentlich zusammen, dass Sie uns vorwerfen, keine eigenen Vorschläge zu machen, und dann einfach unsere Vorschläge übernehmen?

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD)

Über Ihre Reaktion kann ich mich allerdings nur wundern, denn CDU und FDP reichen Ihnen die Hand und machen konkrete Vorschläge, aber Ihnen fällt nichts anderes ein als haltlose Beschuldigungen in unsere Richtung.

Überhaupt, Herr Dressel, Sie können sich Ihre scheinheiligen Solidaritätsappelle an die Opposition in Zukunft sparen. Es ist Ihr Bürgermeister, der Sie in den vergangenen Monaten immer wieder vorgeschickt hat, wenn es im Parlament eng wurde. Es ist Ihr Bürgermeister, der bisher kein einziges Mal das direkte Gespräch mit der Opposition gesucht und gemeinsame Lösungen angestrebt hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Und es sind Sie, Herr Dressel und Herr Tjarks, die zuletzt vor zwei Wochen die Opposition zu eigenen Vorschlägen aufgerufen haben – vielleicht werden Sie sich daran erinnern –,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Dann machen Sie mal Vorschläge!)

mit Ihrer Mehrheit aber zugleich verhindern, dass unsere Vorschläge zur Beendigung des Flüchtlingschaos auf die heutige Tagesordnung kom-

(André Trepoll)

men. Wo ist denn da die Glaubwürdigkeit auf Ihrer Seite? Ich kann sie nicht erkennen.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben dieses Einvernehmen immer hergestellt, selbst wenn wir in der Sache völlig konträrer Ansicht waren. Das ist der Unterschied. Sie können diese Vorwürfe nicht immer wieder erheben, sie entbehren jeder Grundlage. Meine Fraktion hat seit den Haushaltsberatungen im vergangenen Jahr zwölf Initiativen mit 64 konkreten Forderungen zur Lösung der Flüchtlingskrise eingebracht. Ähnliches gilt für die Kollegen der FDP. Niemand hat sich in der Flüchtlingsfrage so engagiert wie die Fraktionen von CDU und FDP. Daran sollten Sie sich ein Beispiel nehmen, Herr Dressel.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Dr. Andreas Dressel SPD: Ja? – Zurufe von der SPD)

Das ist unser Verständnis von konstruktiver Oppositionsarbeit. Hätten Sie unseren Initiativen zugestimmt, statt Parteipolitik im alten Stil zu betreiben, wäre die Ausländerbehörde längst in der Lage, die Verfahren zügig zu betreiben und ausreisepflichtige Personen konsequent abzuschieben.

(Ksenija Bekeris SPD: Da müssen Sie doch selber lachen, Herr Trepoll!)

Hätten Sie unsere Forderungen nach Personalverstärkung nicht abgelehnt, hätte das Verwaltungsgericht heute in den Asyl- und Ausländerangelegenheiten weniger unerledigte Fälle und kürzere Verfahrensdauern. Herr Dressel, ich habe den Antrag selbst vor einem Jahr eingebracht. Sie haben ihn abgelehnt und das erst vor wenigen Wochen nachvollzogen. Das ist die Wahrheit, und das können Sie auch nicht bestreiten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich weiß schon, was gleich kommen wird, was Sie sagen werden, aber auch bei der Suche geeigneter Flächen für die Flüchtlingsunterbringung haben wir uns als CDU, als FDP in allen Bezirken konstruktiv beteiligt.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Echt?)

Sie wissen das, weil sie gestern Nacht noch eine E-Mail an Ihre SPD-Fraktionsvorsitzenden in den Bezirken geschrieben haben: Teilt uns doch mal mit, wo sich die CDU vor Ort querstellt.

(Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP: Wie peinlich!)

Und als Antwort haben Sie bekommen, weil die Zusammenarbeit in den Bezirken nämlich sehr gut ist: Bei uns ist alles in Ordnung, lasst uns da bloß raus, hier macht die CDU alles mit.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Dr. Andreas Dressel SPD: Schön, dass Sie meinen E-Mail-Account lesen!)

Sie können von uns nicht erwarten, dass wir Fehlentwicklungen stillschweigend hinnehmen. Große Massenunterkünfte sind ein Fehler, und ich kann das sagen, Frau Schneider, ich war mehrfach in Flüchtlingsunterkünften und habe jeweils auch mit den Leitungen gesprochen. Ich habe jeder Leiterin, jedem Leiter die gleiche Frage gestellt: Was halten Sie davon, eine solch große Einrichtung einzusetzen? Sie kennen die Antwort: Lassen Sie das bleiben, es macht mehr Probleme. Es ist auch kurzfristig keine Lösung der Situation, es funktioniert einfach nicht. Und so erleben wir das jetzt auch in den großen Einrichtungen.

(Zuruf von der SPD: Haben Sie auch eine Alternative? – Juliane Timmermann SPD: Was ist denn Ihre Lösung?)

Wir wollen keine Parallelgesellschaften in Hamburg,

(Dirk Kienscherf SPD: Die Alternative!)

wir wollen, dass die Integration gelingt – von Anfang an, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Und deshalb mache ich Ihnen heute einen neuen Vorschlag. Die Stadtteile, die enorme Unterbringungskapazitäten schultern, müssen sich auf die Unterstützung der gesamten Stadt verlassen können. Deshalb brauchen wir einen Ausgleichsmechanismus, einen Pakt der Solidarität. Das bedeutet konkret, dass diese Stadtteile auch entsprechend entlastet und deutlich stärker als bisher unterstützt werden, beispielsweise bei der sozialen Infrastruktur, bei den Kindergärten und Schulen, bei Spielplätzen und Jugendtreffs, bei Sozialarbeitern und Polizisten. Das müssen wir jetzt organisieren, um die notwendige Akzeptanz zu schaffen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich will Ihnen das ganz konkret sagen, denn ich weiß es, weil ich selbst aus Harburg komme. Man kann im Karlinenviertel Willkommensfeste feiern, wie man will, der Integrationsdruck und die Integrationslast werden von den Stadtteilen getragen werden müssen, die sie schon jahrzehntelang getragen haben. Sie haben Gott sei Dank auch schon Erfahrung damit, aber wir dürfen diese Stadtteile nicht allein lassen. Wenn Sie schon diesen Weg einschlagen, dann müssen Sie auch dafür Sorge tragen. Das ist unsere feste Auffassung.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ihren einzigen konkreten Vorschlag zur Schaffung von 5 600 Wohnungen und zur Unterbringung von Flüchtlingen werden wir kritisch, aber konstruktiv begleiten. Das neue Sonderbaurecht sieht zwar kein übliches Bebauungsplanverfahren vor, aber auf Bürgerbeteiligung im Vorwege sollte trotzdem nicht verzichtet werden. Nur Beteiligung schafft Akzeptanz.

(André Trepoll)

(Beifall bei der CDU)

Deshalb stelle ich mir schon die Frage: Was hat denn der Bürgermeister nun Neues, Wegweisen- des verkündet? Ich hätte zumindest erwartet, dass Sie etwas zum rot-grünen Koalitionsvertrag sagen, Herr Scholz, der aus meiner Sicht in vielen Punkten hinfällig geworden ist, weil er auf die konkreten Anforderungen der Flüchtlingskrise überhaupt keine Antworten gibt. Gerade einmal auf 14 dürrtigen Zeilen, eine Viertelseite der etwa 115 Seiten, beschäftigt sich Rot-Grün mit der Flüchtlingsfrage.

(Erster Vizepräsident Dietrich Wersich übernimmt den Vorsitz.)

Wenn Sie es ernst nähmen mit der Lösung der Aufgabe, dann müssten Sie, Herr Scholz, und Sie, Frau Gallina, jetzt eigentlich einen neuen Koalitionsvertrag ausverhandeln

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das sollte nicht euer Problem sein!)

und der Stadt sagen, wo Sie hinwollen.

(Beifall bei der CDU)

Im Föderalismus hat jeder seine verfassungsgemäß festgelegten Aufgaben. So ist es auch bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise. Olaf Scholz trägt als Bundesvize den Kurs der SPD im Bund unwidersprochen mit, aber hier in Hamburg zeigt er auf den Bund. Die Bundesregierung hat Ländern und Kommunen finanziell enorm unter die Arme gegriffen und versucht auf europäischer Ebene alles, um die EU-Außengrenzen zu sichern. Ich glaube, dass eine faire Lastenverteilung in Europa herbeigeführt und der Zuzug damit in geordnetere Bahnen gelenkt werden kann. Der Bund handelt längst entschlossen. Sie, Herr Scholz, sind gut beraten, auch in Hamburg endlich damit anzufangen.

(Beifall bei der CDU)

Der Asylkompromiss, der jetzt beschlossen wird, ist ein gutes politisches Gesamtpaket, dass der Bund gemeinsam mit den Ländern beschlossen hat. Das ist vor allem ein Verhandlungserfolg der Bundeskanzlerin. Sie hat einige rot-grüne Landesregierungen beim Asylkompromiss überzeugt

(Dirk Kienscherf SPD: Mutti macht's!)

und so eine schnelle Einigung zum Wohle des Landes ermöglicht. Sie stellt sich der Herausforderung und weicht keiner unangenehmen Frage aus.

(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Was ist mit der CDU?)

Sie hat wichtige Schritte zur Begrenzung des Flüchtlingszuzugs im Konsens erreicht. Davon, Herr Scholz, können Sie sich eine dicke Scheibe abschneiden.

(Beifall bei der CDU)

Ziel dieses Asylkompromisses ist es vor allem, die Rückführung von ausreisepflichtigen Personen zu vereinfachen und deutlich zu beschleunigen. Aber, meine Damen und Herren, dazu gehört eben auch, dass die Länder ihre Hausaufgaben machen und genügend Personal bereitstellen. Schauen wir uns doch einmal die Fakten in Hamburg an: Geltendes Recht ist in unserem Land konsequent anzuwenden, und dazu gehört am Ende auch die Durchsetzung der Ausreisepflicht – ich weiß, dass Sie das nicht so gern hören –

(Dirk Nockemann AfD: Auch Abschiebung gehört dazu!)

und auch zügige Abschiebungen. Hier ergeben sich aus dem Asylkompromiss neue Möglichkeiten; Sie wissen das, Herr Dr. Dressel. Deshalb ist Hamburg jetzt in der Pflicht. Sie müssen endlich die erforderlichen Maßnahmen ergreifen. Lediglich 38 Abschiebungen im August sind ein Armutszeugnis, Herr Scholz.

(Beifall bei der CDU)

Gleiches gilt für den Kapazitätsausbau der öffentlichen Unterbringung der BASFI. Sie haben es in diesem Jahr gerade einmal geschafft, dort fünf zusätzliche Stellen zu schaffen – fünf zusätzliche Stellen für diese Herkulesaufgabe, bei einer Verdreifachung der Flüchtlingszahlen in Hamburg; Sie haben selbst darauf hingewiesen. Ich will einmal nur als Vergleich sagen, was der Bund macht. Im BAMF wird sich die Zahl der sogenannten Entscheider bis Ende dieses Jahres vervierfacht haben.

(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Das glauben Sie doch selber nicht! Das ist ja lächerlich! – Dr. Andreas Dressel SPD: Das ist wohl der Rückstau der Anträge!)

Der Bund handelt, Hamburg kommt nicht hinterher. Sie müssen die richtigen Prioritäten setzen.

(Beifall bei der CDU)

Und nun sind Sie auf eine an und für sich gute Idee gekommen: Sie haben Pensionäre um Unterstützung gebeten. Viele Menschen sind bereit zu helfen. Aber dann muss man diese Hilfsbereitschaft auch tatkräftig unterstützen. Was wir erfahren, ist, dass Sie bei den entscheidenden beamtenrechtlichen Fragen, was Krankenkassen, Finanzämter und so weiter angeht, die Pensionäre einfach im Stich lassen, und das ist ein Unding. Es wäre das Mindeste, dass das Personalamt die Hilfsbereiten hier unterstützt. Und auch dazu will ich Ihnen einen konkreten Vorschlag machen. Machen Sie es allen Hilfswilligen einfach, greifen Sie analog auf die Regelung für die Aufwandsentschädigung beispielsweise der Bezirksabgeordneten zurück. Sonst brauchen Sie sich nicht zu wundern, wenn Sie dringend benötigte Unterstützung nicht schnell genug organisieren können. Da müssen

(André Trepoll)

Sie einfach flexibler werden. Das ist jetzt das Gebot der Stunde.

(Beifall bei der CDU)

Ihr Gesetz zur Flüchtlingsunterbringung in Einrichtungen, also die Beschlagnahme von privatem Eigentum, ist keine Lösung für die Schaffung von Flüchtlingsunterbringungen, sondern dient allein der Einschüchterung. Eigentum verpflichtet. Meine Damen und Herren! Regierungsverantwortung verpflichtet ebenfalls. Dieser Verpflichtung werden Sie mit diesem Gesetz nicht gerecht.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Weder ist Rot-Grün in der Lage zu sagen, wie viele Eigentümer überhaupt die Nutzung leerstehender Hallen zuvor abgelehnt haben, noch sind SPD und GRÜNE in der Lage, die zahlreichen Immobilienangebote von Privaten zur Unterbringung zu überprüfen. Es gibt mehr als 3 000 private Angebote, die Sie noch nicht einmal ansatzweise geprüft haben; die Kollegen der FDP haben das erfragt.

(Dirk Kienscherf SPD: Das stimmt doch gar nicht! – Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Das ist totaler Quatsch!)

Gleichzeitig teilt uns der Senat mit, dass 155 000 Quadratmeter öffentliche Flächen leer stehen. Damit fehlt Ihnen, meine Damen und Herren von der SPD und den GRÜNEN, jede Berechtigung für diesen unverhältnismäßigen Grundrechtseingriff. Und ich wiederhole: Es ist ein rein politisches Ablenkungsmanöver, nichts anderes.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Weil der Bürgermeister so sehr auf Zitate von Max Brauer aus war, will ich einmal darauf hinweisen, dass Max Brauer sich selbst in den dramatischen Tagen von 1946 dagegen ausgesprochen hat, dass die britische Militärregierung Privateigentum beschlagnahmt. So sieht es aus.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das Vorbild, das Sie uns genannt haben, gibt Ihnen etwas anderes auf.

Auf die Spitze getrieben haben Sie es, indem der Senat vor einigen Tagen seinen Gesetzentwurf zu diesem Thema im Ausschuss auch noch zurückgezogen hat, sodass entgegen aller vorherigen Zusagen eine weitere Beratung nicht mehr möglich ist. Dieses Verhalten ist eine absolute Sauerei, ein Affront gegenüber dem Parlament und ein Wortbruch der Regierungsfractionen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Glocke)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich (unterbrechend): Herr Trepoll, ich muss Sie an den parlamentarischen Sprachgebrauch erinnern.

André Trepoll CDU (fortfahrend): Herr Dressel, ich erwarte, dass Sie dazu gleich etwas sagen und Stellung beziehen. Ich weiß, dass die Kollegen der GRÜNEN, insbesondere Frau Möller im Innenausschuss, selbst darauf hingewiesen haben, wie wichtig es ist, dass wir das weiter parlamentarisch beraten. Wieso kommt also der Senat dazu, uns diese Möglichkeit aus der Hand zu nehmen? Ich finde, demokratisches Miteinander sieht anders aus.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren! Neben der Unterbringung von Flüchtlingen ist deren Integration die eigentliche Herausforderung, die uns erst noch bevorsteht. Hierzu haben Sie bisher offenbar ebenfalls keine Vorstellung. Wir dürfen hier nicht auf das Prinzip Zufall setzen. Es muss eine Pflicht zur Integration geben, mit eindeutigen Vorgaben. Dazu zählt das klare Bekenntnis zu unserem Grundgesetz, zu unseren Normen, zu unseren Werten. Wer Schutz in unserem Land sucht, muss sich an unsere Gesetze halten. Auf unsere Werte gibt es keinen Rabatt.

(Beifall bei der CDU, der FDP und bei Dr. Jörn Kruse AfD)

Zur Integration zählen das Lernen der deutschen Sprache und die Eingliederung in unseren Arbeitsmarkt. All diese Vorgaben müssen wir in einem sanktionsbewehrten Integrationspflichtgesetz zusammenführen. In dieser wichtigen Integrationsfrage würde mich dann schon die Position von SPD und GRÜNEN interessieren. Leider, Herr Scholz, haben Sie auch dazu fast gar nichts gesagt.

Trotz der bislang chaotischen und unzumutbaren Beratungsprozesse, die uns dieser Senat zumutet, sind wir bereit, parlamentarisch alle künftig erforderlichen Maßnahmen ressortübergreifend und zügig zu beraten. Hierfür schlagen wir einen Sonderausschuss Flüchtlingskoordination und Integration vor, in dem der Senat dann jeweils aktuell Bericht erstattet. Wir gehen mit gutem Beispiel voran und bündeln parlamentarisch diese ressortübergreifende Aufgabe, auch wenn der Senat, die Exekutive, offensichtlich nicht dazu in der Lage ist.

Wenn Regierung und Opposition die großen Probleme gemeinsam lösen sollen, braucht Hamburg dafür einen Bürgermeister, der kooperationsfähig und -willig ist. Dies hat Olaf Scholz bislang vermissen lassen. Aus unserer Sicht ist jetzt Teamwork angesagt. Der zum Teil herrschaftliche Regierungsstil muss ein Ende haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Zu Beginn meiner Rede sprach ich von aktuell zwei großen Herausforderungen für unsere Stadt: Olympia und die Flüchtlingskrise. Herr Scholz, Sie werden es wissen – ich erfahre es immer wieder in vielen Gesprächen im Vorfeld des Olympia-Refe-

(André Trepoll)

rendums –: Nur wenn wir die Flüchtlingskrise in den Griff bekommen, können wir auch die Hamburgerinnen und Hamburger davon überzeugen, dass wir uns Olympia zutrauen können. Das muss uns klar sein. Ich hoffe, das ist auch Ihnen klar. – Herzlichen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Vielen Dank, Herr Trepoll. – Das Wort hat jetzt Herr Dr. Dressel von der SPD-Fraktion.

(Jörg Hamann CDU: Der rettet auch nichts mehr! Die E-Mail wollen wir hören! Lesen Sie mal die E-Mail vor!)

Dr. Andreas Dressel SPD:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Trepoll, Sie haben ein Zerrbild gezeichnet, sowohl der Flüchtlingslage als auch Ihrer Rolle in der Opposition.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Der Gipfel ist, dass Sie uns aufgefordert haben, den Koalitionsvertrag noch einmal neu zu verhandeln. Es zeichnet diese Koalition, es zeichnet diesen Senat und diese Regierungsfractionen aus, dass sie in einer solchen Situation nachsteuert, nachjustiert,

(Jörg Hamann CDU: Wo denn? Wo denn, Herr Dressel?)

dafür sorgt, dass wir solch einer Herausforderung gerecht werden. Dafür müssen wir den Vertrag nicht neu verhandeln. Es ist ein Witz, dass Sie diesen Vorschlag gemacht haben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Gleich wird auch noch die andere Oppositionsführerin, Katja Suding, das Wort ergreifen, die am vergangenen Freitag in ihrer Generalkritik an der Flüchtlingspolitik einen interessanten Satz gesagt hat. Ich habe ihn mir einmal herausgeschrieben.

(André Trepoll CDU: Sie hat mehrere interessante Sätze gesagt!)

– Warte doch erst einmal auf den Satz.

"Allerdings ist jetzt keine Zeit für Eitelkeiten."

Genau. Sehr richtig, meine Damen und Herren: keine Zeit für Eitelkeit.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es ist schade, dass Sie sich aufseiten der Opposition bei all Ihrer Kritik, bei Ihren teilweise überholten und abgegriffenen Vorschlägen, bei all Ihrem parteipolitisch unverantwortlichen Agieren diesen Satz – keine Eitelkeiten – nicht zu Herzen genommen haben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Michael Kruse FDP: Sie haben unsere Rede noch nicht mal gehört!)

Das gilt gerade für die CDU; die FDP ist nirgendwo in Verantwortung, das ist noch einmal ein anderer Fall. Aber, liebe CDU, wir sind in Berlin zusammen in der Regierung.

(Zurufe von der CDU)

Wir können Ihnen nicht durchgehen lassen – schauen Sie einmal in die Zeitung von heute –, dass in Ihrer CDU-Bundestagsfraktion über Regierungsabwahl geredet wird, dass Ihre Bundeskanzlerin, und in diesem Fall ist es sogar unsere gemeinsame Bundeskanzlerin, demontiert wird. Sie sollten erst einmal bei sich aufräumen, ehe Sie hier solche Töne spucken.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ja, es passieren Fehler bei der Bewältigung des Zustroms im Bund, in den Ländern, in den Kommunen und auch in Hamburg. Das ist so. Es gibt an vielen Stellen schwer vertretbare Provisorien. Das will ich gar nicht in Abrede stellen, und das haben übrigens auch die zuständigen Senatsmitglieder hier und in den Ausschüssen immer wieder deutlich gemacht.

(André Trepoll CDU: Aber der Bürgermeister nicht!)

Aber das ist doch den Zahlen geschuldet, die so sprunghaft angestiegen sind. Da kann man sich auch nicht auf Aussagen beziehen, die vor September gemacht worden sind, unter dem Motto, das und das haben Sie dann und dann gesagt. Wir haben seit September eine andere Lage. Das müsste doch auch bei Ihnen angekommen sein.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Niemand kann zaubern in dieser Situation, in keiner Regierung, in keiner Verwaltung in Deutschland. Das sollten Sie einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Und deshalb erwarte ich gerade von der CDU – von der FDP erwarte ich da jetzt schon nichts mehr –, dass sie sich,

(Michael Kruse FDP: Warum wollen Sie noch rumtreten auf der Opposition? Warum schreiben Sie noch E-Mails?)

weil wir zusammen mit Ihrer und unserer gemeinsamen Bundeskanzlerin für die Rahmenbedingungen in diesem Land zentral Verantwortung übernehmen, in den Ländern nicht in dieser Art und Weise, wie Sie das heute in Ihrem Wortbeitrag gemacht haben, in die Büsche schlägt.

(Zurufe von der CDU)

(Dr. Andreas Dressel)

Sie können nicht sagen, diese Konsequenzen hätten mit den Rahmenbedingungen auf Bundesebene nichts zu tun. Das gehört zusammen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die Wahrheit ist, dass sich trotz einzelner Punkte, die in der Tat noch nicht so rundgelaufen sind, die auch nicht immer von Anfang an rundlaufen können, dieser Senat, diese Koalition, diese Stadt insgesamt, denn es ist eine Gemeinschaftsaufgabe, in herausragender Art und Weise dieser Herausforderung stellt. Dass muss man einmal in den Mittelpunkt der Betrachtung stellen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – *Michael Kruse FDP*: Dann loben wir uns eben selber!)

Dafür gebührt allen zuständigen Senatsmitgliedern, den Kolleginnen und Kollegen aus der Verwaltung, bei f & w fördern und wohnen, bei Polizei und Feuerwehr, bei der Bundeswehr, bei den Hilfsorganisationen und der gesamten Zivilgesellschaft unser Dank und unsere Anerkennung.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

In sehr vielen Punkten ist Hamburg Vorreiter bei der Bewältigung dieses Themas und bei der Integration, und wir helfen mit, dass auf Bundesebene gute Lösungen für diese Herausforderungen gefunden werden. Deshalb ist der Vorwurf an den Bürgermeister, der auf dieser Freitags-Presskonferenz erhoben wurde,

(*Michael Kruse FDP*: Die haben Sie ja aufmerksam verfolgt!)

er sei ein Schönwetterbürgermeister, er tauche ab, er ducke sich weg, an Absurdität nicht zu überbieten.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wer hat denn bei der Kanzlerin die Beteiligung des Bundes für die Länder und Kommunen herausgehandelt? Wer war denn in der Nachtsitzung im Kanzleramt?

(Zuruf von *Dennis Gladiator CDU* – *Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP*: Was regen Sie sich denn so auf?)

Das war dieser Bürgermeister, stellvertretend für alle Bundesländer. Das sollten Sie zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wer hat den alternativen Weg der Arbeitsmigration für Flüchtlinge vom Balkan aufgezeigt, schon im Sommer? Das war ebenfalls dieser Bürgermeister, Herr Trepoll.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich helfe Ihnen gern noch einmal ein bisschen auf die Sprünge: Wer hat die Baurechtserleichterung

für Flüchtlingsunterkünfte schon im vergangenen Jahr auf den Weg gebracht? Das war dieser Senat.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – *Michael Kruse FDP*: Das war der alte Senat!)

Weil die Liste sich noch weiter fortsetzen lässt, lege ich noch einen drauf, nämlich den Verteilungsschlüssel für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Wer hat das eingefordert und auf Bundesebene mit durchgesetzt? Dieser Senat und dieser Bürgermeister.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die Liste ließe sich weiter fortsetzen.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Während aus München und von diesen Oppositionsbänken nur Getöse kommt, übernimmt dieser Senat auf Bundesebene Verantwortung.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Und weil das so ist, arbeiten wir bis zum Freitagmorgen daran, dass es im Bundesrat eine breite Zustimmung zu dem Asylpaket gibt, mit einem Hamburger Ja,

(*Katja Suding FDP*: Ach, das steht noch gar nicht fest?)

weil das eine wichtige Entscheidung ist, die wir als Signal nach innen und außen brauchen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dieser Vorwurf des Wegduckens, der Bürgermeister stelle sich der Debatte nicht, ist auch deshalb so absurd ...

(*Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP*: Ach, noch mal?)

– Ja, noch einmal, weil man diesen Punkt immer noch weiter entkräften kann.

Alle Bürgerschaftsfraktionen mit Ausnahme der LINKEN haben zu einer gemeinsamen Kundgebung am 12. September auf dem Rathausmarkt aufgerufen, wo der Bürgermeister die Bewältigung der Flüchtlingskrise als zentrale Herausforderung benannt hat und alle Punkte durchbuchstabiert wurden.

(*Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP*: Das hilft doch nichts! – Zurufe von der CDU)

Und wer war nicht da? Der Oppositionsführer. Deswegen hat er keine Ahnung von dem, was er hier erzählt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Wir haben seitdem wichtige Meilensteine gesetzt. Wir haben den zentralen Koordinierungsstab übrigens nicht erst auf den Weg gebracht, als Sie auf

(Dr. Andreas Dressel)

die Idee gekommen sind, dazu einen Bürgerchaftsantrag zu stellen.

(Zurufe von der CDU)

Nein, diesen Koordinierungsstab, der die beiden Bereiche aus Sozialbehörde und Innenbehörde zusammenbringt, gibt es bereits seit September. Wir haben jetzt mit Anselm Sprandel einen hervorragenden Leiter gefunden, der das hervorragend machen wird. Es ist in dieser Situation wichtig, dass wir dort keine Politiker haben, die neue Sprüche bringen und Papiere vollschreiben,

(Dennis Thering CDU: Der größte Sprücheklöpfer sind doch Sie!)

sondern Verwaltungspraktiker, die ihr Handwerk beherrschen. Und genau das kann dieser Amtsleiter.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir gehen auf die Zivilgesellschaft zu, der Bürgermeister hat es eben gesagt. Das Forum Flüchtlingshilfe ist übrigens mit Zustimmung von CDU und FDP beschlossen worden, das nur als kleine Erinnerung, die fehlt nämlich häufig. Wir haben eine Vorlage gemacht, der Sie zugestimmt haben. Sie müssten also eigentlich begeistert sein.

(Karin Prien CDU: Aber Sie handeln nicht!)

Dieses Forum Flüchtlingshilfe, das Hauptamt und Ehrenamt zusammenbringt und sehr maßnahmenorientiert Unterstützung leisten soll, wird gerade vorbereitet. Es wird vor Weihnachten das erste Mal tagen. Wir holen alle Beteiligten an einen Tisch. Wir brauchen keine folgenlosen Flüchtlingsgipfel, bei denen Sie irgendwelche vorbereiteten Statements vorlesen. Wir brauchen Taten, keine Worte.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das gilt auch für das Unterbringungskonzept. Der Oppositionsführer hat es eben nicht gefordert, aber es ist Teil Ihres Antrags, der dann wahrscheinlich das nächste Mal beraten wird. Auch hier gilt: Wir brauchen kein Konzept, wir brauchen Kapazitäten, keine neuen Papiere, sondern konkrete Vorschläge für Flächen, die wir nutzen können. Das ist jetzt das Gebot der Stunde.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der CDU und von Katja Suding FDP)

Wir haben ein zusätzliches Instrument geschaffen, gegen Ihren erbitterten Widerstand. Und auch hier noch einmal: Es geht nicht um Leerstand.

(Birgit Stöver CDU: Enteignung!)

– Habe ich gerade das Wort Enteignung gehört? Das finde ich immer so schön. Können wir einfach bei der Wahrheit bleiben? Es geht um Sicherstellung. Und wenn Sie weiter in der Stadt rumrennen und von Enteignung reden,

(Dennis Thering CDU: Was ist es denn?)

ist das an Frechheit nicht zu überbieten. Es zeigt, dass es Ihnen eher darum geht, Stimmung zu machen, und das ist brandgefährlich. Sie werden nicht davon profitieren, sondern andere, wenn Sie so weitermachen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es geht in all diesen Fällen darum, das hat der Bürgermeister eben gesagt, dass wir natürlich erst einmal verhandeln, ob wir etwas anmieten oder kaufen können. Und natürlich geht es darum, dass man als Ultima Ratio die Möglichkeit der Sicherstellung haben muss und haben sollte. Genau das, nicht mehr und nicht weniger.

(Dennis Gladiator CDU: Sie sind völlig hilflos!)

Hier noch einmal die klare Botschaft: Kein Eigenheimer, kein Wohnungsbesitzer muss sich irgendwelche Sorgen machen, trotz Ihres ganzen Geschwätzes dazu. Keiner muss sich Sorgen machen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sie müssen sich auch keine Sorgen machen, was die weitere parlamentarische Beratung angeht. Denn wenn Sie einmal unser gemeinsames Ersuchen gelesen hätten, wüssten Sie, dass es eine Ziffer 2 gibt, in der steht, dass wir als Bürgerschaft an dem Umsetzungsprozess dieses Gesetzes beteiligt werden wollen. Wir erwarten entsprechende Berichterstattung im Ausschuss. Und wir haben zugesagt, dass wir auf Basis dieses Ersuchens von Ziffer 2

(Karin Prien CDU: Das war aber nicht die Vereinbarung!)

im Ausschuss weiter darüber sprechen, lesen Sie es noch einmal nach. Deswegen ist hier keine parlamentarische Beratung perdu.

(Dennis Gladiator CDU: Bleiben Sie bei der Wahrheit!)

Auch das sollten Sie zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zu den Zwischenrufen, es gebe doch so viele Flächenvorschläge. Das stimmt, das streitet auch niemand ab. Aber die Betonung an der Stelle liegt doch auf geeigneten Objekten. Ich bekommen jeden Tag E-Mails, in denen mir Leute irgendwelche Schiffe, Wohnungen und was weiß ich nicht alles anbieten, die ich dann alle pflichtschuldigst an die zuständigen Behörden weiterleite. Das sollten Sie auch tun. Aber am Ende geht es trotzdem darum, dass es konkret geeignet sein muss für diese Situation.

(Dennis Gladiator CDU: Der Senat prüft das überhaupt nicht!)

(Dr. Andreas Dressel)

– Doch, das prüft er schon. Natürlich. Aber ich glaube, es ist besser, dass es wirklich eine Verwaltungsexpertise ist, dass man sich externe Experten mit dazu holt – das genau passiert –, und dass das nicht wir Politiker machen, denn dafür gibt es Experten, die sich damit auskennen. Denen sollten wir es lieber anvertrauen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ihre Vorschläge bekomme ich mit, in meinem Wahlkreis zum Beispiel vom Kollegen Thering und anderen.

(André Trepoll CDU: Und per Mail!)

– Wie auch immer.

(Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP: Das ist doch peinlich!)

Die Realität, die ich dort wahrnehme, ist eine andere als die, die mir gerade geschildert wurde.

Ich will etwas zu Ihren kleinen schnuckeligen Fünfzigereinrichtungen sagen. Natürlich wäre es schön, wenn wir in einer Lage wären, dass wir mit solchen kleinen Einrichtungen diese Herausforderung bewältigen können. Der Bürgermeister hat die Zahlen aber genannt. Wer den Bürgerinnen und Bürgern weiter Sand in die Augen streut und sagt, das schaffe man schon mit kleinen, dezentralen Einrichtungen, der verkauft die Leute für dumm, und Sie sollten sich wirklich überlegen, ob das so schlau ist.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Der nimmt genau das in Kauf, was in der Drucksache steht, nämlich dass es am Schluss Massenobdachlosigkeit gibt. Das können und werden wir als Regierungskoalition und als Senat nicht verantworten. Wir stehen in der Verantwortung, Sie Gott sei Dank nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Auch wir nehmen die Situation als prekär wahr, und es ist die Frage, wie wir mit den Zelten und dem Winter zurechtkommen; der Bürgermeister hat es eben angesprochen.

(André Trepoll CDU: Ah, Sie nehmen es als prekär wahr!)

Es ist klar, und das haben Sie auch mitbekommen, dass wir jetzt Schritt für Schritt in den nächsten Tagen dafür sorgen werden, die nicht winterfesten Zelte durch entsprechende Holzhäuser zu ersetzen. Wir sind uns bewusst, dass das eine schwierige Situation ist, werden aber jetzt sehr kurzfristig zu Verbesserungen kommen, die humanitär verträglich sind, sowohl was die Heizung angeht als auch die Nachfolgesituation mit Holzhäusern. Daran wird mit Hochdruck von allen Stellen gearbeitet.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Und natürlich bleibt es bei dem Ziel, Turnhallen grundsätzlich nicht in Anspruch zu nehmen; der Bürgermeister hat das eben auch gesagt. Der Sportunterricht in der Schule ist Integrationsarbeit im allerbesten Sinne, und es geht auch um das Sportvereinsangebot am Nachmittag. Wir werden alles dafür tun, dass das gelingt. Es ist ein Kraftakt, und daran arbeiten die zuständigen Behörden.

(Beifall bei der SPD und bei Dr. Anjes Tjarks GRÜNE)

Es ist wichtig, noch einmal zu betonen, dass es natürlich nicht so funktioniert, dass f & w fördern und wohnen allein die Betreuungsarbeit macht. Natürlich sehen wir die Lage, sie sind am Limit, gar keine Frage.

(Karin Prien CDU und André Trepoll CDU: Haben wir Ihnen schon vor Monaten gesagt!)

– Und schon vor Monaten haben wir mit einem ehemaligen Fraktionskollegen von Ihnen, nämlich Harald Krüger, der in Harburg beim Deutschen Roten Kreuz hervorragend Verantwortung übernimmt, und mit anderen Hilfsorganisationen gesprochen und diese eingebunden.

(André Trepoll CDU: Nein, das stimmt nicht! Erst im August!)

Das Deutsche Rote Kreuz ist massiv dabei, die Johanniter und der Arbeiter-Samariter-Bund sind dabei, und heute gab es eine Zusage der AWO. Auch die Malteser sind dabei. Wir binden alle in diese Aufgabe der Betreuung ein. Dass wir diese Hilfsorganisationen haben, ist ein großes Geschenk, schönen Dank an dieser Stelle.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die Erstunterbringung ist immer nur ein erster Schritt, der natürlich erst einmal am wichtigsten ist. Wir haben die Verantwortung, Massenobdachlosigkeit zu vermindern, abzuwenden und zu verhindern. Es ist klar, dass uns das an allen Stellen bis zum Äußersten fordert. Deshalb ist es so wichtig, und auch das hat der Bürgermeister betont, dass wir dazu beitragen, den Zustrom zu begrenzen und zu steuern, allerdings, und das sage ich ganz klar, nicht so, wie Herr Seehofer und Herr Orbán das wollen. Wir müssen an die Ursachen heran, und das schnell.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es geht um den EU-weiten Verteilungsschlüssel, da sind wir hoffentlich einer Meinung, und um Aufnahmeeinrichtungen an den EU-Außengrenzen. Auch das ist Teil des Kompromisses, den wir erreicht haben.

(Zuruf von Christiane Schneider DIE LINKE)

(Dr. Andreas Dressel)

Das Zentrale ist jedoch die Unterstützung der Lager im Nord-Irak, in der Süd-Türkei und im Libanon, sodass sich von dort aus nicht so viele auf den Weg machen.

(Zuruf von Mehmet Yildiz DIE LINKE)

Ich will die Zahlen vom UNHCR nochmals sagen, weil es so dramatisch ist, was die internationale Staatengemeinschaft versäumt hat. Der Hilfsplan für 2015 ist nur zu 41 Prozent finanziert vom UNHCR, und die Kürzung der Lebensmittelrationen trägt dazu bei, dass am Schluss nur noch ein halber Dollar pro Person und Tag zur Verfügung steht. Die Situation ist dramatisch, und dass sich die Menschen auf den Weg machen, ist angesichts dieser Entwicklung nachvollziehbar. Deswegen muss dort jetzt alles von Europa, Deutschland und der internationalen Staatengemeinschaft hingepowert werden. Das ist die wirksamste Prävention, und von ihr wird am Schluss auch Hamburg profitieren.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen auch über die innerdeutsche Verteilung sprechen. Wenn man den Königsteiner Schlüssel ändern wollte, ...

(André Trepoll CDU: Es wurde doch gerade gesagt, dass er funktioniert!)

– Das unterscheidet den Bürgermeister von Ihnen, der Opposition, dass er mit Realitäten umgeht. Sie formulieren hier Sprechblasen, der Bürgermeister setzt sich mit der Realität auseinander, und das macht er sehr gut.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die Realität ist an der Stelle doch, dass es in einer solchen Lage, in der alle Bundesländer diese Herausforderung zu bewältigen haben, einfach nicht realistisch ist, dass 13 Bundesländer sagen, er solle so bleiben, und drei Stadtstaaten sagen, man könne sich eine Änderung vorstellen. Der Asylkompromiss bietet die Möglichkeit, dass wir leichter mit Kommunen und Nachbarländern Wege finden können, Flüchtlinge extern unterzubringen. Als Stadt ist das eine besondere Herausforderung für uns. Darüber sollten wir hier gemeinsam reden und dafür sind wir alle sehr offen. Wenn wir aber eine geeignete Immobilie zum Beispiel in der Metropolregion haben, müssen wir dann auch zusammen agieren und mit der Kommunalpolitik dort sprechen und nicht die Situation haben, dass die örtliche CDU-Opposition das gemeinsam mit der CDU-Opposition der Bürgerschaft verhindert. So etwas gelingt nur gemeinsam.

(André Trepoll CDU: Mann, Mann, Mann!)

Machen wir das gemeinsam, dann haben wir auch eine Chance.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Dennis Gladiator CDU: Das bieten wir Ihnen seit Monaten an, Herr Dressel!)

– Ich weiß nicht, wie viele Flächenvorschläge von extern es schon gibt. Wir können nachher darüber sprechen.

(Zurufe von der CDU)

Wir sind dafür offen, und wenn es eine solche Möglichkeit gibt, dann werden wir das auch machen.

(Beifall bei der SPD)

Ich will noch auf die anderen Integrationsschritte eingehen, weil diese in der Betonung der Diskussion auf das Thema Erstunterbringung zu kurz gekommen sind, obwohl sie die zentral wichtigen sind. Über die Gesundheit hat der Bürgermeister schon etwas gesagt. Die Überschrift lautet, dass wir uns darum kümmern müssen, dass die Werte unseres Grundgesetzes, unserer Rechts- und Werteordnung, eingehalten werden. Sie stehen nicht zur Disposition. Das ist unsere klare Erwartungshaltung an die Flüchtlinge. Wir stehen zu unserem Grundgesetz und laden die Flüchtlinge dazu ein, dies auch zu tun.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zu den Zwischenfällen in Unterkünften hat der Bürgermeister etwas gesagt. Die Polizei lassen wir nicht im Stich.

(Joachim Lenders CDU: Vorsicht!)

Diesen Vorwurf lasse ich mir nicht machen und lässt sich auch dieser Senat nicht machen. Die Polizei hat unsere volle Rückendeckung, bei solchen Zwischenfällen konsequent zu reagieren.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Und wir brauchen auch in Sachen Rückführung keine Nachhilfe von der Opposition.

(Zurufe von der CDU)

Wenn Sie bei der Debatte um die Nachforderungsdrucksache zugehört hätten, dann wüssten Sie, dass die Bürgerschaft beschlossen hat, die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Rückführungsabteilung zu verdreifachen.

(André Trepoll CDU: Wie viele Stellen sind besetzt?)

Das ist ein deutliches Signal, das auch ankommen wird.

(Beifall bei der SPD)

Der Kollege de Maizière ist nicht Mitglied in meiner Partei, sondern in Ihrer, und wir sind zusammen in der Bundesregierung. Der entscheidende Punkt ist doch, dass er mit dem Rückstau bei der Antragsbearbeitung im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge endlich weiterkommt, sodass es tat-

(Dr. Andreas Dressel)

sächlich etwas gibt, was man vollziehen kann, nämlich eine Entscheidung, wenn ein Bleiberecht nicht gewährt wird. Das ist der Flaschenhals, der im Moment aufgelöst werden muss.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Karin Prien CDU: Dann registrieren Sie die Flüchtlinge doch mal! – Zuruf von Dennis Gladiator CDU)

– Wenn Sie verantwortlicher Innenpolitiker wären, Herr Kollege Gladiator, dann wüssten Sie, dass diese Sache aus Sicht aller Bundesländer der entscheidende Flaschenhals ist, der jetzt aufgelöst werden muss, damit der Antragsstau beim Bundesamt endlich aufgelöst wird.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zu den anderen Themen wie Krippen, Kitas und Schulen hat der Bürgermeister alles Notwendige gesagt.

(Zuruf von Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP)

Wir haben ein mitwachsendes System, das für die Integrationsherausforderung sehr gut geeignet ist.

Ich will am Schluss die Wohnungsunterbringung ansprechen. Wir haben zu Beginn über die Zelte gesprochen, und dass eine schwierige, sehr prekäre Lage herrscht, wollen wir nicht in Abrede stellen.

(Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP: Noch schlimmer!)

Deshalb ist das Entscheidende, dass wir mit der Perspektive Winter 2016/2017 nicht wieder in die Lage kommen, im Herbst darüber nachdenken zu müssen, ob wir die Zelte vermeiden können. Wir müssen auf festen Wohnraum setzen, und dafür müssen die Weichen jetzt gestellt werden und nicht irgendwann.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Bei allen unterschiedlichen Auffassungen, die wir sicherlich hatten, habe ich wahrgenommen, dass Sie für das Thema der Aufstockung des Wohnungsbauprogramms um die Flüchtlingsunterkünfte mit der Perspektive Wohnen konstruktive Begleitung zugesagt haben. Es geht um mehr als 5 000 Wohneinheiten in ganz Hamburg, die wir jetzt mit der Wohnungswirtschaft zusammen angehen wollen.

Ich will es noch einmal deutlich sagen, weil natürlich viele Menschen in dieser Situation Fragen haben: Wir werden alles dafür tun, dass es keine problematischen Ballungen gibt. Wir wollen Flüchtlinge mit Bleibeperspektiven und ersten Integrationsfortschritten, die dann vielleicht schon arbeiten können – wenn es eine Bleibeperspektive gibt, dann wird man auch arbeiten können – und deren Kinder in eine Kita und Schule gehen, genau dort unterbringen, und wir wollen das mit einer sozialen

Infrastruktur vom Spielplatz bis zum Eltern-Kind-Zentrum flankieren. Wir werden auch die Infrastruktur der Nachbarschaft mit einbeziehen. Es ist wichtig, dass wir aus den Zelten und Behelfssituationen herauskommen. Wir wollen, dass dieses Konzept ein Erfolg für die Integration und die Stadt wird.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es wird auch immer darum gehen, dass der jeweils örtlich zuständige Bezirk einen Bebauungsplan aufstellt. Dazu werden wir eine Drucksache bekommen, über die wir in der Bürgerschaft beraten können. Wir können eine Flüchtlingsunterkunft erst einmal nur auf Basis einer Baurechtserleichterung genehmigen. Parallel dazu wird der Bezirk Baurecht schaffen, also einen normalen Bebauungsplan erstellen, sodass wir, wenn dieser so weit festgestellt ist, einzelne Einheiten in Wohnnutzung überführen können.

(Dennis Gladiator CDU: Nach 15 Jahren, sagt der Senat!)

– Nein, das ist etwas, an dem wir gemeinsam arbeiten können, damit es zügig geht und wir vernünftige Belegungsmischungen mit Studenten und Azubis vornehmen können, da wir auch in anderen Bereichen des Wohnungsmarkts Bedarfe haben, die wir mit berücksichtigen wollen. Auch so wird das ein gutes Konzept für die ganze Stadt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Gerade hierbei, aber auch bei all den anderen Themen, die ich benannt habe, dürfen wir keine Zeit verlieren. Es muss jetzt losgehen, damit wir eine Bezugsfähigkeit der Einheiten bis zum 4. Quartal 2016 erreichen können.

Nach alledem kann man feststellen, Hamburg handelt, Hamburg trifft Vorsorge, Hamburg schafft das, wenn wir das jetzt zusammen angehen. Das ist unser Angebot an die Stadt und das wollen wir jetzt auf den Weg bringen, hoffentlich mit Ihrer Unterstützung. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Als Nächster erhält jetzt das Wort Herr Dr. Tjarks von der GRÜNEN Fraktion.

Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Anders als mein Nachname es vielleicht suggerieren mag, kommt nur eines meiner Großelternpaare aus Norddeutschland. Die Hälfte meiner Familie kommt aus Polen, dem heutigen Łódź. Der Krieg hat sie als Flüchtlinge nach Norddeutschland gespült, und sie haben hier nach unendlich langer Integration eine Heimat gefunden. Obwohl ich nicht gerade ein Kind der Nachkriegszeit bin, ist in meinem familiären biographischen Erleben die Flucht präsent. Ich vermute,

(Dr. Anjes Tjarks)

dass viele in unserem Haus ähnliche Familiengenerationen teilen. Die eigene Biografie verpflichtet sicher nicht mich allein. In zwei Weltkriegen haben wir nicht nur uns Deutsche, sondern Millionen anderer Menschen in Europa mit unseren kriegerischen Handlungen zu Vertriebenen und Flüchtlingen gemacht. Viele von uns sind nicht nur durch die familiäre Biografie verpflichtet, wir tragen auch eine gemeinsame historische Verpflichtung, und deswegen ist das Recht auf Asyl für politisch Verfolgte Teil unseres Grundwertekanons, und wir werden es mit der Kanzlerin und gegen die CSU verteidigen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Und selbst, wenn all dies nie gewesen wäre, müssten wir uns doch fragen, wer da eigentlich zu uns kommt. Sind es Asylbewerber, Bürgerkriegsflüchtlinge, Wirtschaftsflüchtlinge, Balkanflüchtlinge oder politisch Verfolgte? Nein, in erster Linie kommen Menschen zu uns.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir haben deswegen die moralische Verpflichtung, diesen Menschen ein Obdach zu gewähren, auch, wenn wir unsere eigene Vergangenheit nicht berücksichtigen. Andere Gesellschaften fangen an sich abzuschotten, weil mit Flüchtlingsströmen natürlich auch Schwierigkeiten verbunden sind. Ich bin sehr froh, dass unser Land anders tickt, und muss feststellen, dass gerade die USA als das Einwanderungsland per definitionem bei allen Schwierigkeiten auch gerade wegen dieser Einwanderungsgeschichte das erfolgreichste Land der Welt ist. Das ist das, was ich mir wünsche, dass wir neben den Herausforderungen und Schwierigkeiten auch die Chancen sehen, die sich aus dieser Situation ergeben.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von *Richard Seelmaecker CDU*)

Letztlich muss man die Debatte in zwei grundsätzliche Stränge aufteilen: Zum einen geht es um die Bewältigung der aktuellen Situation und zum anderen um die langfristige Perspektive, die erfolgreiche Integration derjenigen, die schlussendlich bei uns bleiben. Ich muss sagen, beide Debattenstränge eint, dass Rot-Grün einen Plan hat.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – *Karin Prien CDU*: Die Kanzlerin!)

Kommen wir zum ersten Punkt der Debatte, der täglichen Aufnahme von Geflüchteten. Hier stellt sich die Frage, worüber wir eigentlich sprechen. Im Zweimonatstakt korrigiert das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge inzwischen seine Prognosen über die neuen Flüchtlingszahlen, zuletzt auf 800 000 für dieses Jahr. Die Medienberichte und die Zahlen der täglich Ankommenden lassen ahnen, was eigentlich schon Gewissheit ist: Diese Zahl wird weiter nach oben gehen, und zwar deut-

lich. Die Bundesregierung bemüht sich schon gar nicht mehr um eine neue Prognose, aber man muss wissen, dass wir die Millionengrenze deutlich überschreiten.

(*Dr. Ludwig Flocken AfD*: Zahlen sind egal!)

Was bedeutet das für Hamburg konkret? In diesem Jahr haben bereits über 35 000 Flüchtlinge die Stadt erreicht. Allein im September waren es 10 100 Menschen, das sind fünfmal so viele wie noch vor vier Monaten, so viele wie nie zuvor. Dieser Trend setzt sich fort. In den ersten Oktoberwochen sind täglich 400 bis 500 Flüchtlinge nach Hamburg gekommen, und dementsprechend entwickelt sich auch die Zahl der Personen mit Unterbringungsbedarf. Sie lag im Mai noch unter 1 000, im Juli bei 1 500 und im September bei 2 800 Personen. Deswegen, Herr Trepoll, ist es nicht richtig, wenn Sie behaupten, es seien aufs Jahr hochgerechnet nur 44 Flüchtlinge pro Tag. Für September sind wir bei 93 Flüchtlingen pro Tag, und das ist eine ganz andere Zahl. 93 Menschen, die Sie jeden Tag in Hamburg unterbringen müssen, das zeigt die Dimension der Herausforderung. Alle, die behaupten, diese Entwicklung sei absehbar gewesen, reden schlicht Unfug.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Das ist die Größenordnung, von der wir heute sprechen und von der wir auch denken müssen, dass sie eher so bleiben wird, als dass sie in näherer Zukunft abnehmen wird. Das ist die Herausforderung, der sich jede vernünftige und gewissenhafte Regierung stellen muss. Die Wahrheit hinter diesen Zahlen ist sehr schlicht und auch ganz konkret: Die Menschen sind jetzt hier und brauchen eine Unterkunft.

Ich sage es ganz ehrlich: Angesichts der großen Herausforderungen, vor denen wir gemeinsam quer durch alle Parteien in Deutschland und quer durch alle Bundesländer stehen, ob diese von der SPD, der CDU oder gar von den GRÜNEN oder der LINKEN regiert werden, sollten wir uns alle als demokratische Parteien auf ein gemeinsames Handeln besinnen. Das würde uns insgesamt in der Debatte weiterhelfen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Was wir brauchen, sind gute und schnelle Lösungen. Wir stellen uns den Herausforderungen bei der Unterbringung. Ja, man muss auch sagen, dass es an dieser Stelle manchmal hakt. In Bergedorf und in Eidelstedt ist nicht alles optimal gelaufen, aber genau deswegen arbeiten wir an Verbesserungen.

(*Christiane Schneider DIE LINKE*: Immer noch keine Dusche!)

Wir werden die logistische Unterstützung weiter ausbauen. Wir haben das Landeskommmando mit 50 Funktionen aktiviert, um neue Aufnahmestellen

(Dr. Anjes Tjarks)

besser vorzubereiten und einen reibungsloseren Ablauf beim Bezug der Unterkünfte zu ermöglichen. Auch wenn wir GRÜNE nicht immer für den Bundeswehreinsatz im Inneren streiten, Hamburg hat damit schon einmal gute Erfahrungen gemacht, und deswegen bin ich froh, dass wir darauf zurückgreifen können.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von *Philipp Heißner CDU*)

Wir haben den Ausbau der Kapazitäten massiv vorangetrieben. Für die öffentlich-rechtliche Unterbringung haben wir in diesem Jahr bereits 12 575 Plätze an 34 Standorten geschaffen. Das ist eine gewaltige Leistung, und ich möchte an dieser Stelle mit dem Märchen aufräumen, dass das nur in sozial benachteiligten Stadtteilen geschieht. Herr Thering wird gleich wieder zetern. Aber es werden in Alstertal und in den Walddörfern 8 000 Personen untergebracht werden,

(*Dennis Thering CDU*: In Hummelsbüttel!)

da können Sie nicht sagen, Herr Trepoll, das geschehe nur in sozial benachteiligten Stadtteilen. Das ist schlicht falsch und ein Märchen, das Sie immer wieder verbreiten.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Auch f & w fördern und wohnen hat bei aller Kritik im Detail einen sehr guten Job gemacht. Das Unternehmen ist wahrscheinlich schneller gewachsen als Facebook, allein die Flüchtlingszahl wächst noch schneller. Wir haben mit dem Deutschen Roten Kreuz, dem Arbeiter-Samariter-Bund und den Johannitern neue Träger für die Flüchtlingsunterkünfte gewonnen,

(*André Trepoll CDU*: Als es nicht mehr anders ging!)

um das System auf breitere Füße zu stellen, und das ist auch gut so, Herr Trepoll.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dennoch muss man feststellen, die Lage bleibt nicht einfach. Deswegen haben wir ein Gesetz verabschiedet, das die Sicherstellung, nicht die Enteignung, von großen leerstehenden Hallen gegen eine ortsübliche Vergleichsmiete ermöglicht, und mit diesem Gesetz sind wir bundesweit Vorreiter. Andere Länder kopieren das jetzt, weil sie merken, dass es sinnvoll ist, so vorzugehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der CDU)

Und dann stellt Katja Suding eine Schriftliche Kleine Anfrage, Drucksache 21/1719. Viele Fragen werden gestellt und es wird eine lange Antwort gegeben. Dort steht, es gebe ein Funktionspostfach "Angebote für die öffentliche Unterbringung", und 3 300 E-Mails seien dort eingegangen.

(*Dennis Thering CDU*: Unbeantwortet!)

Sie, Frau Suding, sagen zwar nicht, dass das 3 300 Immobilienangebote sind, Sie suggerieren das nur, aber Herr Stüven tut das, und Sie, Herr Trepoll, haben das eben auch getan. Ich muss Ihnen sagen, dass das in der Sache vollkommen unredlich ist.

(Zurufe von *André Trepoll CDU* und *Katja Suding FDP*)

Sie kennen doch die Mails, die jeden Tag eingehen, und glauben sicher nicht im Ernst, dass Sie 3 000 Immobilien-Angebote erhalten, wenn 3 000 E-Mails eingehen. Der Anteil der halbwegs seriösen Mails liegt doch bei unter 30 Prozent, und zwar deutlich. Dann muss man noch die Mails mit unbrauchbaren Angeboten abziehen, weil die Mietexpectations viel zu hoch sind, Dienstleistungen wie Essen kochen von den Flüchtlingen verlangt werden oder die Immobilien einen Herrichtungsaufwand haben, der schlicht nicht realisierbar ist. Daraus können Sie doch nicht ableiten, dass es 3 000 Immobilienangebote gibt, die an die Stadt herangetragen werden. Das ist schlicht falsch, hanebüchen und unredlich.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – *Dennis Gladiator CDU*: Es gibt 1 000 Beispiele!)

Bei der Koordination der Unterbringung ist Hamburg anderen Bundesländern voraus.

(*Katja Suding FDP*: Das kann echt nicht wahr sein!)

– Hören Sie doch einmal zu.

Die Flächenbundesländer sind nämlich so organisiert, dass sich das Land um die Erstaufnahme und die Kommunen um die Folgeunterbringung kümmern. Das führt dazu, dass die Länder ihrer Verantwortung nicht immer gerecht geworden sind und die Kommunen allein gelassen haben. Wir sind im Gegensatz zu den Flächenbundesländern auch Kommune und stehen daher in der Gesamtverantwortung. Lassen Sie sich das einmal auf der Zunge zergehen, noch im Mai befanden sich ein Viertel von bundesweit 11 000 Landeserstaufnahmeeinrichtungen in Hamburg, weil die Länder nämlich an dieser Stelle nicht geliefert haben. Genau das haben wir getan, weil wir unserer Verantwortung gerecht werden. Das ist eine große Leistung.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Und richtig, wir wollen die Koordination noch weiter verbessern, haben deshalb seit Ende August einen Koordinierungsstab zwischen der Innen- und Sozialbehörde in der Steinstraße eingerichtet und diesen jetzt mit Anselm Sprandel als zentralem Koordinator mit weitgehenden Durchgriffsrechten besetzt. Schnellere Entscheidungen im Flächenmanagement und eine engere Zusammenarbeit in den Behörden sind damit möglich, und auch die effizientere Koordination der Unterbringung der eh-

(Dr. Anjes Tjarks)

renamtlichen Arbeit nimmt Fahrt auf. Wir bündeln Kompetenzen, handeln entschlossen und haben einen guten Vorschlag mit einer vernünftigen Person gemacht.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – *Dennis Gladiator CDU*: Jetzt schon?)

Eines möchte ich aber unterstreichen: Die Aufnahme und Unterbringung von vielen Tausenden Geflüchteten in Hamburg schafft die Stadt nur mit den Bürgerinnen und Bürgern zusammen.

(*Christiane Schneider DIE LINKE*: Das ist vielleicht umgekehrt!)

Zahlreiche Initiativen haben sich in Hamburg gebildet, die Flüchtlinge bei der Ankunft unterstützen und Sprachkurse, Sportkurse, Beschäftigungsangebote, Begegnungsmöglichkeiten und Kleiderspenden in einer außergewöhnlichen und beeindruckenden Professionalität organisieren. Ihr Engagement, ihre Herzlichkeit und ihre Hilfsbereitschaft machen uns alle stolz und berühren uns zutiefst. Ich möchte ihnen an dieser Stelle danken.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir haben hier, glaube ich, einmütig beschlossen, diese Initiativen mit einem Forum Flüchtlingshilfe zu unterstützen, einem Gremium, um das Haupt- und das Ehrenamt stärker zu vernetzen. Wenn wir das haben – es soll noch in diesem Jahr kommen –, um dann vernünftig handlungsorientiert zu arbeiten, wird sich zeigen, dass ein weiterer Flüchtlingsgipfel nicht gebraucht wird.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Als Zwischenfazit, wenn man sich den ersten Debattenstrang anschaut und zusammenfasst: Sie fordern einen Flüchtlingskoordinator, wir haben einen Stab samt 25 Personen und einen guten Koordinator. Sie fordern einen Flüchtlingsgipfel, wir haben das Forum Flüchtlingshilfe längst beschlossen und terminiert. Sie fordern ein Unterbringungskonzept, wir handeln, indem wir Unterkünfte schaffen.

(*André Trepoll CDU*: Sie wollen diesen Antrag nicht debattieren!)

– Glauben Sie mir, Herr Trepoll, auf den Senatsvorbesprechungen ist dieser Tagesordnungspunkt Dauerthema, und deswegen hat sich Ihr Antrag aus Drucksache 21/1885 durch Senatshandeln erledigt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

CDU und FDP sagen, dass die Lösung der Herausforderungen darin bestehe, endlich konsequent abzuschieben. Man müsse die Ausländerbehörde nur personell ausreichend besetzen, dann werde alles gut.

(Zurufe von der FDP)

Das ist jedoch in der Sache nicht richtig und greift zu kurz. Erstens reisen deutlich mehr Menschen freiwillig aus, als wir abschieben, und das vergessen Sie in Ihrer Argumentation. Ich glaube, das sollte man hier auch einmal sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Zweitens, wenn Sie davon sprechen, es gebe 6 500 bis 7 000 Menschen, die eigentlich sofort abgeschoben werden müssten,

(*André Trepoll CDU*: 7 700!)

dann vergessen Sie dabei immer, dass diese Menschen hier eine Duldung haben. Duldungen werden nicht ohne Grund ausgestellt, das wissen Sie genauso wie ich. Gründe für Duldungen sind fehlende Papiere, bevorstehende Eheschließungen, zerstörte Transportwege und Krankheitszustände. Das sind die tatsächlichen und rechtlichen Wege, warum in Hamburg und im Übrigen auch in allen CDU-regierten Bundesländern nicht sofort abgeschoben wird, und das vergessen Sie immer, wenn Sie sagen, dass Massenabschiebungen das Heil und die Lösung seien. Hier sollten Sie ehrlicher sein, die Wahrheit ist komplexer, als Sie vorgeben.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – *Dennis Gladiator CDU*: Das haben wir nicht gesagt! Bleiben Sie bei der Wahrheit!)

Alle sind sich eigentlich darüber einig, was wir in der jetzigen Situation brauchen, und zwar schnellere Verfahren. Das wird in jeder Sonntagsrede auch immer gesagt. Der Kollege Dressel hat eben den Flaschenhals angesprochen; das ist der Punkt, an dem man vielleicht auch irgendwann zu den Abschiebungen kommt. Die Frage der schnelleren Verfahren ist gefühlt das Einzige, wofür der Bund am Ende bei der ganzen Asylfrage verantwortlich ist.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Allein!)

Ich möchte Ihnen sagen, wo wir nach zwei Jahren mit hohen Flüchtlingszahlen stehen. Die Bundesregierung hatte angekündigt, 2 000 Stellen im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge aufzustocken. Dann gab es einen Nachtragshaushalt 2015, in dem sie 750 Stellen bewilligt hat, davon 200 Entscheider. Von diesen 750 Stellen und 200 Entscheidern war am 1. September dieses Jahres 2015 noch nicht einmal die Hälfte besetzt. Insgesamt hat das BAMF 550 Entscheider, das ist übrigens weniger, als Holland im Gesamten hat. Wenn Sie sich der Verantwortung stellen und schnellere Verfahren und Perspektiven für die Menschen haben wollen, dann müssen Sie im Bundesinnenministerium liefern.

(Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Und genau darum, weil dort nicht geliefert wird, gibt es die Fragestellung bei der Kanzlerin und ist

(Dr. Anjes Tjarks)

der Präsident des Bundesamtes zurückgetreten, da er das nämlich nicht mehr geschafft hat.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren! Es gibt neben der aktuellen Situation einen zweiten Strang in der Debatte, quasi die logische Schlussfolgerung, nämlich die Frage, wie wir die Menschen in Hamburg integrieren.

Einige würden sagen, das ist die Frage, wie wir vom Sprint zum Marathon kommen. Ich würde es so formulieren: Wir müssen aus der Willkommenskultur eine Integrationskultur entwickeln.

Die Frage ist, wie wir die Integration von so vielen Menschen in die Gesellschaft organisieren. Und auch dafür hat Rot-Grün einen Plan.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Erstens: Wir haben die finanziellen Voraussetzungen für die Aufnahme und Integration der Flüchtlinge geschaffen. Dieses Haus hat 567 Millionen Euro an Haushaltsmitteln nachbewilligt. Der Bürgermeister hat beim Flüchtlingsgipfel die Voraussetzungen für eine Kostenteilung mit dem Bund geschaffen – übrigens nach ziemlich viel Gewürge der CDU-Seite in der Bundesregierung. Auch deswegen ist der Vorwurf haltlos, der Bürgermeister beteilige sich nicht an den Debatten. Im Gegenteil: Er hat wichtige Punkte in dieser Frage verhandelt, und das sollten Sie auch zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Zweitens: Wir kümmern uns um die bildungspolitische Integration der Geflüchteten, von der Kita über die Schule bis zur Universität. Wir integrieren die Flüchtlingskinder in das Regel-Kita-System. Das funktioniert gut, weil wir ein leistungsfähiges Kita-System haben; das ist auch ein Teil-Lob nach hier rechts außen. In der Schule geht es weiter. Wir beschulen derzeit 4 650 neu zugewanderte Kinder und Jugendliche in Basisklassen oder Internationalen Vorbereitungsklassen. Wir sind eines der wenigen Bundesländer, wenn nicht das einzige, das die Schulpflicht in der Zentralen Erstaufnahme umsetzt. Wir haben über 400 Lehrkräfte und Pädagogen eingestellt. Mit einem Antrag, den SPD und GRÜNE am Montag in den Fraktionen beschlossen haben, werden wir das erfolgreiche System der beruflichen Vorbereitung für Flüchtlinge weiter ausbauen, indem wir AV-Dual vom Halbtagsbetrieb auf ein Ganztagsangebot ausweiten. Wir wollen mit Kammern und Gewerkschaften zusammenarbeiten, um die Ausbildungsmöglichkeiten weiter zu verbessern. Bei den über 18-Jährigen werden an dieser Stelle auch die Produktionsschulen ins Spiel kommen. Damit sind wir in Deutschland im Schulsystem ganz weit vorn.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Das gilt auch für die Frage des universitären Zugangs. Die Universität Hamburg hat das Programm #UHHhilft aufgelegt. Über 600 Menschen haben sich für die acht Module eingetragen, 400 Menschen haben sich nachgemeldet. Das ist ein einmaliges Projekt der Universität, in diesem Umfang einmalig in ganz Deutschland. Hier sind wir ebenfalls Vorreiter.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Drittens: Neben dem finanziellen Bereich und dem schulischen Bereich kommen wir zu der Frage der Qualifizierung für den Arbeitsmarkt. Neben der Qualifizierung für die berufsbildenden Schulen sorgen wir für ein Kompetenzscreening Weiterqualifizierung und Integration in den Arbeitsmarkt. Mit dem Projekt "W.I.R – work and integration for refugees" arbeiten Jobcenter, Sozialbehörde, Agentur für Arbeit und Träger der Flüchtlingshilfe eng zusammen, um Kompetenzen und Qualifikationen zu erkennen und zu fördern und Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Wir wollen, dass alle Flüchtlinge in Hamburg mit Bleibeperspektive dieses Programm durchlaufen, denn wir wollen sie qualifizieren und in den Arbeitsmarkt bringen. Das wird helfen, weil der Arbeitsmarkt gleichzeitig auch Integrationsmotor ist. Wir können hier nicht nachlassen und gehen voran.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Viertens: Neben dem Bildungssystem und der Qualifikation für den Arbeitsmarkt reden wir auch über die gesundheitliche Versorgung. Hamburg war eines der ersten Bundesländer, das die Gesundheitskarte für Asylbewerber eingeführt hat. Sie gewährleistet eine unkomplizierte medizinische Behandlung von Asylsuchenden

(Zuruf von *Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP*)

und garantiert den Ärzten mit Sicherheit die Kostenübernahme. Viele andere Bundesländer werden diesem Beispiel folgen, weil es sinnvoll ist. Wir haben genau das in Hamburg und Bremen zuerst umgesetzt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Fünftens: Wir treiben gleichzeitig den Wohnungsbau voran, weil wir nämlich nicht wollen, dass wir dauerhafte Containerlager in Hamburg haben. Das bedeutet, dass wir neben dem regulären Wohnungsbauprogramm von 6 000 Wohnungen, davon 2 000 Sozialwohnungen, ein Konzept Flüchtlingsunterkünfte mit der Perspektive Wohnen beschlossen haben. Es geht um die Errichtung von 5 600 zusätzlichen Sozialwohnungen im 1. Förderweg mit 20 000 zusätzlichen Unterbringungsplätzen für das kommende Jahr. Sie sollen Ende des nächsten Jahres fertig werden, sodass wir Menschen nicht mehr in Containern unterbringen müssen, sondern sie in festen Häusern unterbringen

(Dr. Anjes Tjarks)

können. Wir kommen hier in großem Umfang voran. Ich glaube, es ist eine große Leistung dieses Senats, an dieser Stelle so zu handeln.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Die Debatte zeigt, dass die Herausforderungen, die die aktuelle Flüchtlingssituation mit sich bringt, vielschichtig sind. Wir können sie nur meistern, wenn wir umfassende Konzepte bieten – von der Unterbringung über die schulische Integration, die Bildungsintegration, die Qualifizierung für den Arbeitsmarkt bis hin zur Wohnungssituation. Wir haben dabei einen Verbündeten: Wir setzen auf die Kraft unserer Stadtgesellschaft und auf die vielen Menschen in unserer Stadt. Wir setzen auf die Integrationsfähigkeit der Hamburgerinnen und Hamburger. Wir wollen die Willkommenskultur zu einer dauerhaften Integrationskultur entwickeln. Das wollen wir, und dafür bieten wir die Rahmenbedingungen mit diesem Integrationsplan für Hamburg.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Der Oppositionsführer ist nicht mehr da. Ich habe mir die Mühe gemacht, mir einmal die Anträge von CDU und FDP zu den Fragen, die uns hier umtreiben – Wohnungsbau, Bildung, Gesundheit, Arbeitsmarktintegration –, anzuschauen. Zum Wohnungsbau habe ich keinen einzigen Antrag gefunden; die FDP hat einmal etwas zu Tragflughallen gesagt, wobei das nicht wirklich Wohnungsbau ist.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Heiße Luft!)

Zur Bildung habe ich eine Initiative von Frau Prien zur Traumabewältigung gefunden, ansonsten relativ viel Fehlanzeige. Zur Gesundheit habe ich gar keinen Antrag gefunden. Und zur Arbeitsmarktintegration habe ich einen Antrag der CDU gefunden, die für zunächst 100 Menschen eine "Hamburger Allianz für Ausbildung und Integration" gründen will. Das ist vielleicht gar kein schlechter Vorschlag, aber im Ernst: Bei den vielen Tausenden Geflüchteten, über die wir reden, sind 100 Menschen eher ein Tropfen auf den heißen Stein.

(Katja Suding FDP: Dann können Sie uns ja jetzt ein Konzept vorlegen!)

Frau Suding, meine Damen und Herren! Was Sie bisher vorgelegt haben – und deswegen unsere 64 Punkte – ist kein Plan.

(Katja Suding FDP: Legen Sie doch mal vor!)

Es ist nicht einmal ein Sammelsurium von Einzelinitiativen. Das ist einfach zu wenig, um der Situation gerecht zu werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wenn wir über Hamburg hinausschauen, wird immer wieder eine Frage aufgeworfen: Brauchen wir eine Begrenzung der Flüchtlingsströme? Ich würde mich freuen, wenn wir als Hamburgische Bürger-

schaft dieser Frage mit ein wenig mehr Demut begegnen würden. Können wir als Nationalstaat oder gar als Hamburgische Bürgerschaft die globalen Fluchtbewegungen steuern, wenn sich die Menschen in einem Konvoi über Ungarns Autobahnen aufmachen, um nach Deutschland zu gelangen? Ich denke das nicht, und so habe ich auch die Position der Bundeskanzlerin wahrgenommen. Gleichzeitig gilt: Nur weil wir begrenzen wollen, heißt das nicht, dass Menschen aus Bürgerkriegsgebieten wegen politischer Verfolgung oder religiöser Unterdrückung nicht mehr zu uns kommen werden.

Und dennoch müssen wir einen anderen Blick auf die internationale Situation gewinnen. Es stellen sich dort Fragen, die unterschiedlich schwierig zu beantworten sind. Leicht zu beantworten sind zunächst die Fragen nach einer weiteren Schwerpunktsetzung in der Außenpolitik; Andreas Dressel hat es angesprochen. Wir müssen die Förderung des UNHCR und des World Food Programme so ausbauen, dass die Menschen, die in den Camps rund um Syrien hungern, sich nicht mehr auf den Weg machen müssen, um anderswo anständig zu essen zu bekommen. Das ist sogar eine verhältnismäßig billige, wirksame und einfache Maßnahme, die wir dringend angehen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Aber schon in der Außenpolitik stellen sich auch schwierigere Fragen. Zum Beispiel: Was haben die Fluchtbewegungen beispielsweise mit der Eroberung von Kundus durch die Taliban zu tun? Und welche Folgen hat das eigentlich für das Bundeswehrmandat in Afghanistan? Wie gehen wir mit einem doch recht autokratisch regierenden Ministerpräsidenten der Türkei um, der versucht, sich wiederwählen zu lassen, und von dem die Situation der Flüchtlinge und ihr Zustrom nach Deutschland und nach Europa maßgeblich abhängen?

Natürlich wird eine Neuordnung der europäischen Asylpolitik nur funktionieren, wenn das Zentrum Europas – also wir – nicht so tut, als ob es nur ein Problem der Peripherie – also Italiens und Griechenlands – wäre. Das Dublin-Abkommen ist auf Ungarns Autobahnen beerdigt worden. Eine neue Politik wird es nur geben, wenn Deutschland dauerhaft mehr Verantwortung übernimmt, und dazu muss sich auch diese Seite des Hauses bekennen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Das sind einige der Fragen, die wir national und vor allem europäisch beantworten müssen. Für Hamburg aber gilt: Am Ende des Tages haben wir Verantwortung für die Menschen, die zu uns kommen. Wir müssen sie menschenwürdig unterbringen und, wenn sie bleiben, in unsere Gesellschaft integrieren. Wir brauchen die innere Überzeugung, dass wir das schaffen. Dafür braucht man einen Plan, und diesen Plan haben wir. – Vielen Dank.

(Dr. Anjes Tjarks)

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Özdemir von der Fraktion DIE LINKE.

Cansu Özdemir DIE LINKE:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Scholz, haben Sie überhaupt die geringste Ahnung davon, was in den Unterkünften los ist und wie es dort aussieht? Haben Sie eigentlich die geringste Ahnung davon, wie es ist, bei diesen Temperaturen in unbeheizten Zelten übernachten zu müssen? Ich glaube, eher nicht.

Gestern kamen Flüchtlinge zum Rathaus, um auf ihre desolate Situation in den Zelten aufmerksam zu machen. Einige kamen in Badelatschen, andere in dünner Kleidung. Sie standen verzweifelt vor dem Rathaus und berichteten von ihren Kindern, die ständig krank werden. Leider haben wir die Situation, dass die Registrierung so lange dauert und Flüchtlinge, die nicht registriert sind, Probleme haben, winterfeste Schuhe zu bekommen. Und so mussten aus der Unterkunft in Jenfeld 20 Kinder mit Verdacht auf Lungenentzündung in umliegende Krankenhäuser verlegt werden, und die Ehrenamtlichen dort sind auf der Suche nach Wärmflaschen und Schlafsäcken.

Aber nehmen wir ein anderes Beispiel, Praktiker in Eidelstedt. Wir haben uns am zweiten Tag die Situation vor Ort angeschaut und waren wirklich schockiert über die Zustände dort und fassungslos darüber, dass der Senat nach dem Vorfall in Bergedorf ein weiteres Mal nichts dazugelernt hat. Die Situation war noch schlimmer als in Bergedorf. Wir haben eine schmutzige, kalte Halle mit verdreckten Toiletten gesehen und Menschen, die Tag und Nacht auf sich allein gestellt waren. Es gab ein paar dünne Luftmatratzen; Decken haben nur für einige gereicht. Es gab kein heißes Wasser für die Zubereitung von Babynahrung. Von den Essensrationen wurde niemand satt. Es gab keine medizinische Versorgung; gerade bei Diabetikern und MS-Patienten müssten Sie wissen, wie wichtig das ist. Ehrenamtliche führen die Menschen in die Julius-Leber-Schule und andere Einrichtungen in der Umgebung, wo sie dann seit Tagen das erste Mal die Möglichkeit hatten zu duschen. Seit gestern gibt es endlich Duschen.

(Philipp Heißner CDU: Seit heute! Erst seit heute!)

– Seit heute.

Es sind exakt zehn Duschen für 800 Menschen.

Ich habe mich in den vergangenen Tagen gefragt: Wo waren Sie, Herr Bürgermeister? Wo war eigentlich der Innensenator? Sie tauchen einfach unter und ignorieren die Zustände, die in den Unterkünften tagtäglich erlebt werden. Sie ignorieren

einfach, dass tagtäglich Ehrenamtliche, dass solidarische Menschen dafür kämpfen, dass eine humanitäre Katastrophe verhindert wird. Man kann das noch nicht einmal, wie die CDU es tut, als politisches Versagen bezeichnen. Politisches Versagen wäre es, wenn der Senat es versuchen würde, aber er versucht es noch nicht einmal.

(Beifall bei der LINKEN)

Trotz des Brandbriefs der Leitungskräfte von f & w fördern und wohnen, in dem zu Recht auf die Versäumnisse des Senats und auf seine Planlosigkeit hingewiesen wird, ignorieren Herr Scholz und sein Senat Kritik, Ideen und Vorschläge von allen Seiten. Herr Scholz fordert auf EU-Ebene Hotspots, um Flüchtlinge davon abzuhalten, nach Europa zu kommen. Aber, Herr Scholz, mit Abschottung bekämpft man eben keine Fluchtursachen. Mit Abschottung lassen sich auch keine Probleme lösen, sondern sie verschärfen sich nur.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie schweben auf den Wolken, aber Sie sollten aufwachen, Herr Scholz, weil Sie Hamburg sehenden Auges in die Katastrophe führen.

(Beifall bei der LINKEN)

Gerade bei der Flüchtlingspolitik haben wir sehen können, dass Sie der Zivilgesellschaft nicht zugewandt sind. Sie mischen sich nicht ein, Sie sind nicht präsent, höchstens wenn es um Olympia geht. Regierungserklärungen abgeben, das reicht hier leider nicht aus.

(Beifall bei der LINKEN)

Ihr Innensenator, Herr Neumann, bekommt es nicht hin, weist jegliche Kritik von sich, sucht die Schuldigen anderswo und trompetet nebenbei rechte Sprüche beim NDR. Ich zitiere:

"Und wenn es ihm hier nicht gefällt, wenn er meint, Gewalt ausüben zu müssen, dann können wir auch jederzeit eine Rückfahrkarte für ihn buchen."

Herr Neumann, sind Sie jetzt der Horst Seehofer von Hamburg? Wenn ja, dann kann ich Ihnen ganz deutlich sagen, dass wir so einen in Hamburg nicht brauchen. Wir brauchen jemanden, der handelt.

(Beifall bei der LINKEN)

Bis jetzt konnte durch die unglaublich große Unterstützung der ehrenamtlichen und solidarischen Menschen eine humanitäre Katastrophe verhindert werden, weil sie schnell mobilisieren und nicht nur zusätzliche Aufgaben übernehmen, wie es eigentlich sein sollte, sondern auch große, staatliche Aufgaben übernehmen, die von staatlicher Seite einfach nicht geleistet werden. Ohne die Ehrenamtlichen würde wirklich nichts von dem funktionieren, von dem Sie, Herr Bürgermeister, hier sprechen.

(Beifall bei der LINKEN)

(Cansu Özdemir)

Nicht Sie, Herr Bürgermeister, haben sich die Flüchtlingspolitik zur zentralen Aufgabe gemacht, sondern die Zivilgesellschaft in Hamburg hat es gemacht.

(Beifall bei der LINKEN)

Jetzt sind viele Maßnahmen notwendig, um eine humanitäre Katastrophe zu verhindern. Das müssen Sie tun, ohne die größten Aufgaben auf die Ehrenamtlichen abzuladen. Die Menschen, die immer noch in der Eiseskälte in Zelten übernachten müssen, in der Dratelnstraße zum Beispiel oder im Jenfelder Moorpark, müssen sofort in eine warme, beheizte und winterfeste Unterkunft verlegt werden. Die Erfahrungen in Bergedorf und Eidelstedt sollten reichen, um zu verstehen, dass nicht von jetzt auf gleich Hallen geöffnet werden können, die in keiner Weise vorbereitet sind. Vor zwei Wochen noch sprachen wir hier über die Situation in Bergedorf. Keine Woche später wiederholt sich die Situation in Eidelstedt. Deshalb brauchen wir einen Plan mit Gebäuden, die als Nächstes belegt werden können. Diese müssen jetzt schon vorbereitet werden für die nächsten Flüchtlinge, die nach Hamburg kommen werden. Wir brauchen jetzt größere Gebäude wie zum Beispiel die Oberpostdirektion, die Janusz-Korczak-Schule oder auch das Phoenix-Verwaltungszentrum. Vor dem Hintergrund der großen Not fragen wir uns, warum diese drei Gebäude immer noch nicht vorbereitet wurden, obwohl sie seit Jahren leer stehen und geeignet wären.

Wir brauchen aber auch einen Plan, wie die Erst- und Notaufnahme entlastet werden kann. Es kann nicht sein, Herr Scholz, dass Menschen jahrelang in den Massenunterkünften verweilen müssen. Das, finde ich, geht gar nicht. Sie wissen doch auch, dass dadurch immer mehr Probleme entstehen, die dann nicht mehr zu bewältigen sind.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb muss gleichzeitig der Ausbau der Folgeunterbringung stattfinden. Dafür eignen sich die kleineren, dezentralen Gebäude, die jetzt umgebaut werden müssen. Konkrete Beispiele haben wir Ihnen in der vorherigen Bürgerschaftssitzung genannt. Sie müssen das Gesetz, gegen das sich FDP und CDU so stark wehren, ausschöpfen und auch leer stehende Wohn- und Büroimmobilien belegen, weil die Not einfach groß ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Den Kurs, keine kleineren leer stehenden Gebäude zu belegen, müssen Sie endlich aufgeben. Das werden Sie früher oder später zugeben müssen. Zum einen unter dem Gesichtspunkt der Dezentralisierung, zum anderen, damit die Menschen auch einmal aus den Zelten herauskommen, und auch unter dem Gesichtspunkt Ausbau der Folgeunterbringung, weil wir die in der nächsten Zeit dringend brauchen werden. Jeder Platz, der dazu beiträgt,

Menschen aus den Zelten zu bekommen, ist wichtig und muss genutzt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb muss auch die private Unterbringung erleichtert und sollten private Initiativen nicht durch bürokratische Hürden erschwert oder verhindert werden. Vieles kann, vieles muss schnell getan werden. Statten Sie zum Beispiel die Volkshochschulen so aus, dass sie ihr Angebot an Deutschkursen kräftig ausweiten können. Ohne Deutschkenntnisse wird es nämlich schwer, Menschen in Arbeit oder Ausbildung zu integrieren. Eine verstärkte Ausbildungsoffensive – und ich betone: eine verstärkte Ausbildungsoffensive – zum Beispiel der Handwerkskammer ist dringend notwendig. Sprechen Sie sie endlich an, nehmen Sie sie mit ins Boot.

Was tun Sie aber, um die Schulen instand zu setzen? Was tun Sie eigentlich, um die neu ankommenden Schülerinnen und Schüler in die Schulen zu integrieren? Aus der Praxis, Herr Scholz, lassen wir uns erzählen, dass es ganz anders aussieht, als Sie es uns heute berichtet haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Was tun Sie eigentlich in Bezug auf die Kitas? Wann schaffen Sie endlich die Verbindung von Ehrenamt und staatlichen Stellen? Projekte wie das Flüchtlingsforum hören sich gut an, aber es müssen jetzt auch Taten folgen. 18. Dezember – ich bitte Sie. So viele Menschen sind seit Monaten rund um die Uhr aktiv, und Sie kommen mit einem Termin wie dem 18. Dezember an, kurz vor den Ferien, und nach den Ferien wissen wir nichts mehr über das Flüchtlingsforum. Oder, Frau Beckeris?

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf von *Ksenija Bekeris SPD*)

Aus der Zivilgesellschaft gibt es jede Menge gute Initiativen, die gefördert und unterstützt werden müssen, zum Beispiel von Gruner + Jahr; der Verlag hat eine Partnerschaft mit einer Einrichtung. Es gibt eine Reihe weiterer guter Beispiele, die Unterstützung verdienen. Wenn Sie es jetzt nicht anpacken, dann frage ich mich, wann dann? Möchten Sie uns auch die nächsten vier Jahre weiterhin die gleichen Argumente erzählen? Ich glaube, es reicht jetzt. Sie müssen wirklich handeln. Es geht nicht, dass Sie uns wie in den vergangenen vier Jahren immer wieder hinhalten mit diesen Argumenten und dann auch so tun, als würde es hier einen Schulterschluss geben. Den gibt es eben nicht, weil Sie ihn nicht akzeptieren. Deswegen finde ich es sehr bedenklich, dass Sie unseren Antrag zum Thema Integration von Flüchtlingen in Schulen einfach abgelehnt haben und nicht einmal überweisen wollten. Wir sehen es also an Ihren Handlungen im Parlament, dass Sie gar nicht mit

(Cansu Özdemir)

der Opposition sprechen und Vorschläge annehmen möchten.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Karin Prien CDU*)

Eines ist aber sehr wichtig: Wir müssen verhindern, dass Bevölkerungsgruppen gegeneinander ausgespielt werden. Die großen Aufgaben, die für die Aufnahme der Flüchtlinge und ihre Integration notwendig sind, dürfen nicht zulasten anderer Bevölkerungsgruppen gehen, die auf eine gute, intakte und soziale Infrastruktur angewiesen sind. Die bisherigen sozialen und kulturellen Einrichtungen müssen zumindest aufrechterhalten werden, sie müssen gestärkt und finanziert werden. Das heißt, die Tarifsteigerungen müssen übernommen werden, damit die Einrichtungen ihre alten, aber auch ihre neuen Aufgaben wirklich wahrnehmen und umsetzen können. Dazu und für weitere entsprechende Aufgaben brauchen wir ein besonders finanziertes Investitionsprogramm. Die 560 Millionen Euro, die Sie für die nächsten zwei Jahre angesetzt haben, sind – das zeigt die aktuelle Entwicklung in Hamburg sehr deutlich – unzureichend. Das haben wir von Anfang an gesagt. Sie sind schon unzureichend für die unmittelbaren Aufgaben in den nächsten zwei Jahren, erst recht aber für die Investitionsprogramme zur Erhaltung und Stärkung der sozialen Infrastruktur in der Stadt. Andere Bundesländer wie Thüringen oder Bayern nutzen die Steuermehreinnahmen für die Unterbringung und Integration der Flüchtlinge. Auch Hamburg muss dies tun.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie müssen jetzt endlich an das Finanzrahmengesetz heran, es führt kein Weg darum herum. Die Integrationsaufgaben sind groß, und sie müssen bewältigt werden. Deshalb erwarten wir, dass Sie schnell vorlegen, wie und mit welchen Mitteln die großen Aufgaben bewältigt werden sollen. Dafür braucht es aber auch eine Verständigung auf gesellschaftlicher und auf politischer Ebene. Ein Gegeneinander-Ausspielen von sozial benachteiligten Gruppen darf nicht passieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Ressourcen sind genug da, so hat es auch der Bürgermeister in seiner Rede gesagt.

Aber noch ein Wort zur CDU-Fraktion und zu Herrn Trepoll. Sie sagten, dass die CDU-Fraktion wie auch die FDP-Fraktion den größten Einsatz in der Flüchtlingspolitik gezeigt hätten. Herr Trepoll, ich kenne Sie nur mit Ihrem starken Einsatz, wenn es um die konsequente Abschiebung von Flüchtlingen geht. Dafür haben Sie sich sehr oft in der Bürgerschaft eingesetzt,

(Beifall bei *Philipp Heißner CDU*)

obwohl Sie wissen, welche Schwierigkeiten es da gibt. Ich finde es auch ziemlich bedenklich, im ers-

ten Atemzug Artikel 1 des Grundgesetzes zu nennen – die Würde des Menschen ist unantastbar –, und im zweiten Atemzug Transitzonen und Abschottung und dann auch noch die Begrenzung von Flüchtlingszahlen zu fordern.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren! Sie sehen, dass wir in der Stadt eine große Hilfsbereitschaft haben. Sie sehen, dass es große Potenziale gibt, gerade auch durch die Zuwanderung, die genutzt werden müssen und genutzt werden können. Dies muss alles gut koordiniert werden.

Das alles muss sich der Bürgermeister zur zentralen Aufgabe machen, anstatt sich herauszuhalten, sich nicht einzumischen und sich nur bei Olympia blicken zu lassen. Er muss konsequent und klar sagen, dass die Flüchtlingspolitik eine zentrale Aufgabe in Hamburg ist, die zu bewältigen ist. Ansonsten, Herr Bürgermeister, schaffen Sie heute die Probleme, die wir morgen haben werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Suding von der FDP-Fraktion.

Katja Suding FDP: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Lange hat es gedauert. Nach ausführlichen Vorab-Bekanntmachungen wurde die Regierungserklärung nur noch mit mäßiger Spannung erwartet, und nun haben Sie, Herr Bürgermeister, selbst diese niedrigen Erwartungen enttäuscht.

(Beifall bei der FDP, der CDU und vereinzelt bei der AfD)

Sie haben 40 Minuten lang überhaupt nichts Konkretes gesagt.

(Zurufe von der SPD)

Herr Bürgermeister, das muss man sich erst einmal trauen in einer solchen Situation.

(Beifall bei der FDP)

Ich habe von Ihnen erwartet, dass Sie Stellung nehmen zu den teilweise chaotischen und sogar menschenunwürdigen Umständen, unter denen in Hamburg in den letzten Wochen und Monaten Hunderte von Flüchtlingen untergebracht wurden. Die Menschen werden in völlig verdreckten Hallen, ohne sanitäre Anlagen, ohne ausreichende Essensversorgung, ohne medizinische Hilfe, ohne Betreuer allein gelassen. Viele von ihnen müssen noch immer in Zelten leben, obwohl die Temperaturen inzwischen auf unter 0 Grad in der Nacht gesunken sind und es auch tagsüber empfindlich kalt bleibt. Besonders die Kinder leiden unter hartnäckigen Erkältungen, sie sind am Ende ihrer Kräfte. Wann es endlich Heizungen in den Zelten geben

(Katja Suding)

wird oder eine Unterkunft in einem Container, kann ihnen niemand sagen. Aber das wäre heute Ihre Aufgabe gewesen, Herr Bürgermeister.

(Beifall bei der FDP, der CDU und bei *Dr. Joachim Körner AfD*)

Gerade für Frauen ist die Situation oft unerträglich und gefährlich. Bis Mitte August 2015 gab es in den Flüchtlingsunterkünften Hamburgs schon so viele gemeldete Fälle sexueller Gewalt wie im gesamten vergangenen Jahr. In den Erstaufnahmeeinrichtungen verzeichnet f & w fördern und wohnen sogar das Achtfache an Fällen – und das sind nur die bekannten Fälle, hinter denen sich mit hoher Wahrscheinlichkeit eine noch viel größere Dunkelziffer verbirgt. Es muss also dringend gehandelt werden, um die über 2 000 Frauen und minderjährigen Mädchen und auch die homosexuellen Flüchtlinge vor Übergriffen zu schützen. Bisher aber erfassen weder die Träger der Unterbringungen noch die Behörden solche Fälle systematisch. Die Trennung von Männern und Frauen, insbesondere bei der Nutzung der Sanitäranlagen, ist offensichtlich in vielen Fällen nicht gewährleistet, und ein Handlungskonzept gegen sexuelle Übergriffe in den Unterbringungen liegt ebenso wenig vor.

Herr Bürgermeister, wir können und dürfen nicht akzeptieren, dass sich mitten in Hamburg rechtsfreie Räume bilden, in denen Frauen, Kinder und Homosexuelle gewalttätigen Übergriffen schutzlos ausgeliefert sind und unser Rechtsstaat vor unser aller Augen ausgehebelt wird.

(Beifall bei der FDP und bei *Andrea Oelschläger AfD*)

Wir fordern Sie daher auf, endlich die Initiative zu ergreifen, um sexuelle Gewalt in den Flüchtlingsunterkünften entschieden zu unterbinden.

Herr Bürgermeister, ich wollte heute von Ihnen nicht bloß hören, dass natürlich einmal Fehler gemacht werden; das haben wir von Ihrem Fraktionsvorsitzenden Andreas Dressel schon Dutzende Male gehört, auch heute wieder. Sie haben recht, nicht alles kann in einer derartigen Ausnahmesituation immer perfekt laufen. Aber darum geht es auch gar nicht. Es ist offensichtlich, dass der Fehler im System liegt. Es fehlt an einem echten Krisenmanagement.

(Beifall bei der FDP, der CDU und bei *Dr. Joachim Körner AfD*)

Dem Parlament und damit der Öffentlichkeit sind Sie die Antwort auf die Frage schuldig geblieben, welche Korrekturen im System Sie vornehmen wollen, damit es in Zukunft besser läuft. Dazu gehört zuallererst ein offenes und ehrliches Eingeständnis dessen, was bisher falsch gelaufen ist. Dazu haben wir aber nichts von Ihnen gehört, Herr Bürgermeister. Mit dem Flüchtlingskoordinator haben Sie nun immerhin implizit eingestanden, dass die Sa-

che außer Kontrolle geraten ist. Das ist ein erster, wichtiger Schritt.

Es ist richtig, dass Sie sich dem Druck der Opposition endlich gebeugt und nun einen Flüchtlingskoordinator benannt haben.

(*Wolfgang Rose SPD*: Sie träumen!)

Andere Städte, wie zum Beispiel München, haben einen solchen Koordinator mit Stab bereits vor einem Jahr eingesetzt. Der Hamburger Senat dagegen sah die Prioritäten etwas anders. Zuerst wurde eine Radverkehrskordinatorin eingestellt, erst Wochen später endlich ein Flüchtlingskoordinator. Das wirft schon ein merkwürdiges Licht darauf, wie Sie die Dringlichkeiten der unterschiedlichen Herausforderungen in Hamburg sehen, Herr Bürgermeister.

(Beifall bei der FDP)

Ich bin sicher, dass Herr Sprandel ein erfahrener und durchsetzungsfähiger Beamter ist, und als FDP-Fraktion wünschen wir ihm auch alles Gute und viel Erfolg bei seiner wichtigen Aufgabe. Es bestehen allerdings Zweifel, ob die Tatsache, dass er einem Amtsleiter der Sozialbehörde unterstellt ist, zur Beseitigung des Wirrwarrs zwischen Innen- und Sozialbehörde beiträgt. Nicht etwa ein unbefangener Dritter, sondern ausgerechnet ein führender Sozialbehördenmitarbeiter soll die Streitigkeiten zwischen Innen- und Sozialbehörde auflösen – das wird kaum klappen. Noch mehr beunruhigt mich, dass offenbar weitere Zuständigkeiten für die Erarbeitung von Integrationskonzepten fehlen, etwa im Bildungs- und Arbeitsbereich. Was Sie heute vorstellen, ist deshalb noch immer nicht ausreichend.

(Beifall bei der FDP und bei *Jörg Hamann CDU*)

Nicht ausreichend sind auch die Argumente für das Beschlagnahmungsgesetz, das Sie interessanterweise mit tatkräftiger Unterstützung von SPD, GRÜNEN und LINKEN im parlamentarischen Schnellverfahren vor zwei Wochen durchgeboxt haben. Heute haben Sie das Thema nur kurz gestreift. Dabei hätten Sie sich natürlich vor der Verabschiedung dazu öffentlich ausführlich äußern müssen. Das haben Sie nicht getan, und auch heute treten Sie vor das Parlament und finden nur ein paar dünne Worte, die uns ganz und gar nicht überzeugt haben. In Ihrer Antwort auf unsere Anfrage an den Senat steht nämlich Schwarz auf Weiß, dass die Stadt jede Menge Angebote von Privaten erhalte, die ihre Immobilien für die Flüchtlingsunterbringung zur Verfügung stellen wollen. Allein 200 Angebote gingen in den ersten drei Septemberwochen in Ihr E-Mail-Funktionspostfach ein. Sie selbst rechnen die Zahl auf 3 000 Angebote hoch. Hier geht es auch gar nicht darum, zu behaupten, dass alle diese 3 000 Angebote passend seien, Herr Tjarks,

(Katja Suding)

(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Das haben Sie aber gemacht!)

das sind sie sicherlich nicht. Fassungslos macht mich aber, dass Sie überhaupt keinen Überblick darüber haben, wie diese Angebote aussehen. Eine Datenbank, die aktuelle und zurückliegende Angebote und ihren Bearbeitungsstand erfasst, sei erst in Planung. Man konnte bei Ihrer Antwort den Eindruck bekommen, als sei Ihnen erst bei der Beantwortung unserer Anfrage überhaupt aufgefallen, dass Sie im Chaos versinken und dann den Blitzeinfall gehabt hätten, eine solche Datenbank endlich aufzubauen. Dabei wäre das doch wohl das Erste gewesen, das Sie in der sich zuspitzenden Flüchtlingskrise hätten machen müssen, und das Mindeste, das die Hamburgerinnen und Hamburger von einem Senat hätten erwarten dürfen, der von sich ständig behauptet, die Stadt ordentlich zu regieren.

(Beifall bei der FDP und bei Jörg Hamann CDU und Dr. Joachim Körner AfD)

Auch mit der Wohnungswirtschaft hätten Sie sprechen müssen – auch das haben Sie nicht getan. Heinrich Stüven vom Grundeigentümerverband Hamburg musste gestern per Zeitungsinterview darauf aufmerksam machen, dass etwa 3 000 Immobilien für die Unterbringung von Flüchtlingen zur Verfügung stehen. Diese werden aber nicht ernst genommen, viele Angebote ohne ausreichende Prüfung werden mit Formscheiben abgelehnt. Herr Stüven beklagt, dass es keine direkten Anfragen oder Gesprächsangebote seitens der Stadt gegeben habe. Trotzdem haben Sie das Beschlagnahmengesetz gegen alle Widerstände durchgeboxt beziehungsweise durchboxen lassen – Sie, Herr Bürgermeister, haben sich gar nicht an der Debatte beteiligt. Sie haben mit diesem Gesetz eine rote Linie überschritten. Dieser nicht gerechtfertigte und völlig unnötige Eingriff in das Recht auf Eigentum verursacht große Unsicherheit. Er gefährdet die Willkommenskultur und den inneren Frieden unserer Gesellschaft, weil er Ressentiments gegen Flüchtlinge schürt. Ich fordere Sie auf, Herr Bürgermeister, dieses Gesetz zurückzunehmen.

(Beifall bei der FDP und bei Jörg Hamann und André Trepoll, beide CDU)

Und halten Sie bitte nicht immer der Opposition vor, sie würde keine eigenen Vorschläge machen. Das Gegenteil ist der Fall. Herr Trepoll hat dazu schon das Richtige gesagt. Auf die vielen Vorschläge von FDP und CDU reagieren Sie immer nur mit Vorwürfen. So war es auch heute wieder. Das mag natürlich auch daran gelegen haben, dass in der Rede des Bürgermeisters nichts Konkretes gesagt wurde. Zielführend ist das Verhalten dennoch nicht. Da wirkt auch das Gerede von Andreas Dressel und Anjes Tjarks und das Rufen

nach mehr Gemeinsamkeiten irgendwie fehl am Platz – das sind doch nur leere Worte.

(Beifall bei der FDP und bei Jörg Hamann und André Trepoll, beide CDU, und Dr. Joachim Körner AfD)

Neben der zügigen Erarbeitung eines Konzepts für die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen müsste es die vordringliche Aufgabe des neuen Flüchtlingskoordinators sein, ein Kommunikationskonzept zur frühestmöglichen Einbeziehung von Anwohnern geplanter Unterkünfte zu erarbeiten. Es kann und darf nicht sein, dass wir immer und immer wieder vom Senat hören, dass für die Kommunikation mit den Anwohnern zukünftiger Flüchtlingsunterkünfte keine Zeit gewesen sei. Wer so etwas ernsthaft behauptet, hat überhaupt nicht verstanden, wie zentral das Thema Kommunikation bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise ist. Nur wenn die Fragen der Anwohner beantwortet werden, wenn ihre Sorgen, ob berechtigt oder unberechtigt, überhaupt ernst genommen werden, kann die Integration in die heimische Bevölkerung gelingen. Nur dann wird es weiterhin das große ehrenamtliche Engagement in Hamburg geben, auf das wir alle stolz sein können und das, so ehrlich muss man sein, in den vergangenen Wochen und Monaten zahlreiche staatliche Strukturen ersetzt hat, die es einfach nicht gab und gibt.

Am Freitag soll das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz, ein Kompromiss zwischen Bund und Ländern, abschließend im Bundesrat verabschiedet werden. Die Einstufung weiterer Balkanstaaten als sichere Herkunftsländer begrüßen wir ebenso wie das erhöhte finanzielle Engagement des Bundes, das dringend notwendig ist. Es kommt aber, ebenso wie die weiteren beschlossenen Maßnahmen, sehr spät. Die Entlastung der Kommunen und Länder geht außerdem nicht weit genug, denn die angekündigte Übernahme der Kopfpauschalen greift erst im kommenden Jahr und mildert nicht die bereits aktuell angespannte Situation.

Überhaupt nicht nachvollziehbar ist, dass sich die Bundesregierung nach wie vor nicht zu einem tragfähigen Einwanderungskonzept durchringen kann. Ohne eine aktive Einwanderungspolitik wird die Bundesregierung auch in den kommenden Monaten der Entwicklung immer nur hinterherrennen. Eine Lockerung des Zeitarbeitsverbots und die Öffnung der Integrationskurse reichen bei Weitem nicht aus. Es bedarf eines umfassenden Einwanderungsgesetzes, das ein Punktesystem einschließt. Hier fordere ich Sie, liebe Kollegen von der CDU, auf, sich bei Ihren Parteifreunden in Berlin dafür starkzumachen. Es ist mir nicht verständlich, dass Sie sich auf der einen Seite für Transitzone öffnen, die wohl vorwiegend symbolischen Charakter hätten, sich aber den wirklich wirksamen Maßnahmen zur Begrenzung der Zuwanderung versperren. Zu diesen wirklich wirksamen Maßnah-

(Katja Suding)

men gehört ein Gesetz, das die Einwanderung nach ganz klar von uns definierten Kriterien regelt.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU und der AfD)

Wir wollen das, weil das Recht auf Asyl für diejenigen, die aus politischen Gründen verfolgt werden, ein hohes Gut ist. Wir dürfen es nicht einschränken. Obergrenzen für Asylsuchende kann und darf es daher nicht geben.

(Beifall bei der FDP)

Die personelle Aufstockung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge ist aber deshalb notwendig und gleichzeitig überfällig, um die Verfahren endlich zu beschleunigen. Wir können nur hoffen, dass jetzt auch schnell genügend Personal gefunden wird. Der Bund schiebt seit Monaten einen Stau von inzwischen weit mehr als 250 000 Asylanträgen vor sich her. Die Asylanträge aus Irak, Syrien und Eritrea werden zu 99,5 Prozent positiv beschieden, aber die Leute warten monatelang in den Aufnahmeeinrichtungen, bis das auch geschieht. Deshalb ist unser pragmatischer Vorschlag eine pauschale Anerkennung der bisherigen Anträge von Menschen aus diesen Ländern. Nach einer Sicherheits- und Identitätsüberprüfung muss der Stempel auf den Antrag. Dann können die Leute, von denen durchaus eine beachtliche Zahl qualifiziert ist, endlich arbeiten – sie warten nur darauf.

Die größte Aufgabe aber liegt noch vor uns. Sie besteht nicht darin, den Menschen eine Unterkunft in einer Erstaufnahmeeinrichtung oder einer Folgeunterbringung zu schaffen. Sie besteht darin, die Menschen, die bei uns bleiben, in unsere Gesellschaft zu integrieren. Wir müssen sie meistern, damit aus der Flüchtlingskrise keine Integrationskrise wird. Dazu gehört zuallererst, dass wir den neu zu uns kommenden Menschen unsere freiheitlichen Werte vermitteln. In Deutschland sind Männer und Frauen gleichberechtigt, muslimische Mädchen und Frauen entscheiden selbst, ob sie ein Kopftuch tragen und ob und wen sie heiraten wollen. Hier ist es erlaubt, sich über die Religionen, auch über den Propheten Mohammed, lustig zu machen. Es ist auch normal, dass homosexuelle Paare in der Öffentlichkeit Händchen halten. Das alles soll auch genau so bleiben.

(Beifall bei der FDP und bei Jörg Hamann und Karin Prien, beide CDU, und Farid Müller GRÜNE)

Der eine oder andere, der zu uns kommt, wird das alles aus seiner Heimat so nicht kennen. Es wird dem einen oder anderen schwerfallen, das zu akzeptieren. Aber einen Rabatt auf unsere liberalen Grundwerte darf es nicht geben, für niemanden.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Karin Prien CDU: Jawohl!)

Um die neu angekommenen Menschen bei uns zu integrieren, braucht es Bildung. Doch woher kommen die vielen Hunderte Lehrer und Erzieher, die in Zukunft zusätzlich gebraucht werden? Und wie sollen sie bezahlt werden? Ist es jetzt nicht an der Zeit, das Kooperationsverbot zu lockern? Auf all diese Fragen brauchen wir dringend Antworten. Diese haben Sie uns heute aber leider nicht gegeben, Herr Bürgermeister.

Ein letzter Punkt: In den neuen Großsiedlungen, die der Senat plant und die bis Ende des nächsten Jahres fertiggestellt sein sollen, dürfen keine Parallelgesellschaften entstehen – sie dürfen nicht zu Gettos werden. Je größer und entlegener die Siedlungen aber sind, desto größer ist die Gefahr, umso schwieriger wird Integration und die Verhinderung von Gettobildung. Wir fordern Senatorin Stapelfeldt daher auf, auch die Möglichkeit für mehr kleinere statt weniger großer Flüchtlingsquartiere ausreichend zu prüfen. Angesichts des offensichtlichen Versagens von Rot-Grün bei der Koordinierung privater Unterbringungsangebote bin ich mir keinesfalls sicher, ob das wirklich schon erfolgt ist.

Herr Bürgermeister, Sie hatten heute die Chance, Ihren Plan zur Bewältigung der Flüchtlingskrise in Hamburg und Ihre Einflussmaßnahmen auf die Entscheidungen im Bund darzustellen. Sie haben die Chance nicht genutzt. Zu viele Fragen sind offengeblieben. Ich muss Ihnen leider sagen: Wir als FDP-Fraktion sind in großer Sorge, dass wir es so nicht schaffen können.

(Beifall bei der FDP und bei André Trepoll CDU)

Wenn man Ihnen zuhörte, dann konnte man schon den Eindruck bekommen, dass in Hamburg alles in bester Ordnung sei. Das grenzt wirklich an Realitätsverweigerung. Deshalb: Handeln Sie jetzt, bevor es zu spät ist. Die Vorschläge liegen auf dem Tisch. Gehen Sie auch auf die Opposition zu. Es ist jetzt nicht der Zeitpunkt für falsche Eitelkeiten. Diesen Satz sollte sich Rot-Grün zu Herzen nehmen und niemand sonst. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Professor Dr. Kruse von der AfD-Fraktion.

Dr. Jörn Kruse AfD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben in Hamburg ebenso wie in vielen anderen Städten und Gemeinden Deutschlands eine Herausforderung gewaltigen Ausmaßes zu bewältigen. Hamburg stellt sich dieser Herausforderung und tut sein Bestes. Damit meine ich sowohl die Politiker als auch die vielen Mitarbeiter der Behörden und der Hilfsorganisationen und vor allem die vielen freiwilligen Helfer aus der Bevölkerung. Sie machen

(Dr. Jörn Kruse)

einen tollen Job, und ich möchte mich explizit bei ihnen allen dafür bedanken.

(Beifall bei der AfD)

Ökonomisch bezeichnet man das, was hier abläuft, als einen Stau, nämlich das Umschlagen von Quantität in schlechtere Qualität der Infrastruktur beziehungsweise der Kapazitäten, und zwar personell wie materiell. Ebenso wie zu viele Autos den Nutzen der betroffenen Straßen mindern und zu viele Nutzer pro Zeiteinheit die Internetqualität reduzieren, sind auch bei den Migranten die Mengen das Problem. Die Migranten haben sich nicht angemeldet und sie haben nicht reserviert. Sie waren einfach da und es kommen täglich neue. Sie schaffen täglich neue und verschärfte Herausforderungen für uns.

(Jörg Hamann CDU: Was meinen Sie denn mit nicht reservieren?)

– Ich bin gern bereit, Ihnen das privatissime zu erläutern.

Es soll niemand sagen, er habe das vorhergesehen; das wäre unseriös. Niemand konnte mit diesen Mengen rechnen, und selbst wenn: Viele Infrastrukturen, zum Beispiel die Unterkünfte oder das geeignete Personal, hätte man dennoch nicht kurzfristig vervielfachen können. Der Einzelfall ist theoretisch simpel. Wir würden gern jeder Flüchtlingsfamilie aus Aleppo direkt eine Wohnung zuweisen. Aber jeder weiß, dass die Kapazitäten nicht da sind und wir mindestens temporär mit Containern, Zelten und Baumärkten improvisieren müssen, ganz abgesehen von dem erforderlichen Betreuungspersonal, das schon jetzt personell überlastet ist. Improvisieren heißt häufig und in der Regel auch, mit second best zufrieden sein zu müssen. Das sollten wir auch bei aller Kritik im Blick behalten. Das sage ich jetzt einmal mit Blick auf einige Redner der Opposition, die heute schon gesprochen haben. Auch da sollten wir realistische Kritik üben, und das ist heute nicht bei allen meinen Vordrängern der Fall gewesen.

Es ist sicher nicht schön, wenn Flüchtlinge in einem Ex-Baumarkt ankommen, der nicht ausgelegt ist. Aber es wäre erstaunlich, wenn im Flüchtlingsstress alles auf Anhieb optimal klappen würde. Wie gesagt, die Zuwanderer haben sich nicht vor Wochen angemeldet und können dementsprechend auch keinen Hotelstandard erwarten. Was die Schlepperbanden ihnen über das Paradies Deutschland erzählt haben, kann nicht der Maßstab für uns sein. Die schiere Menge erzwingt, dass sie mit Best Effort zufrieden sein müssen. Dieser Best Effort ist, was Hamburg kann und tut. Best Effort heißt das beste Bemühen. Und das macht Hamburg und das wird es auch tun, um im Winter geeignete Unterkünfte für alle Flüchtlinge in Hamburg zu schaffen.

Aber nicht alle, die kommen, sind echte Flüchtlinge, die Mitgefühl und Hilfe verdienen. Viele sind ganz banal Wirtschaftsmigranten, die eine gute Gelegenheit nutzen wollen, um ins reiche Deutschland zu kommen, und dabei oft sehr illusionäre Vorstellungen haben.

(Beifall bei der AfD)

Diese nehmen den echten Flüchtlingen die Plätze weg und die Infrastrukturen und die menschliche Hilfe, die diese wirklich bräuchten, und erschaffen das zuvor genannte Stau-Problem.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Das ist doch unglaublich, was Sie da erzählen!)

Es ist deshalb überhaupt nicht zu akzeptieren, dass die abgelehnten Asylbewerber nicht sofort abgeschoben werden.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Entsetzlich!)

Außerdem ist nicht zu akzeptieren, dass die Asylverfahren so lange dauern. Auch das ist ein Problem überlasteter Infrastrukturen, in diesem Fall die Kapazität der Entscheider. Dieser Mengendruck sollte erzwingen, dass wir diese für Zweifelsfälle einsetzen und nicht für Fälle, die klar sind. Das gilt insbesondere für Migranten aus Albanien und anderen sicheren Drittstaaten. Warum belasten wir unsere Kapazitäten mit solchen Leuten? Solange das der Fall ist, gibt es auch keine Rechtfertigung für Eingriffe, die an die Substanz gehen. Das Gesetz, das die Bürgerschaft vor 14 Tagen beschlossen hat, ist ein schwerwiegender Eingriff in ein fundamentales Grundrecht unserer Gesellschaft, nämlich in das Eigentumsrecht. Ich habe mich gefragt, ob die Kollegen von Rot und Grün eigentlich wissen, was sie tun, oder ob sie durch den Stress der Migrantenmengen den Überblick verloren haben.

(Beifall bei der AfD)

Mich persönlich hat das an den 10. Mai 2010 erinnert, als Frau Merkel mit einem Federstrich die No-Bailout-Klausel außer Kraft gesetzt hat – wohlgemerkt eine der wichtigsten Bedingungen dafür, dass Deutschland überhaupt den Euro-Beitritt und die Abschaffung der D-Mark akzeptiert hat. Das war illegal und unvernünftig und unter einem subjektiven Druck, unter dem Frau Merkel stand, aber es war falsch, weil es einen fundamentalen Baustein der europäischen Währungspolitik beseitigt hat. Das ist auch hier so.

(Wolfgang Rose SPD: Das ist ja ein doller Vergleich!)

Es war also in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht illegal und unvernünftig, und die Kosten dafür werden wir noch sehr lange tragen müssen. Ich habe mich damals auch gefragt, ob sie weiß, was

(Dr. Jörn Kruse)

sie tut. Heute, nach fünf Jahren, glaube ich, dass sie nicht wusste, was sie tat.

Damit komme ich zum eigentlichen Hauptproblem der gegenwärtigen Zuwanderungsströme. Anders als bei einem verheerenden Erdbeben, vielleicht mit Tsunami, sind die Zuwanderungsströme nicht gänzlich exogen, und sie sind auch nicht irgendwann von selbst vorbei. Quantitativ gesehen ist die Zuwanderung für Deutschland zu einem Teil exogen als Folge insbesondere des syrischen Bürgerkriegs und der barbarischen Verbrechen des radikal-islamistischen IS. Einige sprechen hier von einem Push-Effekt für Europas Außengrenzen. Ein anderer Teil ist endogen als Teil unserer eigenen Politik. Wir erzeugen Anreize für Hunderttausende Menschen aus dem Nahen und Mittleren Osten und aus Afrika, die dann zu uns kommen. Kriminelle Schlepperbanden verstärken diese Anreize durch Lügen über die Bedingungen in Deutschland. Ich würde sagen, wir produzieren aus Mitleid, Naivität und häufig auch aus Dummheit Fehlanreize für diese Menschen, ihre Heimat zu verlassen und sich auf den Weg nach Deutschland zu machen.

(Beifall bei der AfD)

Wir locken sie geradezu an. Der bisherige Höhepunkt dieser Lockrufe war die Einladung der Kanzlerin Angela Merkel an alle Flüchtlinge, zu uns zu kommen, nach dem Motto: Wir schaffen das. Wer ist wir? Etwa die Kanzlerin? Nein, Frau Merkel inszeniert sich als Mutter Teresa, lädt die Probleme bei den Kommunen und auf Dauer insgesamt bei der Bevölkerung ab und isoliert sich in Europa, das ihr angeblich so am Herzen liegt. Nicht nur die Polen und die Ungarn, sondern auch die Engländer und Franzosen fragen sich seit einiger Zeit, ob Frau Merkel weiß, was sie tut.

(Beifall bei der AfD)

Ich persönlich glaube nicht, dass ihr bewusst ist, was sie mit ihrer Politik anrichtet, denn die Probleme kommen erst noch. Viele Zuwanderer sind fremder, als die Menschen hier glauben, und vor allem sind es zu viele von ihnen. Ihre Integration in unsere Gesellschaft oder zumindest – ich will einmal ganz vorsichtig sein – ein friedliches und gedeihliches Zusammenleben mit uns ist schon für kleinere Gruppen eine Riesenaufgabe, die unsere ganze Kraft erfordert. Daran sollten wir alle intensiv mitwirken, damit die Integration derjenigen, die schon bei uns sind, auch gelingt. Aber wir sollten nicht weitere Menschen anlocken.

(Beifall bei der AfD)

Jetzt im Advent werden wir für dieses Jahr die Millionengrenze erreichen. Wann haben wir zwei Millionen? Wann drei? Wann vier?

(Dr. Monika Schaal SPD: Dann steht das Christkind vor der Tür!)

Anders als bei meinem genannten Erdbeben-Beispiel, bei dem die Zahl der Opfer, die umsiedeln will, endlich ist, geht das bei den Zuwanderern nicht. Die Mengen potenzieller Migranten im Nahen und Mittleren Osten und in Afrika gehen in die Zigmillionen und steigen täglich an. Die Zahlen der Zuwanderer überfordern viele Städte und Gemeinden schon jetzt. Die Migranten in diesen Mengen – die Mengen sind das Entscheidende, wie ich am Anfang gesagt habe – werden Deutschland verändern und ich fürchte, nicht zum Positiven. Wir müssen Stopp sagen und das Stück für Stück auch durchsetzen. Ich weiß, dass das nicht einfach ist, aber wir sollten uns der Problematik bewusst sein und damit anfangen, Stopp zu sagen und das durchzusetzen,

(Beifall bei der AfD)

und zwar bevor uns die Probleme überrollen und es zu Gewalt kommt.

Viele Menschen hierzulande sind darüber sehr besorgt und wissen, dass unsere politische Klasse die Probleme nicht im Griff hat. Sie wird sie auch nicht in den Griff bekommen, wenn sie jetzt nicht offen sagt, was die Probleme sind und wie man die Mengen effektiv begrenzen kann. Angela Merkel ist jetzt bei der Zuwanderung so ohnmächtig wie der Zauberlehrling in Goethes Ballade. Aber sie ist mächtig genug, Deutschland nachhaltig zu schaden, weil die CDU sie lässt – Tradition Kanzlerwahlverein.

(Beifall bei der AfD)

Solange die CDU in Hamburg sich nicht klar in Richtung Vernunft und Nachhaltigkeit auf Bundesebene artikuliert, Herr Trepoll, kann ich Ihre Kritik an der Politik dieses Senats nicht wirklich richtig ernst nehmen.

(Jörg Hamann CDU: Er ist wohl geflüchtet vor Ihrer Rede!)

– Ich werde sie ihm schriftlich hinterherschicken. Vielen Dank für den Hinweis.

Und die SPD? Sie regiert in den meisten Bundesländern und in den meisten Städten, und ihre Vertreter machen vor Ort in vielen Fällen den Job, der nötig ist, um die Probleme zu bewältigen, über die wir heute schon den ganzen Tag sprechen. Sie ist quasi kommunal die deutsche Praxispartei und viele der SPD-Praktiker wissen, dass die Zuwanderung so nicht mehr lange weitergehen kann. Sie wissen um die Probleme wohl mehr als die Kanzlerin und ahnen zumindest, dass noch ganz andere Probleme auf sie zukommen werden. Und die SPD-Spitze? Die eiert wieder mal aus Angst vor den Parteilinken und anderem Unsinn herum. Aber ich sage Ihnen, liebe Kollegen von der SPD-Fraktion: Wenn Sie bei diesem existenziellen Problem der Zuwanderung nicht ohne ideologische Scheuklappen praktische Lösungen finden, die die Men-

(Dr. Jörn Kruse)

schen überzeugen und wirklich zu einer Begrenzung führen, dann werden Sie bei der Bundestagswahl noch lange dem schwarzen Kanzlerwahlverloren hinterherlaufen.

(Beifall bei der AfD)

Ich hoffe, Sie sorgen auch auf Bundesebene, wo Sie in der Regierung sind, für lösungsorientierte, nachhaltige Politik in der Zuwanderungsfrage, denn die Probleme werden nicht in Hamburg gelöst. Die Probleme werden in Berlin und in Brüssel gelöst. Und da müssen wir zumindest anfangen, sie zu lösen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Meine Damen und Herren! Wir haben die erste Runde geschafft. Ich habe jetzt für die zweite Runde eine Wortmeldung von Frau Prien von der CDU-Fraktion.

Karin Prien CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte es ganz kurz machen, Herr Kruse, damit Sie wissen, wo die CDU in Hamburg steht: Frau Merkel hat selbstverständlich weder illegal noch unvernünftig gehandelt. Sie wissen selbst, dass es ein Gebot der Nothilfe war, das Selbsteintrittsrecht nach Dublin II auszuüben, als Menschen an der ungarischen Grenze unwürdig behandelt wurden. Deshalb, Herr Professor Kruse, war das richtig, und ich persönlich bin froh, dass die Bundeskanzlerin Deutschland und Europa an dieser Stelle ein humanes Gesicht gegeben hat. Ich kann nur, wie Herr Bosbach heute Morgen, sagen: Ich werfe mich für Frau Merkel in jede Schlacht – und so können Sie das auch von der CDU Hamburg erwarten.

(Beifall bei der CDU – *Dirk Nockemann AfD:* Dann werden Sie untergehen!)

Da Sie immer so akademisch unterwegs sind, würde ich Ihnen bei Gelegenheit einmal gern den Unterschied zwischen Zuwanderungspolitik und Asylpolitik erklären. Selbstverständlich muss Zuwanderungspolitik über ein Einwanderungsgesetz oder über unser jetziges Aufenthaltsrecht gesteuert werden, das übrigens, Frau Suding, nach Auffassung der OECD bereits jetzt das modernste der Welt ist. Insofern ist das Einwanderungsgesetz im Moment nicht so ganz das Entscheidende und würde unsere aktuellen Probleme nicht wirklich lösen – aber das würde ich Ihnen bei Gelegenheit einmal erklären. Im Zusammenhang mit der Begrenzung des Zuzugs von Flüchtlingen und Asylbegehrenden wäre es auch wichtiger, ernsthaft über wirkungsvolle Maßnahmen zu sprechen und nicht Sprüche zu klopfen, wie es in Ihrer Partei gang und gäbe ist.

(*Dr. Bernd Baumann AfD:* Sie haben ja keine!)

Aber das ist aus meiner Sicht eher ein Nebenschauplatz. Herr Bürgermeister, auch wenn Sie das vielleicht nicht gern hören, hätte ich mich heute gern hinter Sie gestellt, weil ich tatsächlich finde, dass wir in dieser Zeit eigentlich einen Schulterschluss suchen müssen und ihn auch finden sollten. Das wäre möglich und geboten, wenn alle in dieser Situation auf ihre Eitelkeiten verzichten würden.

(Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg übernimmt den Vorsitz.)

Aber Eitelkeiten sind, wie uns heute gewahrt wurde, nicht das Problem. Das Problem ist ein Ausmaß an Selbstgefälligkeit und Ignoranz, das seinesgleichen sucht. Sie feiern sich hier in einer Art und Weise, die angesichts der realen Verhältnisse in Hamburg wirklich kaum zu überbieten ist.

(Beifall bei der CDU)

Wenn "Der Tagesspiegel" von gestern schreibt, Bayern könne es, Hamburg eher weniger, dann spiegelt das wohl eher die Realität insbesondere im Zusammenhang mit der Unterbringungsfrage wider. Bevor Sie, Herr Dressel, sich mit dem CSU-Bashing aufhalten, sollten Sie sich vielleicht einmal in Bayern ansehen, wie man operativ Flüchtlinge vernünftig unterbringt. Ich finde, die Bayern machen da einen großartigen Job, und deshalb gibt es überhaupt keinen Grund, sie hier abzuwatschen.

(Beifall bei der CDU)

Sehen wir uns doch einmal an, wie die Realität tatsächlich aussieht. Hamburg hat immer noch über 4 000 Menschen in Zelten untergebracht. Das machen andere Städte deutlich besser. In Berlin sind es nur 1 000, in Bremen 700 und in dem großen Bayern, das in diesem Jahr mehr als 55 000 Flüchtlinge aufgenommen hat, sind genau 1 700 Menschen in Zelten untergebracht – und in Hamburg sind es 4 000. Das ist ein Armutszeugnis.

(Beifall bei der CDU)

Herr Dressel, bevor Sie sich Gedanken über den Zustand der CDU und die Zustimmung zur Politik der Kanzlerin machen, machen Sie sich doch lieber Gedanken über Ihren Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel, den Brummkreisel, der sein Fähnchen jeden Tag anders nach dem Wind hängt. Sie wissen doch selbst nicht, wo Sie in der Flüchtlingsdebatte stehen.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Andreas Dressel SPD:* Ja, aber die CDU weiß genau, wo sie steht!)

Es ist schon eine ziemliche Kargheit, wenn Sie selbstgefällig sagen, Fehler könnten überall passieren. Nein, Fehler können passieren, aber strukturelle Fehler muss man beseitigen. Sie haben

(Karin Prien)

selbst gesagt, die Lage sei seit August eine andere geworden. Spätestens zu diesem Zeitpunkt hätten Sie die strukturellen Defizite Ihrer Flüchtlingspolitik beseitigen müssen, strukturelle Defizite, die sich auf die Frage der Zusammenarbeit zwischen den Behörden beziehen. Es ist richtig, Hamburg hat den Riesenvorteil, zugleich Kommune und Land zu sein. Sie aber schaffen sich Ihre Probleme selbst, indem Sie die Kooperation und die Koordination zwischen den einzelnen zuständigen Behörden bisher nicht hinbekommen haben und auch jetzt nichts dafür tun, um diesen Zustand zu verändern.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben strukturelle Defizite. Und es ist wiederum ziemlich unverschämt, Herr Dressel, Herrn de Maizière anzugreifen. Was ist denn eigentlich mit Ihren eigenen Kapazitäten im Bereich der Erfassung und Registrierung der Flüchtlinge? Wie kommt es eigentlich, dass wir in Hamburg in der öffentlichen Unterbringung über 28 000 Menschen haben, aber gleichzeitig nur gut 12 000 Menschen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen? Ich will Ihnen sagen, wie es dazu kommt: Weil nämlich die Differenz offensichtlich bisher im System nicht erfasst ist. EASY ist nicht Aufgabe des Bundesamts, sondern es ist Ihre Aufgabe, es ist Aufgabe der Innenbehörde, die Menschen zuerst zu registrieren. Das klappt in Hamburg nicht, und das ist der wahre Flaschenhals, den wir in Hamburg zu beklagen haben.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Joachim Körner AfD*)

Wirklich empört hat mich, Herr Bürgermeister, Ihr Zitat des lateinischen Rechtsgrundsatzes *ultra posse nemo obligatur* – man ist moralisch nicht dazu verpflichtet, das zu leisten, was unmöglich ist. Wollen Sie uns wirklich weismachen, dass Verhältnisse, wie wir sie momentan zum Beispiel in der Schnackenburgallee zu beklagen haben, Verhältnisse sind, die Sie nicht ändern könnten?

(Beifall bei der CDU und bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Es wäre Ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit gewesen, heute zu erklären, wie Sie diesen menschenunwürdigen Zustand, der in der Schnackenburgallee herrscht, verändern wollen. Wir haben heute von Ihnen erwartet, dass Sie dazu eine Erklärung abgeben.

(Beifall bei *Dr. Joachim Körner AfD*)

Diese Erklärung sind Sie uns schuldig geblieben. Aber auch das ist nur ein Teil dessen, was Ihre Ignoranz und Ihre Überheblichkeit ausmacht. Schlimm ist, dass Sie die Hilfsbereitschaft der vielen Freiwilligen und Ehrenamtlichen in dieser Stadt mit Füßen treten. Sie treten sie mit Füßen, weil Sie etwa das Flüchtlingsforum, das wir gern gemeinsam mit Ihnen auf den Weg gebracht haben, nicht

dazu bringen, an die Arbeiten zu gehen. Ich dachte, mich trifft der Schlag, als Sie eben erzählten, das Flüchtlingsforum tage zum ersten Mal am 18. Dezember. Das kann doch wohl nicht wahr sein. Was machen Sie denn die ganze Zeit?

(*Sylvia Wowretzko SPD*: Arbeiten! – *Ksenija Bekeris SPD*: Ja, genau, arbeiten!)

– Nein, Sie arbeiten eben nicht.

Sie haben das Geld, Sie haben den Beschluss, fangen Sie doch endlich an zu arbeiten.

(Beifall bei der CDU – Glocke)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg (unterbrechend): Frau Abgeordnete, Sie haben noch 30 Sekunden Redezeit.

Karin Prien CDU (fortfahrend):* Vielen Dank. – Dann lassen Sie mich noch einen Satz zu Ihnen sagen, Herr Tjarks. Sie tragen einen ganz schön hohen moralischen Anspruch vor sich her. Sie müssen aufpassen, dass Sie nicht an Ihren eigenen moralischen Anforderungen scheitern. Wenn Sie so weitermachen und diese Politik des Senats mittragen und Verhältnisse wie etwa in der Schnackenburgallee mit unterstützen, dann versagen Sie moralisch. Darüber sollten Sie nachdenken und schleunigst dafür sorgen, dass sich die Verhältnisse hier ändern.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*: Ich hab mich übrigens gestern mit denen getroffen!)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Prien. – Das Wort hat Frau Bekeris von der SPD-Fraktion.

Ksenija Bekeris SPD:* Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin besorgt – und das habe ich auch aus den Redebeiträgen vieler meiner Vorrednerinnen und Vorredner herausgehört –, aber aus Besorgnis darf keine Resignation und auch keine wilde Schuldzuweisung werden. Mancher zeigt vielleicht aus Besorgnis mit dem Finger auf die anderen, um sich selbst davon freizusprechen, dass er keine andere Lösung findet. Aber das bringt uns nicht weiter. Und Frau Suding, rechtsfreie Räume werden hier nicht geduldet.

(Beifall bei der SPD und bei *Farid Müller GRÜNE*)

Frauen brauchen einen besonderen Schutz. Hierzu wird einiges gemacht und einiges ist noch in Vorbereitung; das muss jetzt intensiv angegangen werden. Aus der gemeinsamen Besorgnis um Menschen, die bei uns Schutz suchen, muss aber auch folgen, dass wir das schaffen, und da wiederum bin ich ganz bei der Kanzlerin, denn drehen wir

(Ksenija Bekeris)

diesen Satz doch einmal ins Negative. Sollen wir etwa sagen, wir schaffen das nicht? Wollen wir denn eine Mauer um Deutschland bauen? Sobald ich diesen Satz ausgesprochen habe, müssten doch alle hier im Plenum sagen: Dieser Vorschlag ist absurd.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Klar, die aktuelle Situation mit täglich Hunderten Flüchtlingen, die nach Hamburg kommen, ist eine große Herausforderung. Aber große Herausforderungen meistert man am besten, wenn man versteht, womit man es zu tun hat. Niemandem ist geholfen, wenn Ängste geschürt, parteipolitische Interessen auf dem Rücken der Geflüchteten ausgetragen oder verschiedene Gruppen gegeneinander ausgespielt werden. Wichtig ist, dass wir die Zuversicht, dass es gelingen kann, nicht verlieren, und das erfordert, dass gerade wir, die wir Verantwortung in der Stadt tragen, alle Anstrengungen unternehmen, damit sich die Lage verbessert.

(Beifall bei der SPD und bei Antje Möller GRÜNE)

Das ist auch als Signal für die freiwillig Engagierten wichtig. Sie sind nämlich nicht die Lückenbüßer für mangelndes staatliches Handeln, wie Sie immer sagen, sondern bringen zusammen mit den Hauptamtlichen wirklich alle Kraft auf, um die Situation zu meistern. Das ist auch gut so.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Der Senat und auch wir in der Bürgerschaft tun alles, um hier Abhilfe zu schaffen. Das kann nur gelingen, wenn alle Ebenen – Hamburg, die Bundesebene und die europäische Ebene – zusammenarbeiten. Das hat der Senat früh erkannt und hat viele kluge Initiativen auf den Weg gebracht.

Ich möchte noch einmal auf drei Initiativen zu sprechen kommen, die in der Debatte untergegangen sind und die man Ihnen gar nicht oft genug in Erinnerung rufen kann. Das ist erstens die Initiative zur Erleichterung beim Baurecht in Bezug auf die Errichtung von Flüchtlingsunterkünften, zweitens die Initiative zur Verteilung der minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge und drittens die Forderung einer strukturellen und nachhaltigen Beteiligung des Bundes an den Kosten für die Flüchtlinge. Die Lösung, die hier am 24. September gefunden wurde, entlastet nämlich nicht nur die Kommunen, sondern schafft auch Anreize für den Bund, die Fluchtursachen zu bekämpfen und eine tragfähige europäische Regelung zur Verteilung der Flüchtlinge zu finden. Das ist doch am Ende der Schlüssel, und das muss auch der Bund mit im Boot sein.

(Beifall bei der SPD)

Auch auf Hamburger Ebene verfolgt die rot-grüne Koalition einen gemeinsamen Plan. Dazu möchte ich Ihnen noch einmal einige Punkte nennen. Die

Hamburgerinnen und Hamburger zeigen durch ihr ehrenamtliches Engagement, dass wir eine weltoffene und solidarische Stadt sind. Dieses Engagement entlastet die staatlichen Stellen – Behörden und Politik – nicht aus der Verantwortung, aber es entlastet sie natürlich ungemein. Darum war von Beginn an unser Schwerpunkt, dieses Engagement zu stärken – Sie kennen dazu unsere Anträge aus dem Plenum zum Forum Flüchtlingshilfe – und die Bezirke monetär zu unterstützen.

Noch einmal zum Forum Flüchtlingshilfe. Ich weiß nicht, ob Sie verstanden haben, was wirklich dahinterstecken soll. Am 18. Dezember wird es ein Auftakttreffen geben.

(Karin Prien CDU: Super!)

Bei diesem Treffen werden sich die verschiedenen Initiativen vorstellen und verbindlich arbeitende Arbeitsgruppen bilden können. Wir wollen nämlich mit diesem Forum Flüchtlingshilfe diskutieren, koordinieren, aber auch Dinge weiterentwickeln, und das muss sorgfältig gemeinsam mit den Akteurinnen und Akteuren vorbereitet werden. Diese Arbeit läuft schon, und das ist eine zügige Umsetzung von parlamentarischen Initiativen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben unsere Kapazitäten der öffentlichen Unterbringung immer anhand der verfügbaren Prognosen des BAMF ausgebaut, und diese Prognosen sind im Monatstakt gestiegen. Wir haben immer unterteilt in kurzfristige Sofortlösungen, damit niemand in der Stadt obdachlos sein muss, in mittelfristige Lösungen für Flächen oder Gebäude, die eine begrenzte Zeit lang genutzt werden können, und auch langfristige Lösungen haben wir mit bedacht und sind wir angegangen. In der Folgeunterbringung werden bis Ende des Jahres Tausende Plätze zusätzlich geschaffen worden sein, und Ende nächsten Jahres sollen die 5 600 Wohnungen bezugsfertig sein und 5 000 weitere Plätze in der Folgeunterbringung geschaffen werden – und das ist für die Stadt ein richtiger Kraftakt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Auch die Wohnungslosen in Hamburg sind immer Teil unserer Planungen gewesen. Ich möchte noch einmal das Winternotprogramm hervorheben und auch die zusätzlichen Übernachtungsplätze, die wir hier gemeinsam beschlossen haben. Auch das muss man in dieser Lage mit bedenken.

Man muss aber auch sagen, dass zu den Sofortmaßnahmen die Zelte gehören. Ich habe schon oft gesagt, dass wir die Zelte nicht gewollt haben und auch jetzt nicht wollen. Sie waren und sind eine Notlösung, weil die große Zahl an zeitgleich zu uns kommenden geflüchteten Menschen uns kaum Spielraum gelassen hat, um bessere Lösungen zu finden. Bevor Missverständnisse auftreten: Zeltunterbringung ist nie gut. Ich habe großes Verständ-

(Ksenija Bekeris)

nis für Flüchtlinge, die darauf aufmerksam machen, und das muss auch schnellstmöglich geändert werden. Es wird mit Hochdruck daran gearbeitet. Herr Sprandel hat eine große Aufgabe auf dem Tisch und er geht sie auch an.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben die Beratungsstruktur für Flüchtlinge zum Beispiel dadurch verbessert, dass die ÖRA auch in die Erstaufnahmeeinrichtung geht, und wir haben mit dem W.I.R-Projekt schnellere Hilfestellung vor Ort in den Erstaufnahmeeinrichtungen ermöglicht, damit Flüchtlinge Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen. Es gilt nämlich anzuerkennen, dass viele Menschen hier bleiben werden und wir sie integrieren wollen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben die Abstimmungsprozesse zwischen den verschiedenen Behörden immer wieder angepasst – erst jetzt wieder mit der Schaffung der Zentralen Koordinierungsstelle. Liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, ich kenne den Reflex, nun zu rufen: Das war aber unsere Idee. Dazu möchte ich Ihnen zwei Dinge sagen: Erstens ist es mir einigermaßen egal, wessen Idee im Moment hilft, um die Lage der Menschen zu verbessern.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN und der FDP)

Der Senat hat es aber in diesem Zusammenhang getan und er hat es gut getan.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens bleibt festzustellen: Wir haben bisher keine Turnhallen genutzt, die dem Schulsport zur Verfügung stehen. So schlecht, wie Sie das alles darstellen, sind wir nämlich nicht, im Gegenteil, gemessen an der Arbeit, die geleistet werden muss, schafft Hamburg das ziemlich gut.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es kommt kein anonymen Flüchtlingsstrom zu uns. Es kommen Menschen, die vor Tod, Gewalt und schlimmsten Qualen geflüchtet sind, und ich möchte noch einmal den Appell an Sie loswerden: Lassen Sie uns ihnen helfen. Wir können das.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Bekeris. – Nun hat Frau Möller von der GRÜNEN Fraktion das Wort.

Antje Möller GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Seit mehr als drei Stunden reden wir über Flüchtlingspolitik und haben noch nicht annähernd das gestreift, was das ganze Ausmaß der flüchtlingspolitischen Aufgabe in Europa oder weltweit angeht. Wir haben zum Beispiel noch

nicht über die Türkei gesprochen, weil Außenpolitik nicht unser Thema ist – dies nur als kleiner Hinweis. Wir können dieses Thema in der Bürgerschaft ruhig und gut und gern in einem groß gespannten Bogen besprechen. Von daher gab es heute einen guten Aufschlag durch die Regierungserklärung, durch die auch etwas abgehobeneren Reden der Fraktionsvorsitzenden – etwas abgehoben, Herr Dressel. Ein großer Bogen in durchaus positivem Sinne, ohne allerdings über Außenpolitik zu reden. Dabei wissen doch alle, was gemeint ist, und sicherlich haben viele von Ihnen auch die Lage der Länder des Arabischen Frühlings im Hinterkopf. Und dann landen wir immer wieder auf dieser Ebene, auch in den Ausschüssen, wo es heißt, es würde nicht einmal versucht, etwas zu ändern, es würden Dinge mit Füßen getreten und so weiter. Wir müssen aber auch einmal einen Schritt weiterkommen.

Für alle, die es sehen wollen, wird doch sichtbar, dass das, was zu langsam angelaufen ist, was nicht geklappt hat, was sich an Unstimmigkeiten in der Öffentlichkeit, innerhalb der Behörden, im Zusammenspiel auf verschiedenen Ebenen gezeigt hat, doch in den vergangenen Wochen und Tagen und manchmal sogar innerhalb von Stunden immer wieder korrigiert und nachgesteuert wurde und wird – einerseits durch öffentliche Kritik, durch Ihre, durch unsere Kritik, durch Selbsterkenntnis, wie auch immer. Es gibt eine klare Entwicklung hin zu weniger Fehlern, zu systematischerer, sortierterer Arbeit in der Flüchtlingsaufnahme und -betreuung und vor allem zu einer verlässlichen Verständigung, Information, Zusammenarbeit und Einbeziehung all der vielen Ehrenamtlichen und Freiwilligen. Das, finde ich, könnten Sie wenigstens ein bisschen zur Kenntnis nehmen und dementsprechend hier auch einmal erwähnen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Das ist nur so ein kleiner Wunsch. Das andere ist natürlich, dass wir zu Recht immer wieder darüber reden, was eigentlich auf Bundesebene passiert, und man gern auch Ländervergleiche macht. Frau Prien, Sie haben über den "Tagesspiegel" berichtet, Sie singen Lobesworte auf Bayern, das vieles vor allem mit Unterstützung der Bundespolizei schafft. Aber Sie reden doch lieber nicht über Berlin, glaube ich, denn selbst wenn Berlin weniger Zelte hat, hat es auf jeden Fall eine Unzahl von Zelten in öffentlichen Parks für Menschen, die überhaupt nicht mehr wissen, wo sie unterkommen sollen. Auch das ist eine Situation, die wir hier vermeiden wollen und zum Glück auch bisher nicht haben. In Einzelfällen gibt es das hier auch, das ist schon richtig, aber nicht in den Dimensionen wie in Berlin.

Die Vergleiche mit den anderen Bundesländern helfen uns im Detail nicht. Wir können von den besseren Strukturen lernen, wir können unsere Ar-

(Antje Möller)

beitsmarktprogramme, die für die Zugewanderten und Flüchtlinge aufgelegt werden, vergleichen, und wir können auch den Standard vergleichen. Und doch ist es in jedem Bundesland anders. Auch das sollte man akzeptieren und nicht immer damit kommen, überall passiere etwas, nur in Hamburg nicht. Es stimmt schlicht und einfach nicht.

Wir sollten uns aber gemeinsam um das kümmern, was auf Bundesebene passiert. Wir sollten uns da überhaupt nichts vormachen – und auch das führt sicherlich wieder zu einem größeren politischen Streit –, denn es ist aus meiner Sicht völlig klar, dass weder Repression noch Verschärfung des Asylrechts und ähnliche Impulse den Hebel umlegen können. Auch Transit- oder Wartezonen werden überhaupt nichts daran ändern, dass Menschen weiterhin zu uns kommen. Was wir brauchen, ist die Beschleunigung von Verfahren und dann das schnelle Angebot an Bildung, Qualifizierung und Arbeitsmöglichkeiten, an Aufnahme in diese Gesellschaft. Dafür tun viele Bundesländer viel, dafür tut auch Hamburg viel, und daran werden wir auch weiterarbeiten.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Möller. – Das Wort hat Frau Schneider von der Fraktion DIE LINKE.

Christiane Schneider DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe mich gemeldet, weil ich auf einen Punkt zu sprechen kommen möchte, der für uns LINKE sehr wichtig ist. Offensichtlich gibt es bei allen Differenzen in diesem Haus eine große Übereinstimmung darin, dass ein zentrales Mittel der Krisenbewältigung die Einteilung der Flüchtlinge in gute und schlechte ist. Wir tragen diesen Kurs nicht mit.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir appellieren an den Senat und die ihn tragenden Fraktionen, der Asylrechtsverschärfung am Freitag im Bundesrat nicht zuzustimmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Es gibt keine Möglichkeit, die Fluchtbewegung von Millionen Menschen zu blockieren, solange sich an den Fluchtursachen nichts ändert. Abschreckung, Abschottung, Zäune, Repression, Schikane verstärken das Leid der Flüchtlinge, erhöhen die Gefahr und treiben die Zahl der Toten in die Höhe – und diese Zahl ist schon unerträglich hoch –, ändern aber nichts daran, dass Menschen immer und immer wieder versuchen, Krieg, Verfolgung und Elend zu entkommen, und in anderen Ländern Schutz suchen. Deshalb darf das Asylrecht nicht weiter eingeschränkt und verschärft werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Man redet so neutral und unverfänglich vom Westbalkan. Auch Sie, Herr Bürgermeister, der Sie jetzt hinausgegangen sind, weil Sie das natürlich nicht gern hören wollen, haben das getan. Die Festlegung der Westbalkanstaaten als sichere Herkunftsländer richtet sich – jeder weiß es – im Wesentlichen gegen die Minderheit der Roma. Mit dieser Festlegung von sicheren Herkunftsstaaten verlieren die Roma das Recht darauf, dass ihr Schutzersuchen, ihr Antrag auf Asyl, individuell geprüft wird.

(*Milan Pein SPD:* Stimmt doch nicht!)

Ein individuelles Recht – und das Asylrecht ist ein individuelles Recht – wird für Roma per Dekret abgeschafft.

(*Milan Pein SPD:* Das stimmt doch nicht!)

Ausweitung der sicheren Herkunftsländer ist nicht, wie Sie, Frau Möller, gesagt haben, schlechte Symbolpolitik. Sie ist schlecht, ja, aber sie ist keine Symbolpolitik. Sie ist real und hat real schlechte Auswirkungen. Diese Regelung verweigert den Roma faktisch das Recht, die Gründe, warum sie einen Schutzstatus beantragen, überhaupt angemessen darzulegen. Ihnen wird schon die Möglichkeit geraubt, einen solchen Status zu erhalten. Diese Festlegung macht es für Roma, für diese einzige europäische Minderheit, absolut unmöglich, den Zyklus von Antiziganismus, Diskriminierung, Entrechtung und Marginalisierung zu durchbrechen. Sie macht es überall unmöglich, auch hier. Deshalb soll der Senat der Asylrechtsverschärfung im Bundesrat nicht zustimmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Er soll auch deshalb nicht zustimmen: Es ist vorgesehen, für bestimmte Gruppen von Flüchtlingen die Sozialleistungen auf das physische Existenzminimum zu reduzieren. Aus migrationspolitischen Erwägungen soll die Absenkung von Leistungen unter das Niveau des menschenwürdigen Existenzminimums gedrückt werden. Das hatte das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom Juli 2012 ausdrücklich ausgeschlossen – ich zitiere –:

"Die in Art. 1 Abs. 1 GG garantierte Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht zu relativieren."

– Zitatende.

(Beifall bei der LINKEN)

Und Sie wollen einer solchen Relativierung der Menschenwürde wirklich Ihre Zustimmung geben? Sagen Sie Nein.

Es gibt weitere Gründe für eine Ablehnung. Ich nenne nur noch einen: die Verpflichtung, sechs Monate in Erstaufnahmeeinrichtungen zu verbringen. Flüchtlinge aus den Westbalkanländern, also vor allem die Roma, und aus anderen als sicher festgelegten Herkunftsländern sollen Erstaufnahmeeinrichtungen, die zu Ausreisezentren werden,

(Christiane Schneider)

gar nicht mehr verlassen dürfen. Die Verlängerung der Lagerpflicht ist so was von kontraproduktiv. Nötig wäre eine Begrenzung der Lagerpflicht auf maximal drei Monate, damit Flüchtlinge zum Beispiel unproblematisch in WGs und Privatwohnungen ziehen können, was sie heute nicht können.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir LINKE wissen und wollen, dass umgehend Maßnahmen ergriffen werden müssen, um schnell Erleichterungen zu schaffen, um die Herausforderungen zu meistern – das hat meine Kollegin, Can-su Özdemir, schon für uns ausgeführt.

Aber das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz geht in weiten Teilen in die völlig falsche Richtung und wird am Ende nicht einmal etwas ändern, denn wie gesagt, solange die Fluchtursachen bestehen, werden die Menschen fliehen und auch hierher kommen. Sie nehmen den Tod in der Wüste oder im Mittelmeer in Kauf, sie nehmen endlos beschwerliche Landwege in Kauf – warum sollten sie sich von Zäunen in Europa oder von Schikanen und Entwürdigungen abhalten lassen? Wir wollen deshalb Maßnahmen, die die Fluchtursachen angehen, zum Beispiel – ich nenne nur einen Punkt – das Verbot von Waffenexporten. Stopp der Waffenexporte über den Hamburger Hafen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir wollen legale Fluchtwege, um das furchtbare Sterben auf den gefährlichen Fluchtrouten zu beenden. Wir wollen Maßnahmen im Sinne einer offenen Asylpolitik und im Sinne einer Politik, die die Integration der Schutzsuchenden von Anfang an ins Auge fasst. Dazu werden wir auch weiterhin unsere Forderungen und Vorschläge unterbreiten. Dabei wissen wir uns einig mit vielen Menschen in Hamburg, und zwar mit deutlich mehr Menschen als denen, die uns gewählt haben. Das sollte vor allem Ihnen von den GRÜNEN zu denken geben.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie geben mit der Zustimmung vieles auf, für das Sie lange gestanden haben, und darüber, das kann ich Ihnen ehrlich sagen, bin ich nicht froh. Ich wiederhole also den Appell: Verweigern Sie dem Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz die Zustimmung. Und wenn Sie nicht Nein sagen wollen, dann enthalten Sie sich wenigstens der Stimme. Stimmen Sie der Verschärfung nicht zu. Wenn Sie trotz allem entschlossen sind, der Verschärfung zuzustimmen, weil Sie die Verbesserungen für die andere Gruppe von Schutzsuchenden – und ich will nicht bestreiten, dass es Verbesserungen gibt – höher bewerten, dann erklären Sie wenigstens verbindlich, dass Hamburg Verschlechterungen zulasten von Flüchtlingen, die als Kann-Bestimmungen formuliert sind, nicht umsetzen wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Dazu gehören die Abspeisung mit Sachleistungen und der vollständige und dauerhafte Entzug jeglichen Bargelds, des sogenannten Taschengelds für den persönlichen und soziokulturellen Bedarf von Flüchtlingen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Schneider. – Das Wort hat Frau Dutschke von der FDP-Fraktion.

Jennyfer Dutschke FDP:* Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wie wir heute wieder gehört haben, improvisiert der Senat noch immer tagesaktuell bei der Flüchtlingspolitik. Wie soll der Flüchtlingskoordinator, den Sie eingesetzt haben, klare Strukturen schaffen, wenn er selbst in den Auseinandersetzungen zwischen Sozial- und Innenbehörde Teil des Problems ist? Wie soll das gehen, wenn seine am weitesten gehende Entscheidungskompetenz darin besteht, anzuordnen, in welcher Gewerbehalle ankommende Flüchtlinge ab einer Größenordnung von 600 Personen plus untergebracht werden? Hamburg braucht endlich Nachhaltigkeit in der Unterbringung. Auf Basis verschiedener Szenarien muss endlich abgebildet werden, wann wo welche Standorte in Betrieb genommen werden. Wenigstens so viel Planung fordert die Opposition hier seit Monaten ein – zu Recht.

(Beifall bei der FDP und bei *Jörg Hamann CDU*)

Hamburg bekommt die Flüchtlingskrise nur in den Griff, wenn Sie, Herr Bürgermeister, nicht länger auf Sicht fahren, sondern vorausschauend planen. Ihr lapidares Weiter so! ist einfach nicht genug.

(Beifall bei der FDP und bei *Jörg Hamann CDU*)

Hamburg braucht endlich vernünftige Transparenz, Beteiligung und rechtzeitige Kommunikation, wenn es um die Unterbringung von Flüchtlingen geht. Aber es fehlt vor allem an der Ehrlichkeit gegenüber den Menschen in unserer Stadt. Es fehlt an Verlässlichkeit auf Senatsseite. Sie verspielen fahrlässig das Vertrauen der Bürger in unseren Rechtsstaat.

(Beifall bei der FDP und bei *Jörg Hamann CDU, Detlef Ehlebracht und Dr. Joachim Körner, beide AfD*)

Ihr Gesetz zur Zwangseinquartierung von Flüchtlingen in Privatimmobilien ist ein politisch fatales Signal. Was unternehmen Sie, wenn nächstes Jahr noch einmal über 30 000 Menschen in Hamburg ankommen? Was beschlagnahmen Sie dann? Kleingartenvereine und Wohnwagen? Kommt ein Massenquartier auf das Heiligengeistfeld? Greift Hamburg dann auch nach Wohnungen und kündigt

(Jennyfer Dutschke)

Mieter der SAGA GWG aufgrund von Eigenbedarf? In Zeiten, in denen andere Gemeinden Mieter städtischer Immobilien rauskündigen, um Flüchtlinge unterzubringen, fahren Sie eine als Drohgebärde getarnte Enteignungsmaßnahme auf.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Joachim Körner AfD*)

Wie wollen Sie die Situation bei absehbar anhaltender hoher Zuwanderung in den Griff bekommen? Da entschuldigen Sie Ihre Planlosigkeit in Richtung Bundesregierung, denn von nachhaltigen Unterbringungskonzepten ist hier heute kein Wort erwähnt worden.

(Beifall bei der FDP)

Wie wollen Sie denn mit den zunehmenden Gewalttaten umgehen, wie wollen Sie sie unterbinden? Es wundert niemanden mehr, dass es in Anbetracht der Lebensumstände zu Massenschlägereien in Erstaufnahme- und Notunterkünften kommt. Natürlich missbilligen wir diese Ausschreitungen, aber letzten Endes sind sie den Strukturen geschuldet, in denen Sie die Flüchtlinge allein lassen.

(Beifall bei der FDP und bei *Martin Dolzer DIE LINKE – Wolfgang Rose SPD*: Was für ein Unsinn!)

Ein Konzept, wie Sie Frauen und Kinder vor Gewalt in Unterkünften schützen wollen, gibt es nicht. Einen Plan, wie Sie die Menschen aus den Zelten in feste Unterkünfte bringen wollen, haben Sie nicht. Stattdessen verdichten Sie immer stärker an bestehenden Standorten, schüren damit immer mehr Konfliktpotenzial, und Ihr Lösungsvorschlag sind dann, wie ich heute der Zeitung entnehmen konnte, Polizeicontainer mit je zwei Beamten vor einer Unterkunft mit 3 000 Bewohnern. Meinen Sie das ernst? Ein Sicherheitskonzept und realistische Betreuungsschlüssel müssen endlich auf den Tisch angesichts der Krisenherde, die Sie in unserer Stadt aufbauen.

(Beifall bei der FDP und bei *Jörg Hamann CDU*)

Hamburg ist ganz vorn, wenn es um die Übererfüllung der Aufnahmequote nach Königsteiner Schlüssel geht. Aber wenn es um die Rückführung abgelehnter Asylbewerber und vollziehbar Ausreisepflichtiger geht, handeln Sie nicht. Hier entzieht sich Hamburg seiner Verantwortung, und hier muss der Bürgermeister endlich eine konsequente Politik an den Tag legen und nicht bloß Sonntagsreden halten, denn die blanken Zahlen belegen genau das Gegenteil dessen, was hier heute vorgetragen wurde.

(Beifall bei der FDP und bei *Dr. Alexander Wolf AfD*)

Auch an anderer Stelle denken Sie nicht weit genug. Hamburg braucht ein umfassendes Integrationskonzept, das diesem Namen auch gerecht wird. Bildung, Qualifikation und die Vermittlung in Arbeit sind Schlüsselemente erfolgreicher Integration, da stimmen wir Ihnen vollkommen zu, und ein selbstbestimmtes, finanziell unabhängiges Leben ist das Ziel für jeden Einzelnen. Aber der alleinige Fokus auf den Berufseinstieg oder die Beschulung von Flüchtlingskindern in Zentralen Erstaufnahmen reicht nicht aus. Zur Integration gehört auch die verbindliche Vermittlung der Werte, Rechte und Pflichten in unserem Land. Wie Sie das durchsetzen wollen, dazu haben Sie hier heute nichts gesagt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der AfD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Dutschke. – Das Wort hat Herr Nockemann von der AfD-Fraktion.

Meine Damen und Herren! Wenn Sie nicht zuhören wollen oder reden wollen, gehen Sie bitte hinaus. – Herr Nockemann bitte.

Dirk Nockemann AfD:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Prien, Sie haben vorhin auf die Äußerungen meines Fraktionsvorsitzenden, Frau Merkel habe ohne Rechtsgrundlage gehandelt, gesagt, das stimme nicht, sondern Frau Merkel sei geradezu zum Handeln verpflichtet gewesen.

(Zuruf von *Karin Prien CDU*)

Wie erklären Sie sich dann die heutige Aussage des Passauer Strafrechtlers Holm Putzke, der gesagt hat, wer die Einreise fordere ohne Pass und ohne Visum, könne sich strafbar machen, und das treffe auch auf Frau Merkel zu? Das sollten Sie sich vielleicht einmal durchlesen. Es ist nur peinlich, wie sich CDU und SPD immer wieder die Bälle und die Verantwortlichkeiten zuspielen, das BAMF habe nicht genug Einzelentscheider, die Stadt schiebe nicht schnell genug ab. Die Bürger erwarten Lösungen von Ihnen

(*Karin Prien CDU*: Ja, dafür sind Sie genau die Richtigen!)

und nicht, dass Sie sich gegenseitig die Verantwortlichkeit zuschieben. Innerhalb weniger Wochen hat Frau Merkel quasi im Alleingang ohne Parlamentsbeteiligung und unter Außerachtlassung aller rechtlichen Vorgaben Deutschland in ein riesiges Flüchtlingslager verwandelt. In den letzten fünf Wochen sind über 350 000 Flüchtlinge nach Deutschland gekommen. In Hamburg gibt es seit Januar 35 000 Flüchtlinge. Die Grenzen der Aufnahmefähigkeit sind mittlerweile erschöpft, kein Tag vergeht ohne neue Flüchtlingsrekorde. Im Winter frieren in dieser stolzen Hansestadt Ham-

(Dirk Nockemann)

burg über 4 000 Menschen in Zelten. Ich habe vor drei, vier Wochen darauf hingewiesen, wenigstens die jungen Männer in beheizbaren Zelten unterzubringen. Ich bin damals als Rechtspopulist verschrien worden, und heute sitzen die Leute in Zelten, die nicht beheizt sind. Ich habe vor einigen Wochen darauf hingewiesen, doch wieder die Flüchtlingsschiffe nach Hamburg zu holen, wie wir sie vor 20 Jahren hatten. Oh nein, das ist alles menschenunwürdig. Da lassen wir doch lieber die Flüchtlinge im Winter frieren. Das ist Ihre Menschlichkeit, die Sie walten lassen.

Bis auf einen Flüchtlingsbeauftragten und ein Enteignungsgesetz ist hier in Hamburg wenig Gutes gekommen, und beim Enteignungsgesetz arbeiten Sie auch noch mit Tricksen und Täuschen, denn Sie verhehlen, dass auch Enteignung von Wohnraum zulässig ist. Der Hamburger Grundeigentümer-Verband hat kürzlich auch gesagt, spätestens im Jahr 2016 werde es die ersten Beschlagnahmungen von Wohnraum in Hamburg geben.

Herr Bürgermeister, Sie haben heute eine Regierungserklärung gehalten. Sie wollen also Ihre Politik erläutern; an der Zeit ist es ja gewesen. Ich vermisste aber in Ihrer Regierungserklärung, dass Sie auch nur mit einem einzigen Wort auf die Nöte und Sorgen der Bürger in Hamburg eingegangen sind.

(Beifall bei der AfD)

Sie haben kein einziges Mal den Bürgern dieser Stadt gesagt, was auf sie zukommt, und ein Vorgesmack sind die über 80 großen Schlägereien, die wir in Hamburg seit Jahresanfang hatten, allein seit September über 40. Das ergibt sich aus einer Anfrage der CDU. Herr Trepoll wies vorhin darauf hin, der Bund handle längst entschlossen, die Stadt aber nicht. In der Tat handelt Frau Merkel entschlossen, nämlich entschlossen darauf hin, dass es keine Obergrenzen im Bereich Asyl gibt, und damit setzt sie weitere Flüchtlingsströme in Gang. Herr Trepoll sagte vorhin auch, es gebe genug rechtliche Regelungen zur Abschiebung. Klar gibt es die, aber das passiert nicht. Und ich muss Herrn Trepoll entgegenhalten, dass es auch das Dubliner Abkommen gibt, und das wird von der CDU nicht eingehalten. Dann wies Herr Trepoll vorhin darauf hin, dass der Strom endlich begrenzt werden müsse und man einmal Transitzone prüfen müsse. Ich bin für eine Transitzone für Frau Merkel aus dem Kanzleramt, dann haben wir auch bald in Deutschland das Flüchtlingsproblem nicht mehr.

(Beifall bei der AfD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Hamburger SPD befürchtet natürlich, mit hinuntergezogen zu werden. Das ist auch kein Wunder, gerade heute habe ich gehört, dass der Magdeburger Oberbürgermeister aus der SPD ausgetreten ist aus Protest gegen die Asylpolitik seiner eigenen

Partei. Das lässt tief blicken. Jetzt laufen Ihnen schon Ihre eigenen Parteisoldaten weg.

(Beifall bei der AfD)

Herr Bürgermeister, ich vermisste ein Wort an die vielen Bürgerinitiativen dieser Stadt,

(Inge Hannemann DIE LINKE: Ich vermisste, dass Sie still sind!)

die sich aus Sorge darum, dass sie bei Ihnen kein Gehör finden, an Sie gewendet haben und keine Antwort erhalten. Ich vermisste, dass Sie etwas über Verfahrensbeschleunigung gesagt haben. Ich vermisste, dass Sie gesagt haben, Hamburg brauche im Moment eine Atempause, denn nur durch eine Atempause kann man hier vernünftige und verlässliche Unterbringungsstrukturen schaffen. Dann verweisen Sie darauf, wir müssten europaweite Verteilungsregelungen haben. Auch da gilt es wieder, den anderen Europäern den deutschen Willen aufzuzwingen, und das ist etwas, was wir satt haben. Jeder europäische Staat sollte frei sein, selbst zu entscheiden, inwieweit er Asylbewerber aufnimmt.

(Beifall bei der AfD)

Natürlich ist es so, dass jeder Flüchtling das Recht hat, angehört zu werden. Aber auch unsere eigene Bevölkerung hat das Recht darauf, dass man ihre Interessen wahrnimmt und dass man insbesondere den Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gewährleistet, und dazu gehört natürlich auch, dass man den Schutz der Sicherheit der eigenen Bevölkerung gewährleistet. Da vermisste ich in der Tat, dass Sie sich damit auseinandersetzen, dass wir in Hamburg viel zu wenig Polizei haben. Wenn ich sehe, dass in Neugraben mehrere Tausend Flüchtlinge untergebracht werden und Sie da ganze zwei Polizeifahrzeuge zur Verfügung stellen, dann ist das einfach eine Verhöhnung der Bürger aus Neugraben.

(Beifall bei der AfD)

Ich vermisste bei Ihnen die Auseinandersetzung damit, dass sich die kulturelle Statik in Deutschland verändert. Mit keinem Wort sind Sie darauf eingegangen, mit keinem Wort berücksichtigen Sie die Sorgen und Nöte der hiesigen Bürger. Ich vermisste weiterhin den Hinweis darauf, dass Asylbewerber und Flüchtlinge auch unsere Werte zu achten haben, und vor allem vermisste ich den Hinweis darauf, wie Sie gedenken, dieses auch durchzusetzen. Ich vermisste in Ihren Ausführungen den Hinweis darauf, wie Sie Parallelgesellschaften in dieser Stadt verhindern wollen. Ich vermisste die klare Aussage, wer gewalttätig wird, der wird zurückgeschickt. Welchen Grund sollten Asylbewerber, die sehen, dass ihr teilweise strafrechtlich relevantes Verhalten überhaupt keinen Einfluss auf das Asylverfahren hat, denn haben, sich vernünftig und strafrechtskonform zu verhalten?

(Dirk Nockemann)

(Beifall bei der AfD – *Cansu Özdemir DIE LINKE*: Lassen Sie es sein, es hört keiner mehr zu!)

Ich vermisste in Ihren Ausführungen die Aussage, dass wir wieder einen starken Staat brauchen. Natürlich brauchen wir, wenn wir diese Flüchtlingskrise bewältigen wollen, einen starken Staat, dann brauchen wir mehr Fachpersonal, dann brauchen wir mehr Beamte, und dann dürfen wir eben nicht mehr weitermachen mit der Einsparung von Personal mit sogenannten Vollzeitäquivalenten. Ich vermisste den Hinweis darauf, dass ein vernünftiges Asylverfahren eben doch Obergrenzen erfordert. Ansonsten ist die Integrationsfähigkeit nicht gegeben, und ansonsten ist auch die Durchführung von vernünftigen Asylverfahren nicht gegeben. Ich vermisste, dass Sie sich mit der These auseinandersetzen, Deutschland müsse sich ändern. Warum muss Deutschland sich ändern, wenn Frau Merkel kapitale Fehler macht?

(Beifall bei der AfD)

Wegen des völligen Realitätsverlusts und der Flucht aus der Verantwortung von Frau Merkel titelt die Haus- und Hofpresse, die Springer-Presse, heute:

"Regierungsabwahl"

und "Die Welt" schreibt:

"Achselzuckend ins politische Koma"

mit Frau Merkel.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer die Grenzen in Deutschland nicht schützt, der riskiert, dass ihm der Wähler nachher selbst Grenzen aufzeigt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Nockemann. – Meine Damen und Herren! Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor – oder doch. Jetzt müssten Sie sich einigen, entweder Herr Dr. Baumann oder Herr Dr. Flocken. Redezeit gibt es noch. – Herr Dr. Baumann von der AfD-Fraktion, bitte schön.

Meine Damen und Herren! Nur Herr Dr. Baumann hat das Wort und niemand sonst. Wenn Sie sich unterhalten wollen, gehen Sie bitte hinaus. Vielen Dank. – Herr Dr. Baumann bitte.

Dr. Bernd Baumann AfD:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Moment ist es sehr laut. Das Thema ist wichtig und mitreißend, aber es verdient auch unsere Aufmerksamkeit.

(*Cansu Özdemir DIE LINKE*: Sie aber nicht!)

– Doch, es verdient die Aufmerksamkeit von jedem, auch von der LINKEN, von allen Abgeordne-

ten. Das habe ich nämlich gehört. Das ist sehr unkollegial und auch sehr undemokratisch, wenn ich das sagen darf.

(*Cansu Özdemir DIE LINKE*: Sie sind undemokratisch!)

Lassen Sie uns nach den ganzen Diskussionen und Auseinandersetzungen kurz noch einmal einen Schritt zurückmachen und das Ganze in den Blick nehmen. Wir haben so viel über die Details diskutiert. Wir stehen vor Weichenstellungen wirklich historischen Ausmaßes, die unser Land im Kern verändern können, weil Prozesse begonnen haben, die noch länger dauern und die wir frühzeitig erkennen müssen. Allein im September sind laut Bayerns Innenministerium über 270 000 Menschen in einem Monat gekommen. Von Tag zu Tag wird es wahrscheinlicher, dass entgegen den vorherigen Prognosen eher 1,5 Millionen in diesem Jahr zu uns kommen.

(Glocke)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg (unterbrechend): Einen Moment bitte, Herr Abgeordneter. – Meine Damen und Herren! Wenn Sie sich unterhalten wollen, gehen Sie bitte hinaus. Das Wort hat nur Herr Dr. Baumann und sonst niemand. – Bitte schön.

Dr. Bernd Baumann AfD (fortfahrend):* Auch der Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern, Lorenz Caffier, rechnet mit mindestens 1,2 bis 1,5 Millionen Flüchtlingen dieses Jahr, also weit jenseits von allem, was wir bisher erwartet haben. Das ist eine Steigerung seit 2008, in nur sieben Jahren, um das 40- bis 50-Fache. Wir sehen hier explodierende Prozesse, exponentielles Wachstum. Irgendetwas ist völlig aus dem Ruder gelaufen und dem war die Diskussion heute nicht angemessen, wenn das jemand von außen beobachten und einmal nachhaltig beurteilen würde. Für die nächsten Jahre erwartet die Politik keine Besserung. Die EU prognostiziert offiziell für die nächsten drei Jahre weitere fünf Millionen Flüchtlinge, die nach Europa kommen sollen. Aus der ursprünglichen Hilfe für Bürgerkriegsflüchtlinge ist längst – das müssen wir zur Kenntnis nehmen – eine Massenbewegung aus vielen Ländern geworden, nicht nur aus Syrien. Es kommen auch Afghanen, Iraker, Albaner, Pakistaner, Eritreer zu uns. Der Wirtschaftsnobelpreis ist neulich, Sie werden es gesehen haben, an Angus Deaton vergeben worden, einen der führenden Flüchtlingsexperten der Welt – das passiert nicht zufällig in diesen Zeiten. Er sagt ganz klar, dass der Zustrom von Flüchtlingen nach Europa das Ergebnis von Ungleichheiten sei, die über Jahrhunderte entstanden seien. Alle, die sich als Experten oder Forscher damit befassen, gehen schon lange davon aus, dass es nicht mehr nur um Bürgerkrieg und kurzfristige

(Dr. Bernd Baumann)

aktuelle Krisen geht, sondern dass wir vor langfristigen Veränderungen und Prozessen stehen, die wir managen müssen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Dem entspricht auch, dass die Gesamtschutzquote, die wir bei den Flüchtlingen erreichen, bei 37 Prozent liegt. Das heißt, deutlich über 60 Prozent derjenigen, die zu uns kommen, genießen keinen Flüchtlingsschutz. Das deckt sich völlig mit dem, was Leute wie Professor Deaton analysiert haben und uns vorgeben. Das knüpft an einen anderen berühmten Nobelpreisträger, Milton Friedman, an, vielleicht kennen Sie die Aussage: Man kann einen Sozialstaat haben und man kann offene Grenzen haben, aber man kann auf Dauer nicht beides zugleich haben. Das gilt für den Sozialstaat wie für hohe Lohnniveaus. Deshalb war die Grenzöffnung, die die Regierung unter Frau Merkel vorgenommen hat, so fatal, deshalb war das Aussetzen von Dublin III so fatal und entsetzlich, und die Folgen werden wir noch zu spüren bekommen.

(Beifall bei der AfD)

Durch diese falsche Politik, die sich lange immunisiert hat, indem sie jede Kritik abgewehrt hat – das sei Panikmache und Angstschüren, Kritik wurde kriminalisiert und stigmatisiert –, sind jetzt riesige Organisationen gewachsen, kriminelle Logistikkonzerne einer globalen Schleusermafia, die Hunderttausende und dann Millionen Menschen in Bewegung bringen und anstacheln, ihr Heimatland zu verlassen, um eigenen Profit zu machen. Das hat die Politik in Deutschland und in Europa auch ermöglicht: eine kriminelle Logistik, eine Mafia, die Dokumente fälscht und Grenzwärter besticht – ein Kind über Marokko nach Spanien einzuschleusen, kostet im Moment 800 Euro, das ist die neueste Nachricht, das können Sie im Internet recherchieren, die Preise sind da aufgeführt –, die Schlupflöcher in die Grenzen reißt. Gerade kommt eine neue Welle Hunderttausender Afghanen auf uns zu, in Kabul werden fleißig neue Pässe ausgestellt. All dies ist durch diese unverantwortliche Politik mitinszeniert worden, meine Damen und Herren.

Zugleich haben wir aber ein hohes Maß an Hilfs- und Opferbereitschaft der Bevölkerung gesehen. Das ist eine unglaubliche Leistung, die begeistert und von einer weiten Verbreitung hoher humanistischer und christlicher Ideale zeugt. Diese Leistung und dieses Engagement stehen im absoluten Gegensatz zum Totalversagen der Politik, und das müssen wir vor aller Augen ganz deutlich machen.

(Beifall bei der AfD)

Lassen Sie uns zu den grundsätzlichen Prinzipien zurückkommen, die ich abschließend noch einmal kurz betrachten wollte. Die eigentlichen Probleme beginnen erst jenseits von Erst- und Folgeaufnahmen, die heute diskutiert wurden. Dauerhafte Inte-

gration ist etwas ganz anderes als schnell entwickelte Provisorien, über die heute geredet wurde. Ein Kenner der Szene, der Praktiker und ehemalige SPD-Bürgermeister von Neukölln Buschkowsky, Sie kennen ihn, hat 13 Jahre Erfahrungen mit türkischen und arabischen Parallelgesellschaften gemacht. Über die Probleme, die diese jeweils mit sich bringen, hat er Bücher geschrieben, beispielsweise über die Probleme, die sich aus den Clanstrukturen ergeben, und die Schwierigkeiten, die sie für die Integration bedeuten. Buschkowsky warnt ganz deutlich: Der Großteil der Leute, die heute zu uns kommen, ist nicht integrierbar. Er sieht da keine Chance. Das mag man als übertrieben ansehen, aber wenn so ein Mann, SPD-Mitglied seit Jahrzehnten, Bezirksbürgermeister im Kiez von Neukölln, zu solchen Aussagen kommt, muss uns das zu denken geben. Davon war in der Regierungserklärung des Bürgermeisters überhaupt nichts zu hören.

Noch einmal zur Betrachtung der großen Linie, meine Damen und Herren. Was bedeutet das eigentlich für die Wohnung jenseits von Erst- und Folgeunterbringung? Gehen wir einmal nur von 1,2 Millionen Flüchtlingen aus, nehmen wir die geringere Zahl. Nach Königsteiner Schlüssel wären das 30 000 Menschen, die auf Dauer nach Hamburg kommen würden. Dazu kommt der Familiennachzug. Wie SPD-Mann Buschkowsky ausführt – wie gesagt, 13 Jahre Erfahrung in Neukölln –, ziehen pro Flüchtling drei bis vier Personen nach, konservativ gerechnet. Manche gehen von wesentlich höheren Zahlen aus. Mit Familienzusammenführung, ganz nüchtern betrachtet, ganz ruhig und ganz distanziert, kommen aus der Zuwanderung eines Jahres über das Asyl, wie wir es jetzt sehen, 100 000 Menschen nach Hamburg.

Bleibt es dabei? Bleiben es 100 000 Menschen infolge der Einwanderung eines Jahres, die das nach sich zieht? Überlegen wir ganz kurz: Bleiben die Leute, die zu uns kommen, die die Sprache gelernt haben, eine Ausbildung gemacht haben und die einen verfestigten Status haben, in Mecklenburg-Vorpommern oder in Brandenburg auf dem Land, oder wandern sie in die Städte ab, wie sie es in Frankreich, England und in den USA gemacht haben? Sie kennen die Banlieues in Frankreich und die Gettos in den USA. Das sind alles Entwicklungen, die uns lange vorausliegen, aber aus denen wir lernen können. Die Leute bleiben nicht auf dem Land, auf dem sie im Moment festgehalten werden. Sie werden in die Städte strömen, sodass selbst die Hunderttausend eines Jahres mit Familiennachzug noch nicht das Ende der Fahnenstange sind. Davon ist in diesem Haus nichts zu hören, das wird nicht problematisiert, das wird nicht diskutiert. Das wird nicht einmal angeschaut, genauso wie Sie zu Beginn der ganzen Krise diese auch nicht beobachtet und nicht erkannt haben, meine Damen und Herren.

(Dr. Bernd Baumann)

(Beifall bei der AfD)

Welche Probleme bringt das für die Integration? Sie können gar nicht mehr kleinteilig integrieren und die Leute aufteilen. Das ist organisatorisch und kostenmäßig überhaupt nicht mehr möglich. Sie müssen große Einheiten bilden. So kommt Neugraben-Fischbek zustande mit 4 000 bis 5 000 Menschen, die demnächst unter sich sind, vielleicht Arabisch sprechen, fern aller Möglichkeiten für eine funktionierende Einwanderung. Genau diese Probleme beginnen durchzulaufen, was sie nicht müssten, wenn wir gelernt hätten aus den französischen Banlieues und den US-amerikanischen Gettos. Das tun Sie – selbstgefällig – aber nicht.

Schauen Sie sich die Arbeitsplätze an, gehen wir nur einmal von Hunderttausend aus als Folge der Einwanderung eines Jahres. Dann müssen wahrscheinlich 30 000 einen Brotverdienst haben, um ihre Familien durchzubringen und sich hier selbst unterhalten zu können. 30 000, die Sie als Einwanderung eines Jahres in Arbeit bringen müssen, damit sie sich selbst unterhalten können. Schauen Sie sich einmal die Arbeitslosigkeit in Hamburg an. Es gibt 52 000 Arbeitslose mit Hartz-IV-Bezug, die also längerfristig arbeitslos sind, und das sind gerade die Niedrigqualifizierten, Sie können das aus den Sozialstatistiken ziehen. 60 Prozent davon haben einen Migrationshintergrund, sind also Ausweis einer gescheiterten Migrationspolitik, einer nicht funktionierten Integration. Jetzt kommen noch einmal 30 000 dazu, nur aus einem Jahr, in den Folgejahren geht es ja weiter. Die sprechen unzählige Sprachen. Anders als die Arbeitslosen, die hier sind, die Deutsch sprechen, die die deutschen Sitten und Bräuche kennen und die hier größtenteils aufgewachsen sind, kommen sie aus Arabien oder Afghanistan. In Afghanistan allein sprechen sie vielleicht Paschtunisch, Usbekisch, Tadschikisch, Turkmenisch, Kirgisisch oder eine Nuristani-Sprache. Wie wollen Sie da die Integration bewirken? Die Frage haben Sie sich noch gar nicht gestellt.

(Hansjörg Schmidt SPD: Welche Sprachen sprechen Sie denn?)

Ökonomieexperten wie Professor Sinn, Sie werden ihn kennen, gehen davon aus, dass zu einem großen Teil Geringqualifizierte im Moment zu uns kommen. Wenn überhaupt Beschäftigung für sie zu erreichen ist, dann nur mit gewaltigen Lohnabschlägen. Haben Sie schon einmal diskutiert in diesem Haus, wie das funktionieren soll, was das mit den deutschen Arbeitslosen zu tun hat und den deutschen Lohnempfängern? Das muss diskutiert, konzeptioniert und politisch durchorganisiert werden. Davon war heute in den vier Stunden, die wir hier bereits diskutieren, kein einziges Mal die Rede. Sie sind immer noch bei Erst- und Folgeunterkünften. Das Problem haben Sie noch gar nicht erfasst. Sie geben nicht die falschen Antworten, Sie

können noch nicht einmal die richtigen Fragen stellen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Das Gleiche gilt für die Schulen; ich komme zum Abschluss. Hunderttausend Flüchtlinge, das dürften ungefähr ein Viertel schulpflichtige Kinder sein nach einer Zeit. Das wären 25 000 Schüler, allein aufgrund der Einwanderung eines Jahres mit Familiennachzug und allem, was dazukommt. Im nächsten Jahr kommen neue, dann kommen wieder neue. Das sind 1 000 Klassen à 25 Schüler, Jahr für Jahr geht das so weiter. Wie soll die Politik das alles schaffen?

Meine Damen und Herren! Wir brauchen grundsätzliche Änderungen und nicht dieses bräsige Herumsitzen und Sich-nicht-Befassen mit den wirklichen Problemen.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Baumann. – Meine Damen und Herren! Das Wort hat Herr Dr. Flocken von der AfD-Fraktion.

Ich bitte Sie noch einmal, entweder hinauszugehen oder dem Redner zuzuhören, zumindest sich nicht zu unterhalten. Es sind mittlerweile in allen Fraktionen Gesprächsnester entstanden, das ist nicht parlamentarisch, meine Damen und Herren. – Herr Dr. Flocken bitte.

(Phylliss Demirel GRÜNE: Haben Sie jetzt Parteitag? Das ist ja unglaublich!)

Dr. Ludwig Flocken AfD:* Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Abgeordnete, liebe Hamburger! Wer mich kennt, weiß, dass ich die Nationen dieser Welt schätze und insbesondere keinerlei Ambitionen habe, ihnen vorzuschreiben, wie sie in ihren Ländern leben sollen. Die herablassende Art, mit der gerade die Gutmenschen aus der Migrationsindustrie auf fremde Kulturen und Menschen schauen, ist mir zutiefst zuwider. Vor einigen Kulturen, das haben viele von Ihnen gesehen, empfinde ich eine große Hochachtung, für andere nur den gebührenden Respekt. Als Patriot bin ich mir aber auch der dunklen Seiten der deutschen Seele bewusst, die wir heute haben anhören und sehen müssen. Da ist die Neigung zum Größenwahn – wir können die ganze Welt retten, Asyl ohne Obergrenze – und zum Bevormunden: Ihr Osteuropäer müsst Asylbewerber aufnehmen, so wie wir euch das sagen.

Was zurzeit stattfindet, kann man eine Masseneinwanderung nennen. Man kann es auch Völkerwanderung nennen und bringt damit zum Ausdruck, dass die Bevölkerung ausgetauscht wird. Jeden Tag verlässt ein Dorf zumeist gut ausgebildete und fleißige Deutsche unser Land, weil sie für sich hier

(Dr. Ludwig Flocken)

keine Perspektive mehr sehen. Sie werden ersetzt durch Hunderttausende, bald wohl Millionen junger Männer, von denen viele einer sehr intoleranten, sehr gewalttätigen Ideologie anhängen, die sich als Religion tarnt und mit keiner anderen menschlichen Kultur in Frieden leben kann. Seit einigen Jahren eskaliert die Gewalt in fast allen mohammedanischen Ländern, wobei die meisten Opfer selbst Mohammedaner sind, die der falschen Konfession anhängen oder nicht radikal genug sind. Unterdrückung und Missbrauch von Frauen und Kindern, Verfolgung und Ermordung von Christen und Abtrünnigen sind im Koran vorgeschrieben,

(Vizepräsidentin Antje Möller übernimmt den Vorsitz.)

gehen durch die mohammedanische Tradition und die Gegenwart.

(*Cansu Özdemir DIE LINKE*: Das können Sie so nicht durchgehen lassen! – Zurufe von der LINKEN)

In Deutschland tobt die Gewalt jetzt in den Asylheimen, selten auf den Straßen, seit Längerem in den Parallelgesellschaften.

(Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Herr Kollege, ich möchte Sie an den parlamentarischen Sprachgebrauch erinnern.

(Zuruf: Der will doch nur spielen!)

Dr. Ludwig Flocken AfD (fortfahrend):* Schon heute hat die Staatsmacht in einzelnen Gebieten kapituliert. Das hat Herr Buschkowsky geschrieben. Je mehr Mohammedaner kommen, umso mehr Scharia. Natürlich kennt jeder den netten, fleißigen Mohammedaner von nebenan, der alle einen guten Mann sein lässt, dem die Ideologie völlig fremd und egal ist.

(Zurufe)

Aber es gibt keinen moderaten Islam. Der einzige Gelehrte, der in Deutschland einen moderaten Islam lehrt ...

(Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Herr Abgeordneter, ich möchte Sie schlicht noch einmal daran erinnern, mit Ihren Behauptungen vielleicht doch etwas sorgsamer umzugehen und die Angemessenheit der jeweiligen Beschreibungen, die Sie hier von sich geben, abzuwägen.

Dr. Ludwig Flocken AfD (fortfahrend):* Es gibt in Münster einen Professor für interreligiösen Dialog, der einen moderaten Islam lehrt, das ist Professor Khorchide. Er steht aus diesem Grund unter Polizeischutz, und zwar nicht deswegen, weil die Ka-

tholiken ihn in Münster verfolgen. Hunderttausende Protagonisten einer totalitären Ideologie drängen in ein freiheitliches Land, das seine Grenzen nicht verteidigen kann oder will. Solange wir darüber diskutieren, ob der Islam zu Deutschland gehört, können wir die Invasion stoppen.

(*Martin Dolzer DIE LINKE*: Das ist ja schon Volksverhetzung! – *Christiane Schneider DIE LINKE*: Echter NPD-Sprech!)

Wenn wir darüber sprechen müssen, ob Deutschland dem Islam gehört, ist das nicht mehr möglich. Dann wird der Rechtsstaat nicht überleben. Dann wird die freiheitliche und solidarische Gesellschaft nicht überleben. Wer werden die ersten Opfer sein? Die Kurden, die Aleviten, die Schiiten, die Homosexuellen, die Christen, die Atheisten, die Sozialisten, die Feministinnen, die Kinder, die Patrioten? Ich selbst würde verzweifeln, wenn nicht zwei Gedanken mich trösten würden.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Das wäre noch mal ein Anreiz!)

Erstens: Der Mohammedanismus ist brutal und rücksichtslos. Das heißt aber nicht, dass er stark ist. Das historische Narrativ steht auf tönernen Füßen, und überall dort, wo ihm entschlossen entgegengetreten wird, das hören Sie jetzt in den Nachrichten in den letzten zwei Wochen aus Syrien, da hat es keine Chance.

Zweitens: Zwar überwiegen unter den jetzigen Invasoren die Mohammedaner, aber unter den hier lebenden, speziell den integrierten Ausländern stellen sie immer noch eine Minderheit dar. Viele der integrierten Ausländer aus Asien oder Afrika kennen aus ihrer Heimat den aggressiven Mohammedanismus. Fast alle haben in ihrer Heimat etwas aufgegeben, um sich ihren Platz in Deutschland zu erarbeiten. Sie sind nicht satt und zufrieden wie die Deutschen.

(*Hansjörg Schmidt SPD*: Ist das noch das Thema der Regierungserklärung? – *Christiane Schneider DIE LINKE*: Das ist ja Volksverhetzung! – Zurufe von der LINKEN)

Für sie ist das Leben in Freiheit und Wohlstand kein Geschenk des Himmels, sondern unter Opfern erarbeitet. Und denjenigen sage ich: Bitte, liebe integrierte Ausländer, lasst uns mit den Invasoren und Kollaborateuren nicht allein. – Vielen Dank.

(Zurufe – Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller: Damit ist die Aussprache zur Regierungserklärung des Ersten Bürgermeisters beendet.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 2, Druck-

(Vizepräsidentin Antje Möller)

sache 21/1738, dringlicher Senatsantrag: Vorschlag des Senats für die Wahl eines Mitglieds des Rechnungshofes durch die Bürgerschaft.

**[Dringlicher Senatsantrag:
Vorschlag des Senats für die Wahl eines Mitglieds des Rechnungshofes durch die Bürgerschaft
– Drs 21/1738 –]**

(Glocke)

Kommen Sie gern alle wieder herein, verehrte Kolleginnen und Kollegen, aber versuchen Sie, das möglichst ohne große Geräuschkulisse zu machen.

Für diese Wahl sind Wahlkabinen vorgesehen. Wir verfahren so, dass Frau Yilmaz und Herr Kreuzmann abwechselnd die Mitglieder der Bürgerschaft in alphabetischer Reihenfolge aufrufen werden.

(Glocke)

Wir haben eine Wahl vorzunehmen, und ich bitte um die angemessene Aufmerksamkeit.

Ich bitte Sie also, wenn Sie aufgerufen werden, zur Kanzleibank zu gehen und dort Ihren Stimmzettel entgegenzunehmen. Jeder Stimmzettel enthält Felder für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Mit dem Stimmzettel gehen Sie bitte in eine der Wahlkabinen und nehmen Ihre Wahlentscheidung vor. Ich bitte, den Stimmzettel nur mit einem Kreuz zu versehen. Stimmzettel, die den Willen des Mitglieds nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder Zusätze enthalten, sind ungültig. Auch unausgefüllte Stimmzettel gelten als ungültig. Nach der Wahlhandlung stecken Sie dann bitte Ihren Stimmzettel in die Wahlurne.

Ich würde nun Herrn Kreuzmann bitten, mit dem Namensaufruf zu beginnen, wenn wir etwas mehr Ruhe im Hause hätten. – Herr Kreuzmann, bitte.

(Der Namensaufruf und die Wahlhandlung werden vorgenommen.)

Vizepräsidentin Antje Möller: Ist ein Mitglied dieses Hauses nicht aufgerufen worden? – Aus den Gesten entnehme ich, dass Sie aufgerufen wurden, aber noch nicht an der Wahlurne angekommen sind. Dann bleiben wir weiter im Wahlverfahren.

(Glocke)

Meine Damen und Herren! Ich frage noch einmal: Ist ein Mitglied dieses Hauses nicht aufgerufen worden? – Ich stelle nun fest, dass alle Abgeordneten aufgerufen worden sind und die Stimmabgabe abgeschlossen ist. Damit erkläre ich die Wahlhandlung für geschlossen und bitte, nun die Stimmentzählung vorzunehmen.

Für die Dauer der Stimmentzählung ist die Sitzung unterbrochen.

Unterbrechung: 19.12 Uhr

Wiederbeginn: 19.19 Uhr

Vizepräsidentin Antje Möller: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet. Die Stimmen sind ausgezählt. Mir liegt jetzt das Ergebnis der Wahl eines Mitglieds des Rechnungshofes vor.

Es sind 108 Stimmzettel abgegeben worden. Alle Stimmen waren gültig. Frau Birgit Fuhlendorf erhielt 87 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 11 Enthaltungen. Nach Artikel 71 Absatz 4 der hamburgischen Verfassung ist für die Wahl eines Mitglieds des Rechnungshofes eine Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Mitgliederzahl der Bürgerschaft erforderlich, also mindestens 81 Ja-Stimmen. Frau Fuhlendorf hat 87 Ja-Stimmen erhalten und ist somit zum Mitglied des Rechnungshofes gewählt worden.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Frau Fuhlendorf, ich darf Ihnen im Namen des ganzen Hauses die Glückwünsche zu Ihrer Wahl aussprechen und Ihnen eine allzeit glückliche Hand in der Amtsführung wünschen.

Wir kommen nun zu den Tagesordnungspunkten 3 bis 5b, den Drucksachen 21/631, 21/1466, 21/1467, 21/1794 und 21/1795, Wahlen zu verschiedenen Gremien.

**[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:
Wahl eines ordentlichen Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds für die Härtefallkommission
– Drs 21/631 –]**

**[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:
Wahl einer oder eines Deputierten der Justizbehörde
– Drs 21/1466 –]**

**[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:
Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Inneres und Sport
– Drs 21/1467 –]**

**[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:
Wahl eines vertretenden Mitglieds der Kommission für Stadtentwicklung
– Drs 21/1794 –]**

(Vizepräsidentin Antje Möller)

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl eines vertretenden ehrenamtlichen Mitglieds der Kommission für Bodenordnung – Drs 21/1795 –]

Die Fraktionen haben vereinbart, dass die Wahlen in einem Wahlgang durchgeführt werden können.

Die fünf Stimmzettel liegen Ihnen vor. Sie enthalten bei den Namen jeweils Felder für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Sie dürfen auf jedem Stimmzettel bei jedem der Namen ein Kreuz machen, aber bitte nur eines. Mehrere Kreuze beziehungsweise kein Kreuz bei einem der Namen machen die Wahl dieses Kandidaten ungültig. Auch weitere Eintragungen oder Bemerkungen würden zur Ungültigkeit des gesamten Stimmzettels führen.

Bitte nehmen Sie nun Ihre Wahlentscheidungen vor.

(Die Wahlhandlungen werden vorgenommen.)

Mit dem Einsammeln werden wir noch etwas warten, vielleicht mögen Sie mir ein Handzeichen geben. Ich sehe, es wurde schon angefangen; Frau Yilmaz, vielen Dank. – Ich bitte trotzdem noch einmal offiziell die Schriftführung, nun mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen.

(Glocke)

Meine Damen und Herren! Sind alle Stimmzettel abgegeben worden? – Das ist der Fall. Dann schließe ich die Wahlhandlung. Die Wahlergebnisse werden ermittelt, und wir werden sie im Laufe der Sitzung bekannt geben.**

Damit kommen wir zum Tagesordnungspunkt 24, Drucksache 21/1772, Antrag der Fraktionen der GRÜNEN und der SPD: Faire Regelung bei nicht durchsetzbaren Schmerzensgeldansprüchen.

[Antrag der Fraktionen der GRÜNEN und der SPD:

Faire Regelung bei nicht durchsetzbaren Schmerzensgeldansprüchen – Drs 21/1772 –]

Die Fraktionen haben zwischenzeitlich vereinbart, auf eine Debatte zu verzichten. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung.

Wer sich dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der GRÜNEN und der SPD aus Drucksache 21/1772 anschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 8, Drucksache 21/1421, Große Anfrage der CDU-Fraktion: Gutes Essen für unsere Kinder an Hamburgs Schulen.

[Große Anfrage der CDU-Fraktion: Gutes Essen für unsere Kinder an Hamburgs Schulen – Drs 21/1421 –]

Die CDU-Fraktion möchte diese Drucksache an den Schulausschuss überweisen.

Auch hier sind die Fraktionen übereingekommen, auf die Debatte zu verzichten, und wir kommen daher gleich zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 21/1421 an den Schulausschuss zu? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist diese Überweisung abgelehnt.

Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft von der Großen Anfrage aus Drucksache 21/1421 Kenntnis genommen hat.

Tagesordnungspunkt 25, Drucksache 21/1773, Antrag der Fraktionen der GRÜNEN und der SPD: Psychische Gesundheit am Arbeitsplatz fördern.

[Antrag der Fraktionen der GRÜNEN und der SPD:

Psychische Gesundheit am Arbeitsplatz fördern – Drs 21/1773 –]

[Antrag der CDU-Fraktion: Förderung der psychischen Gesundheit am Arbeitsplatz kann nur mit ausreichender Personaldecke bei Verhaltenstherapeuten gelingen – Drs 21/1901 –]

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 21/1901 ein Antrag der CDU-Fraktion vor.

Beide Drucksachen möchte die FDP-Fraktion an den Gesundheitsausschuss überweisen.

Auch hier sind die Fraktionen übereingekommen, auf die Debatte zu verzichten, und wir kommen gleich zur Abstimmung.

Wer möchte sodann die Drucksachen 21/1773 und 21/1901 an den Gesundheitsausschuss überweisen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieses Überweisungsbegehren abgelehnt.

Wir kommen dann zu den Abstimmungen in der Sache und beginnen mit dem gemeinsamen An-

**Die Wahlergebnisse sind auf Seite 1099 f zu finden.

(Vizepräsidentin Antje Möller)

trag der Fraktionen der GRÜNEN und der SPD aus Drucksache 21/1773.

Wer möchte diesen annehmen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist bei einigen Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nun zum Antrag der CDU-Fraktion aus Drucksache 21/1901.

Wer möchte sich diesem anschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 22, Drucksache 21/1770 in der Neufassung, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Ankommen – teilhaben – bleiben. Bessere Flüchtlingsbeschulung jetzt umsetzen!

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Ankommen – teilhaben – bleiben
Bessere Flüchtlingsbeschulung jetzt umsetzen!
– Drs 21/1770 Neufassung –]**

Diese Drucksache möchte die Fraktion DIE LINKE an den Schulausschuss überweisen.

Wird dazu das Wort gewünscht? – Frau Boeddinghaus von der Fraktion DIE LINKE, Sie bekommen es.

Sabine Boeddinghaus DIE LINKE:* Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir hatten, wohlwissend, dass wir heute schon sehr ausführlich über das Thema Flüchtlingspolitik gesprochen haben würden, angeboten, diese Debatte zu streichen, wenn unser Antrag an den Ausschuss überwiesen wird. Wir hätten das sehr begrüßt.

(André Trepoll CDU: Wir hätten das unterstützt!)

Wir finden schon, dass das Thema es wert ist, im Fachausschuss ordentlich und eingehend debattiert zu werden, und sind wirklich mehr als enttäuscht darüber, dass das nicht möglich sein wird. Es ist ein mutloses Zeichen des Senats, über dieses Thema im Fachausschuss nicht anständig und ausführlich zu debattieren.

(Beifall bei der LINKEN und bei André Trepoll CDU)

Auch heute musste man aus Oppositionssicht wieder den Eindruck gewinnen, dass der Senat zwei Gesichter in der Flüchtlingspolitik hat. Draußen in der Stadt vermittelt er mit Floskeln wie "Wir stehen mit dem Rücken an der Wand", "Wir sind am Limit", "Wir sind über unserem Limit" das Gefühl, im Grunde den Notstand ausrufen zu müssen. Angesichts dieser Notlage werden dann alle Standards abgesenkt und alles ist möglich. Hier im Parlament

geriert er sich aber als eine Staatsmacht, die alles in festen Händen hat, die alles kann, die alles weiß und die schon einmal überhaupt nicht auf das Know-how und die konstruktive Kritik der Opposition angewiesen ist. Das finde ich wirklich ein schwaches Bild. Das ist schwaches Regieren.

(Beifall bei der LINKEN und bei Joachim Lenders CDU und Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP)

Wir haben zu Recht an dieser Stelle schon viele, viele Stunden die Debatte über die richtige Unterbringung und wie Flüchtlinge in dieser Stadt aufgenommen und willkommen geheißen werden, geführt. Aber es ist an der Zeit, auch darüber zu reden, wie die geflüchteten Kinder und Jugendlichen in Kita, Schule und Ausbildung kommen. Es kann gar nicht sein, dass es der Realität entspricht, wenn der Senat heute sagt, es laufe alles wunderbar, es gebe keine Luft nach oben und überhaupt keinen Anlass, darüber noch einmal ausführlich zu debattieren und zu überlegen, wo Verbesserungen möglich sind. Das kann nicht sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Von daher haben wir in Zusammenarbeit mit Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, mit Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern, mit Lehrerinnen und Lehrern, die vor Ort in den Internationalen Vorbereitungsklassen und in den Basisklassen arbeiten, diesen Antrag entwickelt. Er ist nicht auf unserem Mist gewachsen. Wir arbeiten nämlich als zehnköpfige Fraktion nicht in den Schulen vor Ort, sondern wir sind angewiesen auf die Expertise und auf Rückmeldung. Die Expertinnen und Experten, die dort arbeiten, haben große Sorgen. Es gibt viele Probleme, unterschiedlich an den einzelnen Schulen, aber es gibt sie. Diese Punkte haben wir versucht, in unserem Antrag zusammenzufassen.

Ein Punkt ist zum Beispiel – keine Sorge, ich werde nicht alle Punkte aufzählen –, dass es sehr wichtig ist, die Kinder und Jugendlichen erst einmal traumatherapeutisch zu beobachten und zu therapieren, bevor sie überhaupt in der Lage sind, Deutsch zu lernen, in die Schule zu gehen und sich in dieses System einzupassen. Außerdem ist wichtig, dass die Lehrerinnen und Lehrer und die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter personell verstärkt werden, dass sie zusätzliche Ressourcen bekommen. Es ist wichtig, dass es viel mehr Kulturmittler gibt; wir machen den Vorschlag, dass man diese durchaus auch in der Gruppe der Geflüchteten suchen und finden kann. Die Ehrenamtler, die dort unterwegs sind, brauchen mehr Unterstützung. Wir brauchen in den Schulen einen Koordinator, der allein dafür zuständig ist, der die Schnittstelle ist zwischen den Kolleginnen und Kollegen, den Eltern und der Behörde.

Ich glaube, unsere Punkte, die wir zusammen mit den Expertinnen und Experten vor Ort aufgeschrie-

(Sabine Boeddinghaus)

ben haben, wären es wert, noch einmal intensiver debattiert zu werden. Ich bedaure es sehr, dass unser Antrag nicht an den Ausschuss überwiesen wird, aber wir werden daraus lernen und trotzdem nicht aufhören. Solche Anträge kommen öfter. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Herr Abaci von der SPD-Fraktion.

Kazim Abaci SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben heute reichlich über das Thema Flüchtlinge und über die Flüchtlingspolitik diskutiert. Fakt ist, dass viele Kinder und Jugendliche in die Stadt kommen. Das ist eine Chance und eine Herausforderung. Ich möchte einmal ein Zitat unseres Schulsenators Ties Rabe vorlesen, das am 22. August in der "Hamburger Morgenpost" abgedruckt worden ist.

"An Hamburgs Grundschulen haben wir heute 45 Prozent Kinder, die entweder selbst aus dem Ausland gekommen sind oder deren Eltern zugewandert sind. Ohne diese Kinder wären Hamburgs Schulen öd und leer, und unsere Zukunft wäre finster. Das zeigt, dass Zuwanderung langfristig positive Effekte haben wird."

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Stefanie von Berg GRÜNE*)

Es ist richtig, dass für das Gelingen der Integration Bildung eine Schlüsselrolle einnimmt. Deshalb wird in Hamburg in diesem Zusammenhang auch viel gemacht.

Nun zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. Die Fraktion DIE LINKE hat die Probleme, Schwierigkeiten und Herausforderungen richtig erkannt. In dem Antrag sind viele Aspekte richtig, viele aber auch sehr kleinteilig.

(Zuruf von *Heike Sudmann DIE LINKE*)

Einen Aspekt möchte ich hervorheben. In Ihrem Antrag verlangen Sie zum Beispiel, dass umgehend alle geflüchteten Kinder und Jugendlichen im Vorfeld jeglicher Beschulungsmaßnahmen von psychologischen Fachkräften auf den Grad ihrer Traumatisierung durch Krieg und Flucht zu untersuchen seien. In diesem Punkt stimme ich Ihnen zu. Zu uns kommen Kinder aus diesen Gebieten, die nicht ohne Weiteres zu beschulen sind. Das hat auch der Senat erkannt. Deshalb plant die Fachbehörde, flächendeckend an allen Standorten der Erstaufnahme eine kinder- und jugendtherapeutische Sprechstunde einzurichten. Durch das Zusammenspiel von Ärzten und Therapeuten kann dann eine fachliche Begleitung sichergestellt werden. Aufgrund der Vielzahl der Standorte der Erst-

aufnahmeeinrichtungen wird die komplette Umsetzung aber Zeit brauchen.

Insgesamt sind wir uns vom Ziel her einig, dass junge Flüchtlinge und Kinder so schnell wie möglich in die Bildungseinrichtungen eingeführt und beschult werden sollten. Wir haben in diesem Zusammenhang drei Hauptziele: die vollständige Anerkennung von Mehrbedarfen an den Schulen, die Sicherstellung der Schulpflicht und die Ermöglichung bestmöglicher Schulabschlüsse oder Ausbildungen.

Wir wissen, dass guter Unterricht teuer ist. Der Senat hält trotz des enormen Zustroms von schulpflichtigen Flüchtlingen an der schülergebundenen Ressourcenzuweisung fest. Jeder neue Schüler führt zur Erhöhung der Ressourcen im Bildungsbereich. Das ist so. Unsere Stadt unternimmt erhebliche finanzielle Anstrengungen; wir haben es heute debattiert. Wir finanzieren Internationale Vorbereitungsklassen, Basisklassen und Regelklassen. Aufgrund der Quantität an Vorbereitungsklassen, die eingerichtet werden müssen, kostet das relativ viel Geld. Die Ressourcen dafür sind vorgesehen, und an diesem System wird festgehalten. Es ist Fakt, dass in diesen Klassen zehn bis 15 Kinder untergebracht werden. Insofern ist das eine relativ teure Maßnahme, aber es ist eine Investition, die sich lohnt.

Was die Geltung der Schulpflicht angeht, ist es so, dass Kinder und Jugendliche, die jünger als 18 sind, schulpflichtig sind. Daran wird festgehalten.

Ein anderes Thema, das uns bewegt, ist das Thema minderjährige Flüchtlinge und Ausbildung. Der Senat ist dabei – wir als Fraktion begleiten es –, den Bereich AV-Dual für minderjährige Flüchtlinge zu öffnen, sodass die teilnehmenden Flüchtlinge dann drei Tage ganztätig im Betrieb und zwei Tage ganztätig in der Schule sein werden. Dadurch werden ihre Chancen, einen Zugang zum Ausbildungsmarkt zu bekommen, wesentlich besser. Die Schüler werden im Rahmen dieser Maßnahme von Mentoren betreut. Außerdem ist in dieser Maßnahme die Möglichkeit enthalten, auf die Stadtteilschule oder das Gymnasium zu wechseln, um so bessere Abschlüsse zu erreichen.

Insgesamt sind wir im Bereich der Beschulung von Kindern und Jugendlichen auf einem guten Weg, auch im Vergleich zu den anderen Bundesländern. Fakt ist aber auch, dass es noch viel Handlungsbedarf gibt.

Wir werden Ihren Antrag aus den Gründen ablehnen, die ich benannt habe: Erstens ist er sehr kleinteilig, zweitens wird es schon gemacht, und daher benötigen wir den Antrag der LINKEN nicht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt Frau Prien von der CDU-Fraktion.

Karin Prien CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Boeddinghaus, ich teile Ihre Einschätzung, dass wir allen Grund hätten, uns mit dem Thema Flüchtlingsbeschulung sehr intensiv zu beschäftigen. Herr Abaci, wenn Sie sagen – oder sogar den Senator zitieren –, dass eine große Anzahl von Schülerinnen und Schülern mit Zuwanderungsgeschichte langfristig einen positiven Effekt haben können, dann ist das richtig. Aber es ist natürlich nur dann richtig, wenn wir jetzt auch die richtigen Maßnahmen ergreifen, und wir hätten jeden Anlass, intensiver darüber zu sprechen.

Ich muss ganz ehrlich sagen: Gerade nach Ihrer Rede, Herr Abaci, verstehe ich überhaupt nicht, weshalb Sie sich wieder einer Überweisung an den Ausschuss, in dem wir im Moment gar nichts zu tun haben, wenn wir ehrlich sind, widersetzen. Das widerspricht diametral dem, was Sie immer so vor sich hertragen als Motto: Wir sind bereit und wir wollen den Schulterschluss. Ich verstehe nicht, was Sie eigentlich mit Schulterschluss meinen, wenn Sie nicht einmal über solche sachlichen Fragen im Detail sprechen wollen.

(Beifall bei der CDU, der LINKEN und der FDP)

Ich bin zwar, Frau Boeddinghaus, nicht der Meinung, dass Ihre Analyse der drängendsten Probleme vollständig ist. Das nehmen Sie aber, glaube ich, auch gar nicht für sich in Anspruch. Ich teile manche Einschätzung, insbesondere was den Umgang mit Traumata angeht. Hier muss viel mehr gemacht werden. Es ist schön, dass der Senat das inzwischen auch erkannt hat; das ist sicherlich ein Bereich, wo es dringenden Handlungsbedarf gibt. Aber es gibt eben auch einige andere Dinge. Ich will sie nur cursorisch ansprechen, weil wir in den nächsten Tagen ein eigenes Konzept hierzu in den Medien vorstellen wollen.

Es ist sicherlich so, dass die Durchsetzung der Schulpflicht, gerade bei den minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen, im Augenblick ein wirklich schwerwiegendes Problem ist. Das klappt nämlich in vielen Einrichtungen nicht. Hier werden wir uns tatsächlich etwas überlegen müssen.

Ich glaube auch, dass wir uns über die Lerninhalte in allen speziellen Flüchtlingsklassen, ich will es einmal so zusammenfassend sagen, weiter Gedanken machen müssen. Die Beschränkung nur auf Deutsch als Zweitsprache halte ich für nicht ausreichend. Im Sinne einer stärkeren Betonung des Integrationsgedankens müssen wir von Anfang an mehr machen. Es geht nicht nur um Sprache, sondern es geht auch um die Vermittlung von Werten und Normen, von Grundprinzipien unserer

Gesellschaftsordnung und auch unserer politischen Ordnung. Da wäre aus unserer Sicht ein weiteres Problem.

(Beifall bei der CDU)

Ganz praktisch stellt sich die Frage – und das ist übrigens auch der Grund, warum der Senator immer sagt, wir hätten in Hamburg gar keine Probleme mit der Flüchtlingsbeschulung –: Was machen wir eigentlich, wenn die Schülerinnen und Schüler unter den Flüchtlingen so lange in den Erstaufnahmen verbleiben? Die sind nicht mehr drei Monate und die sind auch nicht sechs Monate dort, sondern sie werden deutlich länger dort bleiben müssen. Deshalb denke ich schon, dass man noch einmal darüber nachdenken muss, ob es richtig ist, sie für diesen gesamten Zeitraum, der möglicherweise bis zu einem Jahr oder länger dauern wird, wirklich unter den Bedingungen in den Erstaufnahmen und Notunterkünften zu beschulen. Es lohnt sich, einmal in die Baumärkte zu gehen und zu überlegen, ob es wirklich sinnvoll ist, die Schülerinnen und Schüler dort zu beschulen, insbesondere dann, wenn es Schulen in unmittelbarer Nähe gibt, die Raumkapazitäten hätten und sogar anbieten, die Schülerinnen und Schüler aus den Notunterkünften in der Schule zu beschulen. Das wäre ein weiterer Punkt, den ich für wichtig halte.

Dann ist die Frage, ob dieses eine Jahr Internationale Vorbereitungsklasse wirklich ausreicht oder ob man nicht darüber nachdenken müsste, im Einzelfall auch eine Vertiefung in einem zweiten Jahr zuzulassen, und zwar immer dann, wenn die erworbenen Sprachkenntnisse und die Anpassungsleistung eben noch nicht ausreichen, um dem Regelunterricht zu folgen.

Es gibt viele andere Themen, die wir dann in unserem Konzept ansprechen werden. Ich will noch auf einen Punkt eingehen, weil wir das, Frau von Berg, auf Facebook in den vergangenen Tagen sehr intensiv verfolgt haben: Die Lehrerinnen und Lehrer fühlen sich vom Senat nicht hinreichend unterstützt, was die Fortbildung und die Zulieferung an Material in Sachen Deutsch als Zweitsprache angeht. Hier ist wirklich dringender Handlungsbedarf gegeben. Es gibt so viel guten Willen unter den Lehrkräften, auch freiwillig und nach Dienstschluss Ehrenamtliche zu unterrichten, damit diese dann ihre Kenntnisse in den Erstaufnahmeeinrichtungen weitervermitteln können. Nur dazu braucht es wirklich Unterstützung, und zwar jetzt. Und wenn ich der Schriftlichen Kleinen Anfrage, die ich dazu gestellt habe, entnehmen musste, dass Ihre Bemühungen in diesem Bereich kaum zugenommen haben in diesem Jahr, dann ist das ein Armutszeugnis. An dieser Stelle besteht dringender Handlungsbedarf.

So viel für heute. Wie gesagt, bedaure ich es sehr, dass wir an dieser Stelle die Gelegenheit verpas-

(Karin Prien)

sen, das vertieft im Ausschuss zu beraten. – Danke.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Antje Möller: Von der Fraktion der GRÜNEN bekommt nun Frau Dr. von Berg das Wort.

Dr. Stefanie von Berg GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nicht umsonst hatten wir gerade schon eine mehr als vierstündige Debatte über das Thema Flüchtlinge und den Umgang mit den Flüchtlingen in unserer Stadt. Natürlich hat das auch etwas mit der Situation in den Schulen zu tun. Wir haben hier eine echte Mammutaufgabe, die wir alle gemeinsam schultern sollten. In den Schulen haben wir eine enorme Steigerungsrate, was die Zahl der Kinder in den Internationalen Vorbereitungsklassen anbelangt. Derzeit haben wir 336 Klassen in diesem Bereich, und ich wette mit Ihnen, nächste Woche sind es mindestens 337, wenn nicht noch mehr. Wir alle sollten einmal mit Maß darauf schauen und feststellen, welch großartige Arbeit die Kollegien in den Schulen und den ZEAs machen und was letztendlich auch die Behörde organisatorisch zu wuppen hat. Ich finde, es ist an der Zeit, sich auch einmal das halb oder drei viertel volle Glas anzuschauen und nicht immer nur darauf zu schauen, was noch besser werden sollte.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dennoch habe ich natürlich die Handschrift, die in dem Antrag der LINKEN steckt, deutlich erkannt. Ich habe schon gemerkt, dass dort Expertinnen und Experten zugegen sind, die tatsächlich die Verhältnisse vor Ort kennen, und die Fragen, die aufgeworfen werden, sind interessante und wichtige Fragen. Das ist die Frage der traumatisierten Kinder, der schnellen Beschulung, des Ganztags, der Information der Betroffenen, der Begleitung, der Kulturmittlung, der Koordination, der Einbindung des Ehrenamts, der Gewinnung von Fachkräften für die Beschulung sowie auch die Frage der Unterrichtsmaterialien und der Übergänge. Das sind alles Fragen, die zu dem ganzen Komplex mit dazugehören.

Trotzdem werden wir diesen Antrag ablehnen, und ich möchte das auch gern begründen. Zum einen ist das wieder einmal so ein Antrag, wo man sich sagt, Mensch, die LINKEN hätten sich doch wirklich einmal die Mühe machen können, zu schauen, wie das Ganze gegenfinanziert wird. Da machen Sie sich einfach einen schlanken Fuß, schauen Sie sich bitte nur Ihr Petition an.

(Cansu Özdemir DIE LINKE: Das ist eine Ausrede!)

– Nein.

Dafür muss man auch einmal die Gegenfinanzierung zu Papier bringen und dokumentieren. Die Mühe hätten Sie sich gerade anlässlich des Nachtragshaushalts wirklich einmal machen können.

(Cansu Özdemir DIE LINKE: Das ist wirklich eine Ausrede!)

– Das ist keine Ausrede, das ist parlamentarischer Gebrauch. Wenn ich einen Antrag stelle, der haushaltsrelevant ist, und nicht unerheblich haushaltsrelevant, dann muss ich mir die Mühe machen, zu überlegen, wo das Geld herkommt.

(Beifall bei Jan Quast SPD)

Diese Regierung stellt jedes Jahr 230 Millionen Euro mehr zur Verfügung; Sie müssen sich einmal die Mühe machen, in diese Drucksache hineinzuschauen, verdammt noch mal.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP: Was ist denn das für ein Sprachgebrauch, den Sie haben?)

Das ist eine komplexe Aufgabe, und ich kann Sie beruhigen, liebe Kolleginnen und Kollegen der LINKEN, die rot-grüne Regierung schaut sehr wohl darauf, welche Fragen zu stellen sind. Wir arbeiten sehr wohl daran. Der Senat arbeitet daran, wir arbeiten daran, die Behörde arbeitet daran. Noch einmal: Es ist eine Mammutaufgabe, eine höchst komplexe Aufgabe, und angesichts der hohen Volatilität, der enormen Zahlen, der völligen Unplanbarkeit ist es doch wohl ganz klar, dass nicht alles superglatt läuft. Das jetzt immer anzuprangern, finde ich einfach unredlich, das muss ich einfach einmal so sagen.

(Cansu Özdemir DIE LINKE: Und wir sollen alle den Mund halten?)

– Sie sollen nicht den Mund halten. Frau Özdemir, das ist doch peinlich, wenn Sie so etwas sagen.

(Cansu Özdemir DIE LINKE: Ihre Argumentation ist peinlich!)

– Ich habe nicht gesagt, Sie sollen den Mund halten.

Ich möchte einmal die Regierung sehen – und ich habe in alle anderen Bundesländer geschaut –, die diesen ganzen Komplex der Beschulung reibungslos über die Bühne bringt. Kein einziges Bundesland kann das. Und ich sage Ihnen noch etwas: Kein einziges Bundesland schafft es, dass die Beschulung bereits in den Zentralen Erstaufnahmeeinrichtungen läuft.

(Karin Prien CDU: Die sind nicht so lange in der Kartei!)

Hamburg hat sich das auf die Fahne geschrieben, und das ist eine enorme Herausforderung und ein Zugewinn.

(Dr. Stefanie von Berg)

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Mit Sicherheit wird es dennoch nicht das letzte Mal sein, dass wir uns diesem Thema widmen, weil es neben der Inklusion eines der zentralen Themen in der Schulpolitik ist; man kann es auch zusammen mit der Inklusion sehen. Wir werden mit Sicherheit auch mit eigenen Vorschlägen kommen. Aber mit diesem Antrag werden wir ohne Gegenfinanzierung nicht umgehen können, deswegen lehnen wir ihn ab. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Bevor ich Frau von Treuenfels das Wort erteile, möchte ich die Kollegin Frau Dr. von Berg noch einmal auf den parlamentarischen Sprachgebrauch hinweisen und auch in Richtung der Zwischenrufenden noch einmal diesen Hinweis geben.

Jetzt bekommt Frau von Treuenfels von der FDP-Fraktion das Wort.

Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es muss am Gesinnungswechsel liegen, Frau von Berg, dass Sie sich so gerieren. Anders kann ich mir wirklich nicht erklären, wie Sie plötzlich mit uns umgehen. Dass Sie nur noch die Regierung loben, finde ich echt erstaunlich. Sie sagen, wir sollten das drei viertel volle Glas sehen. Auch wenn man Verständnis dafür haben muss, dass wir vielleicht noch in einem Provisorium sind, aber dass es noch nicht klappt mit der Flüchtlingsbeschulung, können Sie wirklich nicht leugnen. Selbst Sie sollten das nicht tun. Das einmal vorneweg.

(Beifall bei der FDP und bei Karin Prien CDU – Farid Müller GRÜNE: Wo klappt es denn nicht?)

– Ich würde gern erst meine Rede halten, dann können wir zu den Fragen kommen.

Ich wundere mich, dass Sie von der SPD uns immer erzählen, wir sollten Vorschläge machen. Jetzt haben die LINKEN Vorschläge gemacht. Einige teile ich, die meisten teile ich nicht, das gebe ich zu, aber sie haben immerhin Vorschläge gemacht. Warum kommt so etwas nicht in den Schulausschuss? Dort könnte man so etwas doch detailliert beraten.

(Beifall bei der FDP, der LINKEN und der AfD)

Hier geht schon die Hälfte – kann ich verstehen, es wird langsam spät –, wir reden fünf Minuten vor Toresschluss mal eben über solche Themen, und alle sagen: Ach, Flüchtlingspolitik hatten wir doch heute schon. Dabei sind das wirklich wichtige Themen, denn die Flüchtlingskinder von heute sind vielleicht die bei uns Integrierten von morgen. Darum sollten wir uns wirklich sehr kümmern. Ich finde

es schon eine ziemlich schwache Leistung, dass Sie so etwas nicht überweisen. Und dass Sie, Frau von Berg, dagegen sind und so etwas noch nicht einmal überweisen, finde ich eine richtig schwache Leistung, ganz ehrlich. Das hätte ich nicht erwartet von Ihnen.

(Beifall bei der FDP, der CDU, der LINKEN und der AfD)

Jetzt zur Sache. Das meiste von dem, was wir in dem Antrag gut finden, ist schon angeführt worden. Eines möchte ich noch kurz hinzufügen. Herr Müller, wollen Sie jetzt eine Antwort auf Ihre Frage haben, was nicht klappt, oder sollte das nur ein Zwischenruf sein? Sie wollen keine Antwort. Gut, ich kann es auch so sagen. Was nicht klappt in den Schulen: Die Lehrer sind, das wissen wir von Lehrern selbst, überhaupt nicht vorbereitet. Von heute auf morgen bekommen sie plötzlich die Aufgabe, dass sie in eine Flüchtlingsklasse gehen sollen. Weder haben sie das Material, noch wissen sie, was an Herausforderung auf sie zukommt. Sie müssen geschult werden, und das muss unbedingt nachgeholt werden.

Ansonsten schließe ich mich besonders dem an, was Frau Prien zur Durchsetzung der Schulpflicht gesagt hat. Das haben wir auch schon festgestellt. Das wird ein Thema sein, und darüber müssen wir beraten. Vielleicht bekommen wir irgendwann einmal wieder die Gelegenheit, etwas im Schulausschuss zu beraten, und dann würden wir uns diesen Beratungen gern anschließen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Karin Prien CDU und Dr. Jörn Kruse AfD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Frau Boeddinghaus von der Fraktion DIE LINKE.

Sabine Boeddinghaus DIE LINKE:* Es tut mir leid, aber ein paar Sachen muss ich doch noch einmal geraderücken, Frau von Berg. Ich glaube, der Druck ist hoch, dass Sie etwas vertreten müssen, was Sie gar nicht wollen. Aber Sie sind groß, und ich habe kein Mitleid.

(Beifall bei der LINKEN, der FDP und bei Karin Prien CDU)

Sie waren hier wirklich in einem völlig falschen Film. Ich habe in der Antragsbegründung mit keinem Wort den Senat kritisiert. Ich habe nicht wie bei der Unterbringung gesagt, es fehle ein Konzept. Ich habe nicht gesagt, Sie tun nichts und Sie versagen. Ich habe einfach nur erzählt, dass viele, viele Lehrerinnen und Lehrer, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter zu uns kommen – und zu vielen anderen auch – und sagen: Wir brauchen Unterstützung. Das wird hier überhaupt nicht respektiert,

(Sabine Boeddinghaus)

sondern Sie unterstellen uns, wir würden pauschal Kritik üben. Das ist einfach platt.

(Beifall bei der LINKEN, der FDP und bei Karin Prien CDU)

Dann sagen Sie, Frau von Berg, wir müssten doch endlich einmal diese großartige Arbeit der Kolleginnen und Kollegen vor Ort wertschätzen. Das tun wir aber, indem wir deren Forderungen hier ins Parlament bringen. Sie ziehen daraus die Konsequenz und sagen: Das Glas ist nun einmal halb leer, nun gebt mal Ruhe. Was ist denn das für eine seltsame Art von Wertschätzung?

(Beifall bei der LINKEN – Dirk Kienschurf SPD: Wir sind doch dabei! Bleiben Sie ganz ruhig!)

– Ich bin ruhig.

Dann sagen Sie immer und ewig – ich kann es eigentlich nicht mehr hören –, wir bräuchten einen Schulterchluss, wir müssten das gemeinsam schultern. Sie haben es gerade wieder gesagt. Was ist das Gemeinsame? Ist das Gemeinsame, dass die Opposition die Klappe zu halten hat, keine Schriftlichen Kleinen Anfragen mehr stellen soll, keine Anträge einreichen soll?

(Dirk Kienschurf SPD: Das hat doch kein Mensch gesagt!)

– Aber was ist das Gemeinsame? Antworten Sie einmal darauf.

Wir handeln nach meinem Verständnis gemeinsam, indem wir uns der Verantwortung stellen, die die ganze Stadt hat, und indem wir mitdenken. Ich bin weder unsachlich, noch skandalisiere ich, sondern ich habe ganz ernste, sachliche Forderungen in diesen Antrag geschrieben, und Sie sind nicht in der Lage, diese Forderungen einfach einmal fachlich und in Ruhe zu debattieren. Das ist schlechter Stil.

(Beifall bei der LINKEN, der FDP und bei Karin Prien CDU)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt Frau Prien von der CDU-Fraktion.

Karin Prien CDU:* Frau von Berg, wir müssen wirklich feststellen: Sie kommen mit Ihrem Rollenwechsel nicht klar. Was Sie abliefern, dieses völlig Unangemessene, Übersteigerte ...

(Dirk Kienschurf SPD: Immer dieses Persönliche!)

– Das ist doch das Problem, dass sie gleich immer so persönlich wird.

Ich kann das wirklich nicht nachvollziehen. Wir haben eine Mehrbedarfsdrucksache von fast 600 Millionen Euro genehmigt, in der nichts, aber auch gar nichts konkret drinsteht. Und Sie kommen da-

her und werfen Frau Boeddinghaus vor, sie hätte nicht jeden Haushaltstitel benannt? Das ist doch unvorstellbar.

(Beifall bei der CDU, der LINKEN, der FDP und der AfD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen mir nun nicht vor. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Wer möchte die Drucksache 21/1770 in der Neufassung an den Schulausschuss überweisen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen.

Wer möchte dem Antrag der LINKEN aus Drucksache 21/1770 in der Neufassung seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Damit kommen wir zum Tagesordnungspunkt 26, Drucksache 21/1780, Antrag der FDP-Fraktion: Hamburgs Abitur weiterentwickeln – Am bundesweiten Aufgabenpool beteiligen.

**[Antrag der FDP-Fraktion:
Hamburgs Abitur weiterentwickeln – Am bundesweiten Aufgabenpool beteiligen
– Drs 21/1780 –]**

Die FDP-Fraktion möchte diese Drucksache an den Schulausschuss überweisen.

Auch hier wurde auf die Debatte verzichtet und wir kommen gleich zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 21/1780 an den Schulausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen.

Wer möchte sich dem FDP-Antrag aus Drucksache 21/1780 anschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Bevor ich den Tagesordnungspunkt 28 aufrufe, komme ich nun zu den Wahlergebnissen der verschiedenen Wahlgänge.

Bei der Wahl eines ordentlichen Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds für die Härtefallkommission sind 110 Stimmzettel abgegeben worden. Herr Dr. Alexander Wolf erhielt 18 Ja-Stimmen, 78 Nein-Stimmen, zwölf Enthaltungen, zwei Stimmen waren ungültig. Damit ist Herr Dr. Wolf nicht gewählt worden. Herr Dirk Nockemann erhielt 14 Ja-Stimmen, 88 Nein-Stimmen, fünf Enthaltungen.

(Vizepräsidentin Antje Möller)

gen und drei ungültige Stimmen. Damit ist Herr Nockemann nicht gewählt worden.

Wir werden diese Wahlen also in der nächsten Sitzung erneut auf die Tagesordnung setzen.

Bei der Wahl einer oder eines Deputierten der Justizbehörde sind 106 Stimmzettel abgegeben worden. Davon war keine Stimme ungültig. Herr Justus Burgdorf erhielt 40 Ja-Stimmen, 43 Nein-Stimmen, 23 Enthaltungen. Damit ist Herr Burgdorf nicht gewählt worden.

Auch diese Wahl werden wir in der nächsten Sitzung erneut auf die Tagesordnung setzen.

Nun zur Wahl eines Deputierten der Behörde für Inneres und Sport. Hier sind 107 Stimmzettel abgegeben worden. Davon war eine Stimme ungültig, somit sind 106 Stimmen gültig. Herr Dietrich Schönbeck erhielt 45 Ja-Stimmen, 38 Nein-Stimmen, 23 Enthaltungen. Damit ist Herr Schönbeck gewählt.

Bei der Wahl eines vertretenden Mitglieds der Kommission für Stadtentwicklung sind 110 Stimmzettel abgegeben worden. Davon waren alle Stimmen gültig. Herr Markus Schreiber erhielt 84 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen und 13 Enthaltungen. Damit ist Herr Schreiber gewählt.

Bei der Wahl eines vertretenden ehrenamtlichen Mitglieds der Kommission für Bodenordnung sind 110 Stimmzettel abgegeben worden. Alle Stimmen waren gültig. Frau Martina Koeppen erhielt 90 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 10 Enthaltungen. Damit ist Frau Koeppen gewählt worden.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 28, Drucksache 21/1782, Antrag der AfD-Fraktion: Demokratieklause bei der Förderung von Programmen zur Extremismusprävention einführen – Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland als Voraussetzung für eine Förderung.

[Antrag der AfD-Fraktion:

Demokratieklause bei der Förderung von Programmen zur Extremismusprävention einführen – Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland als Voraussetzung für eine Förderung

– Drs 21/1782 –]

Diese Drucksache möchte die AfD-Fraktion federführend an den Innenausschuss und mitberatend an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration überweisen.

Wer wünscht dazu das Wort? – Herr Dr. Wolf, Sie bekommen es.

Dr. Alexander Wolf AfD:* Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren! Wir haben heute lange und ausführlich über die Asylkrise gesprochen. Das Versagen der etablierten Politik an dieser Stelle wird, so fürchte ich – und leider sehen wir bereits die ersten Anzeichen dafür –, auch rechtsextremistische Taten nach sich ziehen.

(Präsidentin Carola Veit übernimmt den Vorsitz.)

Da ist es gut, dass wir alle in diesem Hause uns gemeinsam gegen Rechtsextremismus einsetzen. Wenn wir dies tun und wenn wir dafür Steuergelder verwenden, dann dürfen wir aber nicht den Teufel mit dem Beelzebub austreiben. Das heißt, das Geld der Steuerzahler darf nicht in die Hände derer geraten, die unseren Staat von der anderen Seite her angreifen, von links. Dieses Land ist groß geworden in dem antitotalitären Grundkonsens aller Demokraten. Gerade wir Deutschen haben die doppelte Erfahrung der nationalsozialistischen Verbrechen unter Hitler und der sozialistischen Diktatur der DDR gemacht. Zu Recht sind wir stolz auf unser Grundgesetz. Wir werden darum in der Welt beneidet, und es ist unser aller Auftrag, die Werte dieser freiheitlich-demokratischen Grundordnung, die aus ihm erwachsen, zu verteidigen.

Was ich in Anbetracht der späten Stunde nur sehr verkürzt ausführe, werden die meisten von Ihnen in der einen oder anderen Sonntagsrede schon gesagt haben, und ich unterstelle: Sie haben es natürlich auch so gemeint. Wenn dem so ist, dann ist es nur folgerichtig, dass Sie nun auch unserem Antrag zustimmen, der nichts weiter verlangt, als dass Organisationen und Projekte, die Mittel aus dem Haushalt verlangen, sich zu unserem Grundgesetz bekennen und in ihrer Arbeit nicht mit Verfassungsfeinden und Extremisten zusammenarbeiten. Nichts anderes besagt unser Antrag.

Es ist doch eigentlich eine schlichte Selbstverständlichkeit, dass wir nicht ungeprüft Geld an potenzielle Feinde unserer staatlichen Ordnung geben. Ich habe mich beim Abfassen dieses Antrags immer wieder gefragt, warum man so etwas Selbstverständliches überhaupt auf die Tagesordnung setzen muss. Das ist doch eine Sache des gesunden Menschenverstands. Welches Problem können echte Demokraten, die sich gegen Extremisten einsetzen wollen, damit haben, sich zu unserer Verfassung zu bekennen und sich vom Extremismus zu distanzieren? Denn unser Antrag verlangt nur, folgende Verpflichtung verbindlich zu machen – Zitat –:

"Hiermit bestätigen wir, dass wir uns zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland bekennen und eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit gewährleisten.

(Dr. Alexander Wolf)

Wir werden keine Personen oder Organisationen mit der inhaltlichen Mitwirkung an der Durchführung des Projekts beauftragen, von denen uns bekannt ist oder bei denen wir damit rechnen, dass sie sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung betätigen."

Nur kurz zur Erläuterung: Damit haben wir das aufgenommen, was rechtlich unstreitig war und auch nicht von einem Gericht, dem Bund oder Sachsen aufgehoben wurde, sondern was auch nach rechtlicher Kritik uneingeschränkt rechtlichen Bestand hatte und aus rein politischen Gründen andernorts aufgehoben wurde.

Noch einmal: Welches Problem können echte Demokraten damit haben, diese Formulierung zu unterzeichnen und sich damit zur freiheitlichen Grundordnung zu bekennen? Doch höchstens solche, die es mit ihrem angeblichen Anliegen nicht so ernst meinen, solche, die möglicherweise ganz andere Ziele verfolgen unter dem Deckmantel der Extremismusbekämpfung, die immer häufiger unter dem heutigen Begriff Kampf gegen rechts daherkommt. Es ist doch ein Skandal, wenn der Senat auf eine unserer Schriftlichen Kleinen Anfragen zu geben muss, dass zum Beispiel dem VVN-BdA 5 000 Euro zur Verfügung gestellt wurden, und auf eine weitere Anfrage von uns eingesteht, dass genau dieser VVN-BdA seit seiner Gründung als linksextremistische Organisation bis heute vom Verfassungsschutz beobachtet wird.

(Beifall bei der AfD)

Mit anderen Worten: Eine Organisation, die das Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz als DKP-nah und linksextremistisch einschätzt, wird vom Staat mit 5 000 Euro bezuschusst. Wollen wir jetzt, verkürzt gesagt, die NPD mit der DKP bekämpfen? Da sagen wir glasklar Nein. Zumindest können wir doch nicht das Geld der Steuerzahler dafür ausgeben, dass sich die Extremisten gegenseitig bekämpfen. Das ist genauso absurd, als würde man – ich formuliere es einmal überspitzt und plastisch – freien Kameradschaften Haushaltsgelder im Kampf gegen links bewilligen.

Wir mögen in vielen Fragen unterschiedlicher Meinung sein und wir können das sein, gerade wegen unseres Grundgesetzes und unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Und es ist gut, dass wir das hohe Gut der Meinungsfreiheit haben. Seien wir uns aber heute in dieser einen Sache einig: kein Geld für Extremisten, kein Geld für Verfassungsfeinde. Stimmen Sie daher unserem Antrag zur Einführung einer Demokratieklausele zu. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort erhält Herr Rose von der SPD-Fraktion.

Wolfgang Rose SPD:* Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die AfD-Fraktion in unserer Bürgerschaft sorgt sich mit diesem Antrag um die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Bei der Pegida-Demonstration am Montag in Dresden wurde ein Galgen präsentiert, versehen mit den eindeutigen Hinweisschildern: reserviert für Angela Merkel und reserviert für Sigmar Gabriel.

(Dr. Bernd Baumann AfD: Hat nichts mit uns zu tun!)

Seit Monaten werden aus dem Pegida-Sumpf heraus täglich bössartige Hassbotschaften gegen Flüchtlinge, gegen die sogenannte Lügenpresse und gegen demokratisch engagierte Mitbürgerinnen und Mitbürger und Politiker abgesondert, oft garniert mit offenen Gewalt- und Mordfantasien. Auf dem vergangenen AfD-Parteitag haben hohe Funktionäre der AfD stolz verkündet, sie seien die Pegida-Partei. Wenn jemand Probleme mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung hat, dann ist das die AfD in diesem Land und auch in dieser Stadt.

(Beifall bei der SPD, der CDU, den GRÜNEN und der LINKEN)

Selbstverständlich achten die Behörden darauf, dass niemand mit staatlichen Geldern gefördert wird, der die Demokratie und die im Grundgesetz formulierten Grund- und Menschenrechte beseitigen will. Alle Zuwendungsempfänger werden ausdrücklich auf ihre Verpflichtung auf die demokratischen Grundrechte hingewiesen. Auch in Sachsen und auf der Bundesebene hat sich die CDU davon überzeugen lassen, dass dies ein besserer Weg zur Demokratieförderung ist als Pauschalverdacht und Erklärungszwang. Selbstverständlich geht der Rechtsstaat aktiv gegen gewalttätige Extremisten vor, zum Beispiel aktuell gegen jene Hausbesetzer, die Polizisten mit Heizkörpern beworfen und dabei schwere Verletzungen in Kauf genommen haben. Da hat Hamburg wirklich keinen Nachholbedarf von der AfD, ganz im Gegenteil.

(Beifall bei der SPD)

Damit wäre zu diesem Antrag eigentlich alles gesagt – selbstverständlich werden wir ihn ablehnen –, doch ich möchte noch einige Anmerkungen zur Funktion dieses Antrags und zu den Zwecken machen, die die AfD mit diesem Antrag verfolgt.

Der erste Zweck ist die Diskreditierung des zivilgesellschaftlichen Engagements gegen rechts, und zwar in Gänze.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und der LINKEN)

Das geht aus dem Einleitungstext und besonders aus den vorangegangenen Anfragen der AfD zum Ohlsdorfer Friedensfest klar hervor, die im Antrag genannt werden. Das Ohlsdorfer Friedensfest – vielleicht kennt das nicht jeder – findet seit sie-

(Wolfgang Rose)

ben Jahren jährlich zum Gedenken an den sogenannten Hamburger Feuersturm auf dem Ohlsdorfer Friedhof statt, zum Gedenken an die Opfer des faschistischen Krieges, zur Mahnung für den Frieden heute und, wie es im diesjährigen Einladungstext wörtlich und in aller Klarheit heißt, zur

"[...] Würdigung der heute bestehenden demokratischen Werte, insbesondere der Anerkennung der Würde des Menschen."

Es wurde ins Leben gerufen als Reaktion auf den Versuch von Neonazis, das Gedenken an die Bombenopfer in ihrem Sinne zu missbrauchen, und es ist damit erfolgreich gelungen, den Nazis diesen Ort und diese Symbolik aus der Hand zu nehmen.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und der LINKEN)

Dieses Ohlsdorfer Friedensfest wird von vielen verschiedenen Organisationen getragen, unter ihnen an vorderster Stelle vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge mit seinem Ehrenpräsidenten Senator a. D. Reinhard Soltau und seiner Landesvorsitzenden, der ehemaligen Abgeordneten Karen Koop, von mehreren umliegenden Kirchengemeinden, von der Gewerkschaft ver.di und auch von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, der VVN. Die langjährige Teilnahme der VVN nimmt die AfD nun zum Anlass, um das Friedensfest und alle an ihm beteiligten Organisationen diskreditieren zu wollen. In ihrem Antrag schreibt die AfD in Bezug auf die VVN und deren antifaschistische Arbeit wörtlich:

"Eine Förderung solcher Organisationen stellt gleichsam den Versuch dar, den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben."

Das haben wir eben noch einmal von Herrn Dr. Wolf gehört. Diese Formulierung ist nicht nur infam, sie ist auch verräterisch. Infam ist es, Auschwitz-Überlebende wie Esther Bejarano, die Ehrenvorsitzende der VVN und Trägerin des Großen Bundesverdienstkreuzes, derart in den Dreck zu ziehen.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und der LINKEN)

Das ist eine ungeheure Entgleisung und die Verhöhnung eines Holocaust-Opfers. Entweder ist das der AfD nicht bewusst, oder es ist infame Absicht. Beides ist unerträglich und dieses Hauses unwürdig.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und der LINKEN)

Darüber hinaus ist diese Formulierung verräterisch für die zweite Funktion solcher Anträge. Wenn die Opfer von faschistischer Verfolgung und Massentötung und ihre engagierten Nachkommen genau solche Teufel sind wie die Nazis selbst, dann kön-

nen Letztere ja gar nicht so schlimm sein – so lautet die indirekte und eigentliche Botschaft solcher Aussagen. Diese Relativierung und Verharmlosung des Rechtsextremismus durch die AfD ist ebenso unerträglich.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und der LINKEN)

Drittens und letztens dienen solche Diskreditierungsversuche den Rechtspopulisten von der AfD dazu, sich selbst als verfolgte Unschuld zu stilisieren: Seht her, diejenigen, die uns kritisieren, sind doch selbst viel schlimmer – so soll es scheinen –, oder zumindest sind sie, wie der rot-grüne Senat, einseitig und tun nichts gegen linke Extremisten. Das alles sind ungeeignete Versuche, sich selbst als Opfer und Märtyrer darzustellen. In diesem Antrag geht es der AfD nicht wirklich um die Sache, sondern es sollen rechtspopulistische Stimmungen angeheizt werden, genau wie mit ihren Äußerungen über die Millionenschwemme von Flüchtlingen, wie mit ihrer maßlosen Polemik gegen Muslime, wie mit ihrer manipulierenden Dramatisierung von Kriminalität, besonders bei den Asylbewerbern. Diese kalkulierte Stimmungsmache brauchen und wollen wir in Hamburg nicht.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN, der LINKEN und bei Karin Prien CDU)

Wer so mit dem Finger auf andere zeigt, hat selbst am meisten damit zu tun, seine Bindung an die demokratischen Grundwerte und Menschenrechte unter Beweis zu stellen. – Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Herr Heißner von der CDU-Fraktion bekommt das Wort.

Philipp Heißner CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es wurde jetzt viel Richtiges gesagt. Ich möchte aber noch einmal auf den Kern des Antrags zurückkommen. Die Demokratieklausele selbst besagt, dass Fördermittel zur Extremismusbekämpfung nur bekommt, wer sich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekennt sowie eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit leistet und dies auch im Rahmen des Vertretbaren für seine Partner sicherstellt.

Es darf nicht sein, dass Organisationen, die nicht für diese Dinge eintreten wollen, auch noch mit hart verdienten Steuergeldern subventioniert werden.

(Beifall bei der CDU und der AfD)

Dass die Familienministerin Schwesig, die den Linksextremismus wörtlich schon einmal als ein überschätztes Problem bezeichnet hat, diese eigentlich selbstverständliche Klausel ersatzlos strei-

(Philipp Heißner)

chen wollte, passt ins Bild. Aber zum Glück gibt es ja auch noch die CDU und den Bundesinnenminister Thomas de Maizière, die dann durchgesetzt haben, dass die Demokratieklausele zwar nicht mehr unterschrieben werden muss, aber genauso verbindlich in den Bewilligungsbescheid aufgenommen wird. Die Zuwendungsempfänger müssen jetzt also genauso wie vorher etwa durch Recherchen in den Berichten der Verfassungsschutzämter sicherstellen, dass die Menschen, mit denen sie zusammenarbeiten, sich nicht gegen die demokratische Grundordnung engagieren. Wenn die Träger das nicht tun, müssen sie empfangene Gelder auch wieder zurückzahlen. Das ist ein tragbarer Kompromiss, da er zu keiner tatsächlichen Veränderung gegenüber dem Zustand führt, den die CDU zuvor eingeführt hatte.

(René Gögge GRÜNE: Um Gottes willen, das ist ja peinlich!)

Wir stehen zu diesem Kompromiss. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Dr. Alexander Wolf AfD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Frau Möller von der GRÜNEN Fraktion.

Antje Möller GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die GRÜNE Fraktion lehnt den Antrag der AfD ab. Sie haben sich durch Antragstellung und Wortwahl in dem Redebeitrag selbst diskreditiert. Ich hoffe, dass die CDU vielleicht auch noch einmal über die eine oder andere Wortwahl an dieser Stelle nachdenkt. Das Thema selbst ist durch, es ist geklärt, und Sie werfen sich damit hinter eine Entscheidung, die gut und richtig war.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – André Trepoll CDU: Er hat uns den Kompromiss begründet!)

Präsidentin Carola Veit: Herr Jarchow von der FDP-Fraktion bekommt das Wort.

Carl-Edgar Jarchow FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Herr Rose, Sie haben vieles gesagt, was sicher richtig ist. Wir sind auch einer Meinung in der Beurteilung der AfD und auch der Pegida und ähnlicher Fragen. Nur, wir als Liberale werden nicht davon abgehen, einen Antrag nach dem zu beurteilen, was im Petition steht. Und im Petition steht nun einmal nichts von Pegida-Unterstützung und ähnlichen Dingen, und die Pegida wird auch nicht unterstützt, soweit ich weiß. Ich hoffe, das bleibt auch so. Insofern gehen wir da etwas anders heran und sind näher bei dem Kollegen Heißner und dem, was er eben gesagt hat.

(Beifall bei der FDP, der CDU und bei Dr. Ludwig Flocken und Dr. Joachim Körner, beide AfD)

Wenn jemand Zuwendungen aus der Steuerkasse beantragt, dann ist es doch selbstverständlich, dass man als Treuhänder dieser Steuergelder verlangen kann, dass der Antragsteller versichert, die Gelder grundsätzlich in dem Sinne zu verwenden, wie es dem Zweck der Zuwendungen entspricht. Wenn sich jemand ehrenamtlich für die Demokratie engagieren will und dafür Mittel beantragt, dann zeugt es doch von einem etwas gestörten Demokratieverhältnis, wenn er die Erklärung, sich zu der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland zu bekennen und dazu eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit zu leisten, als Aussprache eines Generalverdachts sieht. Das kann ich nicht nachvollziehen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der AfD)

Viele Menschen in dieser Welt wären froh, so ein Bekenntnis überhaupt einmal abgeben zu dürfen, ohne Sanktionen befürchten zu müssen.

(Beifall bei Dr. Ludwig Flocken AfD)

Die Formulierung des weiteren Petitions trägt den Bedenken Rechnung, die zu Recht vor den Gerichten gegen die alten Regelungen im Bund und in anderen Bundesländern geltend gemacht wurden. Die sorgfältige Auswahl von Bündnispartnern für ein gemeinsames Eintreten für die freiheitlich-demokratische Grundordnung sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. Leider zeigen aber Ereignisse wie auch am 12. September, dass das nicht immer so ist. Eine Erinnerung in Form einer Unterzeichnung einer solchen Erklärung mag daher durchaus hilfreich sein. Wir werden dem Antrag daher zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU und der AfD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt noch einmal Herr Dr. Wolf von der AfD-Fraktion.

Dr. Alexander Wolf AfD:* Nur ganz kurz: Ich verahre mich gegen die Äußerungen des Herrn Kollegen Rose, die mit dem, was ich gesagt habe, und dem, was in unserem Antrag steht, nichts, aber auch gar nichts zu tun haben. Es geht rein um den sachlichen Antrag, dass, wer Gelder vom Staat haben möchte, selbst nicht aktiv gegen den Staat kämpferisch vorgehen sollte. Wir haben uns auch nicht gegen das Ohlsdorfer Friedensfest als solches und gegen alle Beteiligten dort gewandt, sondern wir haben lediglich gesagt, dass die VVN-BdA seit ihrer Gründung, seit vielen Jahrzehnten linksextremistisch von der DKP beeinflusst ist, als solche vom Landesamt für Verfassungsschutz auch in Hamburg seit jeher und bis heute klassifiziert wird und dass es nicht angeht, eine derartige

(Dr. Alexander Wolf)

Organisation mit staatlichen Mitteln zu unterstützen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Carola Veit: Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer möchte dem Überweisungsbegehren folgen und die Drucksache 21/1782 federführend an den Innenausschuss und mitberatend an den Sozialausschuss überweisen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann hat das Überweisungsbegehren keine Mehrheit gefunden.

Wir stimmen in der Sache ab.

Wer möchte dem AfD-Antrag gern seine Zustimmung geben? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zu den Berichten des Eingabenausschusses.

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben
– Drs 21/1728 –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben
– Drs 21/1729 –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben
– Drs 21/1730 –]**

Ich beginne mit dem Bericht 21/1728.

Wer möchte sich den Empfehlungen anschließen, die der Eingabenausschuss zu den Eingaben 332/15 und 385/15 abgegeben hat? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das mit großer Mehrheit so beschlossen.

Wer möchte den Empfehlungen zu den Eingaben 27/15, 272/15 und 396/15 folgen? – Auch hier die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war dann einstimmig.

Wer schließt sich den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch das war einstimmig.

Weiter zum Bericht 21/1729.

Wer möchte sich hier der Empfehlung anschließen, die der Eingabenausschuss zur Eingabe 417/15 abgegeben hat? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist dann mehrheitlich so beschlossen worden.

Wer möchte den Empfehlungen zu den Eingaben 469/15 und 574/15 folgen? – Gegenprobe. – Ent-

haltungen? – Das haben wir dann einstimmig so beschlossen.

Wer schließt sich den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben an? – Wer nicht? – Wer möchte sich enthalten? – Auch das war dann einstimmig.

Wir kommen zum Bericht 21/1730.

Wer möchte hier der Empfehlung zur Eingabe 502/15 folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist dann mehrheitlich so beschlossen.

Wer möchte sich der Empfehlung zur Eingabe 479/15 anschließen? – Auch hier die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war dann wiederum einstimmig.

Wer schließt sich den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben an? – Wer nicht? – Enthaltungen? – Dann war auch das einstimmig.

Die in der Geschäftsordnung für bestimmte Punkte der Tagesordnung vorgesehene

Sammelübersicht***

haben Sie erhalten.

Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft die unter A aufgeführten Drucksachen zur Kenntnis genommen hat.

Wer stimmt den Überweisungsbegehren unter B zu? – Wer möchte das nicht? – Wer enthält sich? – Dann haben wir das alles einstimmig so überwiesen.

Wir kommen zu Punkt 6 a unserer Tagesordnung, Drucksache 21/1261, Große Anfrage der FDP-Fraktion: Wissenschaftsstandort Hamburg (II): Forschung.

**[Große Anfrage der FDP-Fraktion:
Wissenschaftsstandort Hamburg (II): For-
schung
– Drs 21/1261 –]**

Diese Drucksache möchte die FDP-Fraktion gern an den Wissenschaftsausschuss überweisen.

Wer möchte das auch? – Wer nicht? – Enthaltungen? – Dann ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Ich stelle fest, dass wir von der Großen Anfrage ohne Besprechung Kenntnis genommen haben.

Wir kommen zu Punkt 12, Drucksache 21/1735, Senatsantrag: Aufstellung eines Doppelhaushaltsplans 2017/2018.

(Präsidentin Carola Veit)

**[Senatsantrag:
Aufstellung eines Doppelhaushaltsplans
2017/2018
– Drs 21/1735 –]**

Wer diesem Senatsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer möchte sich enthalten? – Dann werden wir das einstimmig so gemeinsam tun.

Wir kommen zu Punkt 16, Drucksache 21/1779, Bericht des Ausschusses für Justiz und Datenschutz über die Drucksache 21/468: Bürger wirksam schützen statt überwachen – Hamburg sagt "Nein" zur Vorratsdatenspeicherung.

**[Bericht des Ausschusses für Justiz und Datenschutz über die Drucksache 21/468:
Bürger wirksam schützen statt überwachen –
Hamburg sagt "Nein" zur Vorratsdatenspeicherung (Antrag der FDP-Fraktion)
– Drs 21/1779 –]**

**[Antrag der FDP-Fraktion:
Begleitung des weiteren Gesetzgebungsverfahrens zur Vorratsdatenspeicherung durch den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg (FHH)
– Drs 21/1929 –]**

Hierzu liegt Ihnen die Drucksache 21/1929 vor, ein Antrag der FDP-Fraktion.

Wer möchte diesen annehmen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist dann mehrheitlich abgelehnt worden.

Wir kommen zum Bericht des Ausschusses.

Wer möchte Punkt a) der Ausschussempfehlung annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist dann mehrheitlich so beschlossen.

Wer stimmt Punkt b) zu? – Wer nicht? – Enthaltungen? – Dann ist auch Punkt b) mehrheitlich so beschlossen worden.

Punkt 20, Drucksache 21/1762, Antrag der CDU-Fraktion: Entscheidungen über die Aufenthaltserlaubnis für Personen der "Gruppe Lampedusa" endlich treffen und Versammlungscharakter des Informationszelts auf dem Steindamm überprüfen.

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Entscheidungen über die Aufenthaltserlaubnis für Personen der "Gruppe Lampedusa" endlich treffen und Versammlungscharakter des Informationszelts auf dem Steindamm überprüfen
– Drs 21/1762 –]**

**[Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:
Afrikanische Flüchtlinge aus Libyen – Rechtsstaatliche Verfahren fortsetzen
– Drs 21/1927 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 21/1927 ein Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN vor.

Die CDU-Fraktion möchte die Ausgangsdrucksache 21/1762 an den Innenausschuss überweisen. Der Abgeordnete Uwe Giffei hat mitgeteilt, dass er an den Abstimmungen nicht teilnehmen werde.

Wer möchte jetzt zunächst die Drucksache an den Innenausschuss überweisen? – Wer nicht? – Enthaltungen? – Dann ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Mir ist mitgeteilt worden, dass aus den Reihen der CDU-Fraktion gemäß Paragraph 26 Absatz 6 unserer Geschäftsordnung das Wort begehrt wird. – Herr Hamann von der CDU-Fraktion, Sie haben es für maximal fünf Minuten.

Jörg Hamann CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ganz so einfach kann man diese Anträge und Diskussionen nicht laufen lassen, auch wenn es schon spät ist – dafür beschäftigt uns dieses Thema nun schon zu lange, nämlich seit 2013. Von den ursprünglich 300 Flüchtlingen der sogenannten Lampedusa-Gruppe geht es jetzt auch in den von Ihnen angekündigten Anträgen noch um 80, die, wie Sie sagen, in ein rechtsstaatliches Verfahren überführt werden sollen oder deren rechtsstaatliche Verfahren weitergeführt werden sollen. Was aus den anderen geworden ist, weiß man nicht so genau.

Die Haltung der SPD in dieser Frage ist äußerst wechselhaft. In der letzten Legislaturperiode und insbesondere vor dem Wahlkampf hat man immer versucht darzustellen, man würde den Rechtsstaat in den Vordergrund rücken und diese Menschen hätten hier keine Perspektive. Ich glaube, das war unisono immer das Wort des Innensenators – so ließ er sich jedenfalls fortlaufend zitieren, um den Eindruck zu erwecken, hier würden Abschiebungen und Rückführungen entstehen, was dann aber eben nicht der Fall war. Der Erste Bürgermeister hat auf Fragen, ob er denn bereit sei, mit der Gruppe zu diskutieren, einmal mit den Worten geantwortet, für so etwas habe er keine Zeit, ein anderes Mal – das war im NDR auf Fragen einer Schülerzeitungsredaktion hin – hat er geantwortet, er sehe die Problematik sowieso nicht. Italien, von wo diese Menschen kommen beziehungsweise wo sie Schutz haben, sei ein ganz wunderbares Land, eine Demokratie, ein Rechtsstaat, daran gebe es überhaupt keinen Zweifel, und man könne dort ganz wunderbar – das waren seine Worte – leben.

(Jörg Hamann)

Das waren also die Originalzitate des Ersten Bürgermeisters.

Aus meiner Sicht lässt sich zu diesem Thema nur sehr deutlich sagen – und diese Deutlichkeit sollte man hier auch bemühen –: Wer keinen Anspruch auf Asyl hat, muss unser Land verlassen.

(Beifall bei der CDU)

Auch das gehört klar ausgesprochen. Dazu gehören letzten Endes auch Abschiebungen, wenn eine freiwillige Ausreise verweigert wird. Dass wir das durchsetzen können, ist auch eine Voraussetzung dafür, dass es uns gelingt, das Recht auf Asyl zu sichern. Deshalb werden wir hier sehr strikt sein. Die Bürgerschaft hat bereits beschlossen, das hierfür zuständige Personal zu verdreifachen. Vonseiten der SPD-Fraktion kommt jetzt kein Beifall – dabei waren das original die Worte, die Ihr Bürgermeister in der Regierungserklärung hier heute verbreitet hat.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der AfD)

Ich glaube, spätestens Ihr Verhalten und auch Ihr Antrag machen deutlich, dass das nur leere Worte waren, die nicht stimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der AfD – *Wolfgang Rose SPD*: Haben Sie mal überlegt, warum Sie keinen Beifall kriegen?)

Präsidentin Carola Veit: Frau Möller von der GRÜNEN Fraktion bekommt das Wort, ebenfalls für maximal fünf Minuten.

Antje Möller GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Hamann, abgesehen davon, dass es zur parlamentarischen Fairness gehört, vielleicht einen kleinen Hinweis zu geben, dass noch eine Fünf-Minuten-Beitragsserie folgen soll, möchte ich Ihnen sehr deutlich sagen, dass es in diesem Fall weder in Ihrem noch in unserem Antrag um Asylverfahren geht, sondern um Anträge, die sich in der ausländerrechtlichen Bearbeitung befinden und auf einen humanitären Aufenthalt in Hamburg zielen. Diese Anträge sind in Bearbeitung und werden bearbeitet und sind auf dem Weg.

(Zuruf von *Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP* – Heiterkeit bei der CDU)

– Entschuldigung, aber ich verstehe das Gelächter nicht. Vielleicht ist Ihnen der ausländerrechtliche Unterschied nicht ganz klar.

Asylanträge werden beim Bundesamt gestellt, der Rest in Hamburg, und die Antragsverfahren dauern die Zeit, die sie brauchen, und sind völlig unabhängig von der Debatte, die über Neuzugänge, neue Asylanträge und so weiter geführt wird. Aber ich habe Ihre politische Intention verstanden, und die

entspricht tatsächlich nicht der Intention der Koalition in diesem Fall.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Herr Dolzer von der Fraktion DIE LINKE, Sie haben das Wort.

Martin Dolzer DIE LINKE: Liebe Hamburgerinnen und Hamburger, liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Präsidentin!

(Zuruf: Liebe Sportsfreunde!)

– Das kommentiere ich gar nicht.

Bei den libyschen Flüchtlingen der Lampedusa-Gruppe geht es um Kriegsflüchtlinge. Es gab eine lange Auseinandersetzung, wie mit diesen Flüchtlingen umgegangen werden soll. Sie selbst haben gesagt, Sie möchten gern einen Status nach Paragraph 23 – und da war Krieg, und da ist noch immer Krieg. Das Land ist dermaßen zerstört, dass man dort nicht leben kann.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Da kommen sie auch gar nicht her!)

Es gab sehr lange Verhandlungen und dann ein Angebot vom Senat, das nur wenige von ihnen angenommen haben. Sie sind noch immer der Meinung, dass sie Kriegsflüchtlinge sind. Ich bin auch dieser Meinung. Zu Ihrer Argumentation, Italien sei ein sicheres Land: Mehr als 50 Prozent der Verwaltungsgerichte in Deutschland ...

(*André Trepoll CDU*: Das hat der Bürgermeister gesagt!)

– Sie haben es aber als eine Argumentation angeführt, die ich nur kommentiere.

(*Jörg Hamann CDU*: Ich habe die SPD zitiert!)

– Ich weiß. Trotzdem kann ich dazu etwas sagen. Das sollten Sie mich auch tun lassen und nicht einfach dazwischenrufen.

Mehr als 50 Prozent der deutschen Verwaltungsgerichte sind der Ansicht, dass Flüchtlinge in Italien nicht menschenwürdig leben können. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass den libyschen Kriegsflüchtlingen – und das sind sie noch immer, auch wenn sie ursprünglich vielleicht einmal aus anderen Ländern kamen, wo sie kein sicheres Leben hatten – ein Aufenthalt gemäß Paragraph 23 zusteht.

(Beifall bei der LINKEN)

Dieser Meinung sind Sie nicht. Dieser Meinung werden wir aber auch bleiben.

Zum zweiten Teil Ihres Petitions hinsichtlich der Kundgebung: Das Verwaltungsgericht Hamburg hat schon entschieden, dass genau diese Kundgebung dort so stattfinden kann. Das infrage zu stel-

(Martin Dolzer)

len wird wahrscheinlich die gleiche Entscheidung wieder hervorbringen. Ich finde Ihren Antrag in Anbetracht dessen, wie es den Menschen dort noch immer geht, unter welch unwürdigen Bedingungen sie dort leben und dass zwei Menschen dieser Lampedusa-Gruppe in den vergangenen zwei Jahren aufgrund mangelnder Gesundheitsversorgung gestorben sind, ein bisschen unredlich. Wir werden uns für die Rechte aller Flüchtlinge einsetzen, und deshalb werden wir diesem Antrag auch nicht zustimmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung in der Sache und beginnen mit dem CDU-Antrag, Drucksache 21/1762.

Wer möchte diesen gern annehmen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann hat der Antrag keine Mehrheit gefunden.

Jetzt zum Antrag von SPD und GRÜNEN, Drucksache 21/1927.

Wer schließt sich diesem an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist dieser Antrag mehrheitlich so beschlossen worden.

Punkt 21, Drucksache 21/1763, Antrag der CDU-Fraktion: Kreuzfahrtterminal Steinwerder: Stress-test bei Anreise – Effektive ÖPNV-Anbindung für Reisende sicherstellen.

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Kreuzfahrtterminal Steinwerder (CTS): Stress-test bei Anreise – Effektive ÖPNV-Anbindung für Reisende sicherstellen
– Drs 21/1763 –]**

Die CDU-Fraktion möchte die Drucksache an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien überweisen. Vonseiten der Fraktion DIE LINKE liegt ein Antrag auf Überweisung an den Verkehrsausschuss vor.

Wer möchte zunächst dem Überweisungsbegehren an den Wirtschaftsausschuss folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Wer möchte die Drucksache an den Verkehrsausschuss überweisen? – Auch hier die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist auch dieses Überweisungsbegehren abgelehnt.

Wir stimmen in der Sache ab.

Wer möchte sich dem CDU-Antrag anschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Punkt 23, Drucksache 21/1771, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Offenlegung der technischen Daten des Fernwärmenetzes der VWH.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Offenlegung der technischen Daten des Fernwärmenetzes der VWH
– Drs 21/1771 –]**

Diese Drucksache möchten die Fraktionen von SPD, GRÜNEN und LINKEN an den Umweltausschuss überweisen.

Wer möchte das auch? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Punkt 29, Drucksache 21/1783 in der Neufassung, Antrag der AfD-Fraktion: Ein erfolgreiches Referendum erfordert gut informierte Bürger.

**[Antrag der AfD-Fraktion:
Ein erfolgreiches Referendum erfordert gut informierte Bürger
– Drs 21/1783 Neufassung –]**

Wer schließt sich diesem Antrag an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist der Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Feierabend.

Ende: 20.30 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Martin Bill, Franziska Grunwaldt, Nebahat Güçlü, Dora Heyenn, Ralf Niedmers, Jenspeter Rosenfeldt und Michael Westenberger

Anlage**Sammelübersicht gemäß § 26 Absatz 5 GO**

für die Sitzung der Bürgerschaft am 14. Oktober 2015

A. Kenntnisnahmen

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand
13	1758	Bürgerschaftliches Ersuchen vom 25. August 2011: "Für Transparenz auf dem Ausbildungsmarkt – Ausbildungsberichterstattung fortschreiben" Drs. 20/1219 Neufassung
14	1733	Bericht des Familien-, Kinder- und Jugendausschusses
15	1754	Bericht des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Integration
17	1647	Bericht der Härtefallkommission

B. Einvernehmliche Ausschussüberweisungen

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand	auf Antrag der	Überweisung an
13 a	1884	Jugend im Parlament 2015	interfraktionell	Familien-, Kinder- und Jugendausschuss (f.) und Gesundheitsausschuss, Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration, Ausschuss für Umwelt und Energie, Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien
18	1760	Reform des Mutterschutzgesetzes – Gesundheitsschutz und Chancengleichheit schwangerer Frauen adäquat gewährleisten	SPD, GRÜNEN	Gesundheitsausschuss
27	1781	Verschlüsselung der Kommunikation in Behörden der Freien und Hansestadt Hamburg (FHH) sicherstellen	SPD, GRÜNEN, FDP	Ausschuss für Justiz und Datenschutz